

3. NGOs und soziale Bewegungen: Der Beitrag der Bewegungsforschung

»Wer von den NRO redet,
kann von den neuen sozialen Bewegungen nicht schweigen.«
Peter Wahl (1993: 4), Vorstand der NGO WEED

NGOs werden in der Literatur vielfach »irgendwie«¹ den (neuen) sozialen Bewegungen zugeschlagen oder mit ihnen in Verbindung gebracht,² meist als Produkt von deren Transnationalisierung. Am offensichtlichsten geschieht dies, wenn Bewegungsmerkmale bereits in die zugrunde liegende Definition von NGOs aufgenommen werden.³ Weit verbreitet sind darüber hinaus Verknüpfungen, die NGOs »als professionalisierte Bestandteile der weltweiten sozialen Bewegungen« (Massarat 1995: 38) oder als »transnationales Pendant zu lokalen Selbsthilfegruppen und neuen sozialen Bewegungen« (Brunnengräber 1998: 70) begreifen. Müller-Jentsch (2003: 165) urteilt in Bezug auf die Wahrnehmung von NGOs: »In gewisser Weise besetzen die NGOs heute die politische und theoretische Stelle, die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts die neuen sozialen Bewegungen einnahmen.« In die gleiche Richtung ziarend formulieren Altvater und Mahnkopf (1996: 551; Fußnote 6): »Der Begriff der ›Nicht-Regierungsorganisationen‹ hat denjenigen der ›neuen sozialen Bewegungen‹ beinahe ersetzt.« Die meisten Autoren differenzieren an diesem Punkt und

1 Vgl. etwa eine neuere Arbeit von Leggewie (2003) zur sogenannten globalisierungskritischen Bewegung, in der nie deutlich wird, wo der Unterschied zwischen NGOs und sozialer Bewegung liegt. Es wird lediglich salopp festgestellt, dass die Grenzen zwischen NGOs und Protestbewegungen fließend seien (*ebd.*: 148).

2 Als Beispiele für viele vgl. Messner (1999) und El-Ghussein (2001: 3).

3 Vgl. Kapitel 2.1.2 sowie Wahl (1997: 24) und Willem (2000: 66).

konstatieren nur für ganz bestimmte NGOs, dass sie aus den neuen sozialen Bewegungen (NSB) hervorgegangen sind (Janett 1997; Brunnengräber 1998).

Dennoch gilt zunächst das Fazit des Bewegungswissenschaftlers Roland Roth (2001a: 50): »Die konzeptionellen Unterschiede und empirischen Bezüge zwischen sozialen Bewegungen und NGO sind unklar.« Durchforstet man die neuere Bewegungsliteratur, so drängt sich der Eindruck auf, dass die Bewegungsforschung sich des Themas NGO »eher notgedrungen [...] angesichts der zunehmenden Debatte über NRO und der abnehmenden über neue soziale Bewegungen« (Brand 2000: 27) annimmt. Gleichwohl prägen die Debatten der Bewegungsforschung das Bild der NGOs, unabhängig davon, ob dort Bewegungsorganisationen als NGOs thematisiert werden oder nicht.⁴ Dies trifft umso mehr auf die populärwissenschaftliche und öffentliche Wahrnehmung des NGO-Phänomens zu, in der soziale Bewegungen und NGOs oftmals gar synonym gesetzt werden.

In diesem Teil der Studie wird überprüft, welchen Beitrag die Bewegungsforschung zur Erklärung des NGO-Phänomens leistet. In Kapitel 3.1 werden das Ringen der Bewegungsforschung um eine adäquate Definition ihres Gegenstandsbereiches dargestellt und soziale Bewegungen von anderen Formen kollektiven Handelns abgegrenzt. In Kapitel 3.2 wird anschließend die innere Dynamik sozialer Bewegungen in den Blick genommen, wobei die verschiedenen Konzeptualisierungen des Verhältnisses zwischen Organisation und sozialer Bewegung innerhalb der Bewegungsforschung expliziert werden. Kapitel 3.3 beschäftigt sich mit den externen Bedingungen sozialer Bewegungen. Es wird der Frage nachgespürt, ob die internationale NGO-Community als Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gefasst werden kann.

3.1 Die Begriffsbestimmung sozialer Bewegung durch die Bewegungsforschung

Die Bewegungsforschung beschäftigt sich vornehmlich damit, wie soziale Bewegungen zustande kommen, von welchen Themen sie bestimmt sind, welche Entwicklungsstufen sie durchlaufen, wie ihre Strukturen aussehen und aus welchen sozialen Gruppen sie wie ihre Mitglieder rekrutieren. Einen genauen und reflektierten Begriff von ihrem Gegenstand »soziale

4 Rucht (1996) lehnt etwa explizit den Terminus NGO ab, da dieser in die Irre führe. Er präferiert hingegen den Begriff der (multinationalen) Bewegungsorganisation.

Bewegung« hat sie dabei erst spät und meist in Abgrenzung zu anderen sozialen Phänomenen entwickelt.⁵

So kann in den Sozialwissenschaften lange Zeit von einem »beliebigen und inflationären Gebrauch des Begriffs ›Bewegung‹« (Stöss 1984: 549) gesprochen werden. Gerade in den Anfängen der Bewegungsforschung ist der Bewegungsbegriff dabei größtenteils unreflektiert von den untersuchten Akteuren übernommen worden (Förch 1995: 26). Die positive Aufladung und Attraktivität des Bewegungsbegriffs, die sich u.a. aus dessen Assoziation mit »Massenhaftigkeit, Kraft und Dynamik« (Rucht 1994: 76) herleitet, übertrug sich somit auf die wissenschaftliche Beschäftigung. Schon 1973 resümiert Allerbeck in seiner Untersuchung zu den Studentenbewegungen Ende der 1960er Jahre die identitätsstiftende Funktion des Bewegungsbegriffs: »Das Beiwort Bewegung ist attraktiv. Es bringt sprachlich eine Konfrontation dynamischer Kräfte mit einer erstarrten Ordnung zum Ausdruck. Organisationen, die sich Bewegung nennen, wachsen damit verbal über sich hinaus« (Allerbeck 1973: 37).⁶

Das Zitat macht zudem deutlich, dass nicht alles, was soziale Bewegung genannt wird, auch eine soziale Bewegung darstellt. Die Selbstbeschreibungen von Akteuren als soziale Bewegung sind stets von einer soziologischen Kategorie der Bewegung zu differenzieren. Bis heute wird diese Selbstverständlichkeit in der Bewegungsforschung zwar bisweilen eingefordert, kaum aber konsequent durchgehalten. Hierbei wird nicht nur die Selbstbeschreibung der Akteure übernommen und damit gleichsam »verdoppelt«. Auch prinzipiell hat es die Bewegungswissenschaft dann schwer, ihren Gegenstandsbereich zu rahmen und »auf den Begriff zu bringen«.

Ein erster Anhaltspunkt zu einer soziologisch gehaltvollen Bestimmung des Bewegungsbegriffs bietet dessen Differenz zum Begriff der Bewegtheit oder der bloßen Beweglichkeit. Im Gegensatz zu diesen setzt laut Mühlmann (1961: 261) ein soziologischer Begriff von Bewegung Strukturen voraus: »Im Unterschied zu bloßer Beweglichkeit kann ›Bewegung‹ nur auf Strukturen bezogen definiert werden als allmähliche im Wesen dieser Strukturen stattfindende Veränderung«. Soziale Bewegungen haben demnach erstens selbst Strukturen, die ihnen Identität und eine gewisse Dauerhaftigkeit verleihen. Zweitens sind sie Teil von übergreifenden gesellschaftlichen Strukturen. Drittens können sich sowohl die

5 Für eine ausführliche Begriffsgeschichte vgl. Rammstedt (1978).

6 In der deutschen Sozialwissenschaft war der Bewegungsbegriff seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1960er Jahre hinein allerdings mit der »Hypothek« der »nationalsozialistischen ›Bewegung‹« belastet. Erst mit der Abgrenzung alter von neuen sozialen Bewegungen konnte sich die Bewegungsforschung davon lösen (Klein 2003: 13).

Bewegungsstrukturen als auch die gesellschaftlichen Strukturen, in denen die sozialen Bewegungen agieren, im Laufe der Zeit verändern.

Zwar heben einige Definitionen von sozialen Bewegungen das dynamische Element in den Bewegungen selbst hervor⁷, meist wird aber die Absicht, die gesellschaftlichen Strukturen zu ändern, also sozialen Wandel herbeizuführen, in den Vordergrund gestellt. Dies setzt voraus, dass eine soziale Ordnung als prinzipiell veränderlich und wandelbar durch planvolles Agieren menschlicher Kollektive wahrgenommen wird. In einem strikten Sinne können soziale Bewegungen erst dann entstehen, wenn Geschichte als machbar erfahren wird. Rucht (1994: 22) bindet deshalb den Begriff der sozialen Bewegung richtigerweise an die Existenz der modernen Gesellschaften.⁸ Moderne und soziale Bewegungen stehen in einem gegenseitigen Konstitutionsverhältnis zueinander. Der mit der Modernisierung einhergehende Rationalisierungs- und Säkularisierungsprozess, und damit die Vorstellung der prinzipiellen Gestaltbarkeit der Welt, verbessert (bzw. schafft erst) die Bedingungen für soziale Bewegungen, die sich diese Neu-Gestaltung auf die Fahnen geschrieben haben. Umgekehrt sind Modernisierungsprozesse ohne das Wirken sozialer Bewegungen nicht hinreichend zu begreifen.

Neben der Ausrichtung auf sozialen Wandel werden des Weiteren insbesondere die Zielgerichtetheit und das Potential, breite Bevölkerungskreise zu mobilisieren, als definierende Charakteristika sozialer Bewegungen herausgestellt. Diese Kriterien würden sie sowohl von anderen Formen kollektiven Handelns als auch von privaten Assoziationen unterscheiden: »Social movements are distinguished from other collective actors, such as political parties and pressure groups, in that they have mass mobilization, as their prime source of social sanction, and hence of power. They are further distinguished from other collectivities such as voluntary associations or clubs, in being chiefly concerned to defend or change society, or the relative position of the group in society« (Scott 1990: 6).

Im deutschsprachigen Raum ist die Definition von Raschke (1991: 32f) weit verbreitet und anerkannt, nach der soziale Bewegung als ein *mobilisierender kollektiver Akteur* gefasst wird, »der mit einer gewissen *Kontinuität* auf der Grundlage *hoher symbolischer Integration* und *geringer Rollenspezifikation* mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu

7 Vgl. etwa Wilson (1973: 359): »Social movements are by definition dynamic«; oder auch Rammstedt (1977: 448): »Die Bewegung muß nämlich in Bewegung gehalten werden; ein Stillstand wäre das Ende der Bewegung.«

8 Vgl. dazu auch Buechler (2000: 5); Eder (1993: 108).

verhindern oder rückgängig zu machen«.⁹ An dieser Definition fällt zunächst auf, dass der sozialen Bewegung ein *Akteurstatus* verliehen wird. Sie ist also nicht passiver Ausdruck gesellschaftlicher Wandlungstendenzen, nicht nur Medium des sozialen Wandels, sondern greift aktiv mit dem Ziel der Veränderung in den Lauf der Dinge ein. Hierbei ist, wie Raschke ausdrücklich betont, soziale Bewegung als Akteur nicht durch eine spezifische Organisationsform charakterisiert, sondern setzt sich aus einer »Vielfalt von Tendenzen, Organisationen und Aktionsansätzen« zusammen (ebd.).

Weitere Merkmale sind in der Definition angesprochen. Der Begriff der *Mobilisierung* verweist darauf, dass die Machtgrundlage jeder Bewegung prekär sei. Die Mobilisierung von Unterstützung wird zur Existenzbedingung von sozialen Bewegungen erklärt. »Die aktive, permanente Suche nach Unterstützung, das In-Bewegung-Bleiben, ist deshalb ein Merkmal sozialer Bewegung«, so Raschke (1991: 33). Soziale Bewegungen müssten darüber hinaus ein *gewisses Maß an Kontinuität* aufbringen, um sie von »kollektiven Episoden« unterscheidbar zu machen.

Die Formulierung »*hohe symbolische Integration*« bezieht sich auf das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, welches eine Bewegung ausbilden müsse. Soziale Bewegungen verfügten in der Regel nicht über Macht und Geld, um die Unterstützung für ihre Ziele erzwingen oder erkauften zu können. Die kollektive Handlungsfähigkeit von sozialen Bewegungen leite sich allein aus dem inneren Engagement ihrer Mitglieder ab (Neidhardt 1985). Soziale Bewegungen seien deshalb auf die Konstruktion und Aufrechterhaltung eines »Wir-Gefühls«, einer Vergemeinschaftungsdimension, eines kollektiven Selbstbewusstseins angewiesen, welches beständig den Eigenwert der Bewegung hervorheben muss. »Um all dies überzeugend leisten zu können, braucht eine soziale Bewegung im Hin und Her selbstreflexiver Prozesse den Rekurs auf *allgemeine Werte*, mit denen sie sich ihr Pathos und ihre Identität sichern kann« (ebd.: 200). Nicht Geld oder Macht seien in sozialen Bewegungen wesentlich, sondern die Sprache als wesentliches Kommunikationsmittel. Soziale Bewegungen werden deshalb mit Neidhardt auch als »verzweigte Sprachgemeinschaften« bezeichnet. Die symbolische Integration manifestiere sich aber nicht nur in der Entwicklung einer eigenen Sprache und Problemrahmung¹⁰, sondern symbolisiere sich auch in bestimmten Umgangsfor-

9 Hervorhebungen von mir. Vgl. für sehr ähnliche Definitionsversuche Wilson (1973: 8f) und Rucht (1994: 76f).

10 Das englische Wort *framing* hat sich hierfür eingebürgert und bezieht sich auf die Fähigkeit sozialer Bewegungen, gesellschaftliche Sachverhalte neu zu definieren und überhaupt erst sichtbar zu machen. Um den Begriff des *framing* hat sich ein Forschungszweig entwickelt, der mit konstruktivistisch-

men, einem spezifischen Habitus und gar in eigenen modischen Codes. Soziale Bewegungen sicherten sich zusammenfassend die Loyalität ihrer Gefolgschaft »durch eine bestimmte Sprache, Parolen und programmatische Schriften, einen ›neuen Katechismus‹, Rituale und Zeremonien, welche die Glaubensgewissheit der Mitglieder symbolisieren und diese auch affektiv zu binden vermögen« (Kamphausen 1989: 81).

Das Merkmal der *geringen Rollenspezifikation*, welches ebenfalls in der Definition von Raschke genannt wird, ist von besonderer Bedeutung, da es unmittelbar auf den Unterschied von sozialen Bewegungen zu formaler Organisation verweist. Im Kontrast zur Organisation zeichne sich eine soziale Bewegung nämlich durch eine vergleichsweise geringe Ausdifferenzierung und Festschreibung von Rollen aus. Gleichwohl sei ihr Rollendifferenzierung nicht fremd. Es ließen sich zum Beispiel Kader, Aktive und Sympathisanten unterscheiden. Auch Arbeitsteilung und Machtprozesse fänden in sozialen Bewegungen statt, seien aber durch ihre Informalität gekennzeichnet.

Zwar sei eine soziale Bewegung keineswegs durch Nicht-Organisation gekennzeichnet: »Organisation ist aber nicht das Entscheidende an der Bewegung. [...] Das besondere der sozialen Bewegung liegt gerade in der Wechselwirkung zwischen den Bewegungs-Organisationen und den fluiden Teilen der Bewegung« (Rascke 1991: 38). Wegen ihrer Mittelposition zwischen schwacher Strukturiertheit und organisatorischer Verdichtung könnten soziale Bewegungen deshalb laut Raschke als »halbstrukturiert« bezeichnet werden (ebd.).¹¹

Ganz allgemein gilt für die sozialwissenschaftliche Begriffsbildung von sozialer Bewegung, dass diese in intensiver Auseinandersetzung mit dem Organisationsbegriff erfolgt. Für den Bewegungsbegriff ist die Abgrenzung zu Organisation konstituierend, wobei das Verhältnis zwischen Organisation und Bewegung selten als bloßer Gegensatz, sondern fast durchgängig als Teil-Ganzes-Beziehung gedacht wird. Dies heißt allerdings nicht, dass der Gegensatzcharakter von Organisation und sozialer Bewegung verloren geht. So wird weithin mit »sozialer Bewegung« Wandel, Dynamik und Reform assoziiert, während »Organisation« mit Kontinuität, Starrheit und Konservatismus konnotiert ist.¹²

schen Argumenten Potentiale von sozialen Bewegungen auslotet. Vgl. grundlegend Snow et al. 1986; für eine knappe Zusammenfassung Hellmann (1999) und Joachim (2001); grundsätzlicher Donati (2001).

- 11 Mühlmann (1961: 263) spricht in Bezug auf soziale Bewegungen in gleichem Zusammenhang von »Zitter- und Zappelzuständen«.
- 12 In Kapitel 3.2.2 wird anhand der für die Bewegungsforschung zentralen Institutionalisierungsdebatte diese Figur ausführlich vorgestellt.

Gleichwohl, auf der Ebene allgemeiner Definitionen von sozialer Bewegung schlägt sich zunehmend die Erkenntnis nieder, die stellvertretend Raschke (1991: 32) wie folgt formuliert: »Die Organisation definiert nicht die Bewegung, sondern die soziale Bewegung ist immer mehr als die Organisationen, die sie umfasst.« Im Gegensatz zu etwa Interessenverbänden und Parteien würden soziale Bewegungen demnach keine durchformalisierten Gebilde darstellen: »Oft schließen sie Organisationen ein, etwa Ausschüsse, Koordinationsbüros, Geschäftsstellen; aber sie selber sind keine Organisationen« (Rucht/Neidhardt 2001: 540). Zwar herrscht bezüglich der prinzipiellen Frage, ob soziale Bewegungen auf Organisationen zwingend angewiesen seien, in der Literatur keine Einigkeit. Konsensual anerkannt ist aber die These, nach der Organisationen für den Fortbestand von sozialen Bewegungen entscheidend seien, da sie ein gewisses Maß an Kontinuität gewährleisten würden und als »strukturelles Rückgrat« (Janett 1997: 146) fungierten.

Faktisch bestünden soziale Bewegungen aus »hundreds of groups and organisations – many of them short-lived, spatially scattered, and lacking direct communication, a single organisation and a common leadership – episodically take part in many different kinds of local collective action« (Obershall 1980: 45f). Die Organisations- und Entscheidungsstruktur einer sozialen Bewegung sei folglich dezentral. Die einzelnen Gruppen innerhalb einer Bewegung würden ein hohes Maß an Autonomie genießen und bildeten untereinander einen nur losen Zusammenhang. Es gäbe in der Regel kein organisatorisches Zentrum, welches verbindlich über Programmatik und Strategie entscheiden könnte. Zwar rängen mehrere Organisationen um Einfluss, doch repräsentiere in der Regel keine einzelne Gruppe oder Organisation »die« Bewegung. Soziale Bewegungen seien intern nicht funktional differenziert, denn es fehle ihnen die eindeutige »Hierarchie, die im Stande wäre, die Zweckrichtung der Bewegung zu spezifizieren und darauf bezogene Organisations- und Ablaufpläne von oben nach unten durchzusetzen« (Neidhardt 1985: 195).

Die einzelnen organisationalen und nicht-organisationalen Einheiten innerhalb der sozialen Bewegungen seien oft selbst nicht stark strukturiert oder formalisiert.¹³ Neidhardt fasst deshalb auch soziale Bewegungen »in struktureller Hinsicht als mobilisierte Netzwerke sozialer Gruppen [...] – genauer noch: als mobilisierte Netzwerke von Netzwerken« (ebd.: 197). Die Basis sozialer Bewegungen bestehe nicht aus vereinzelten Individuen, sondern aus sozialen Netzwerken mit unterschiedlichen Verdichtungsgraden. Grundelemente sozialer Bewegungen seien »Verwandtschaftskreise

¹³ Dies trifft hauptsächlich auf die *neuen* sozialen Bewegungen zu. Für die Arbeiterbewegung waren durchaus durchstrukturierte und bürokratisierte Massenorganisationen typisch.

und Nachbarschaftszirkel, Wohngemeinschaften und Kommunen, diverse Untergruppen im Umkreis von Kirchen, Parteien und Bürgerinitiativen, Universitäten, Betrieben, Gemeinden etc. Sie erscheinen im Hinblick auf die Zielsetzung der sozialen Bewegung als mehr oder weniger ausdifferenziert und zweckbestimmt, meistens klein oder wenigstens überschau- bar groß, darum auch überwiegend wenig formalisiert« (ebd.).

Auch für Rucht (1982: 275) zeichnen sich soziale Bewegungen dadurch aus, dass sie »im Vergleich zu Verbänden, Betrieben, Anstalten, Parteien oder Kirchen einen relativ geringen Institutionalisierungsgrad und keine geregelte Mitgliedschaft« haben, also typische Merkmale formaler Organisation nicht aufweisen. Dieser Unterschied liegt auch für Stöss (1991: 394) auf der Hand, da soziale Bewegungen nicht wie Organisationen über eine hierarchische Binnenstruktur, Mitgliedschaft, Arbeitsteilung, hohe Rollenspezifikation und eine feste Abgrenzung gegenüber der Umwelt verfügen.

Den letzten Punkt, das Argument unklarer Systemgrenzen, stellt insbesondere Neidhardt (1985: 195) in den Vordergrund, der ebenfalls soziale Bewegung von Organisation abgrenzt. Mangels klarer Mitgliedschaftszuschreibungen seien soziale Bewegungen nicht eindeutig von ihrer Umwelt abgrenzbar. So könne man zwar »zwischen *Aktivisten*, *Teilnehmern*, *Unterstützern* und *Sympathisanten* unterscheiden und die ersten Kategorien den Bewegungen, die anderen beiden ihrer Umwelt zurechnen; aber es ist schwer mit dieser Unterscheidung klare Personenzuordnungen und genaue Größenbestimmungen zu verbinden« (Rucht/Neidhardt 2001: 540).

Entscheidend am Merkmal der mangelnden Abgrenzbarkeit von sozialen Bewegungen ist aber meines Erachtens ein weiterer Punkt: Soziale Bewegungen sind nicht adressierbar. Lediglich Organisationen (und Individuen) besitzen Adressierbarkeit. So kann man sich an einzelne Organisationen wenden, die man einem diffus bleibenden Bewegungszusammenhang zurechnet. Man kann aber nicht *die* Bewegung kontaktieren.¹⁴ Sie besitzt weder Postanschrift noch E-Mail-Adresse. Indem der sozialen Bewegung gleichwohl ein Akteurstatus zugemessen wird, wird in der politischen Praxis und in einem überwiegenden Teil der Bewegungswissenschaft aber (sozusagen durch die Hintertür) suggeriert, eine Adressierbarkeit von sozialer Bewegung sei gegeben.

Della Porta und Diani (1999: 14ff) destillieren in ihrer Einführung zu sozialen Bewegungen vier Elemente sozialer Bewegungen, die alle theoretischen Schulen teilen. Ihr Ergebnis deckt sich mit der Definition Raschkes und kann auch hier als Zusammenfassung und Grundlage der

14 Dies gilt im übrigen analog für die Begrifflichkeit der »NGO-Community«, die bereits im letzten Kapitel einer Kritik unterzogen wurde.

weiteren Erörterung dienen. Soziale Bewegungen werden demnach in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung *erstens* als informelle Interaktionsnetzwerke aufgefasst, die sich *zweitens* durch untereinander geteilte Überzeugungen und ein gewisses Maß an Solidarität auszeichnen. *Drittens* wird sozialen Bewegungen ein konfliktärer Bezug zum Status Quo unterstellt, den sie qua kollektiver Aktion zu ändern trachten. Ein bedeutender Anteil der kollektiven Aktionsformen wird *viertens* in verschiedenen Formen von Protest ausgemacht. Soziale Bewegungen seien, so eine Quintessenz der Definitionsvorschläge, derart sowohl von stärker strukturierten Formen kollektiven Handelns (etwa von Interessenverbänden) als auch von singulären Protestereignissen oder politischen Ad-hoc-Koalitionen zu unterscheiden. Als *fünften* Punkt füge ich gemäß den Ausführungen weiter oben hinzu, dass soziale Bewegungen eben nicht wie Organisationen über eine klare Systemgrenze zu ihrer Umwelt, die Außen oder Innen definieren würde, verfügen. Ihnen fehlt sowohl eine Gebilde-dimension als auch die Möglichkeit der Adressierung. Dies wird innerhalb der Bewegungsforschung zwar gesehen, nicht aber analytisch-theoretisch an prominenter Stelle reflektiert.

3.2 Theoretische Ansätze zur Erklärung der Dynamik sozialer Bewegungen

Die Wissenschaft von sozialen Bewegungen kann inzwischen als eine etablierte und institutionalisierte Bindestrich-Soziologie gelten (Förch 1995: 26). Sie ist »auf dem Weg zur normalen Wissenschaft« (Hellmann 1999). Dies trifft vor allem auf die Situation in den USA zu, wo die Bewegungsforschung an zahlreichen Instituten und Universitäten verankert ist. Für die Bundesrepublik gilt dies stark abgemildert (Klein 2003: 18). Immerhin gibt es aber inzwischen innerhalb der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW) einen Arbeitskreis »Soziale Bewegungen« und mit dem *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* eine Fachzeitschrift, die seit 1988 Fragen der Bewegungsforschung erörtert.

Im Folgenden interessiert insbesondere die Frage, wie das Zustandekommen sozialer Bewegungen erklärt wird. Zu dieser Frage konkurrieren innerhalb der Bewegungswissenschaft verschiedene Paradigmen miteinander. Von gewisser Plausibilität bei der Rekonstruktion der Theoriegeschichte ist die Unterscheidung zwischen einer europäischen und einer US-amerikanischen Forschungstradition (Klandermanns 1991; Della Porta/Diani 1999; Tarrow 1988), welche auch als Differenz zwischen identi-

täts- und strategiebezogenem Paradigma betrachtet werden kann (Cohen 1985).¹⁵

Für die in der europäischen Forschung dominante Richtung stehen die strukturell bedingten Spannungen in einer Gesellschaft im Vordergrund, welche von bestimmten Gruppen als Missstände interpretiert werden. »Anders als in den USA stand bei der Untersuchung neuer sozialer Bewegungen die Frage gesamtgesellschaftlicher Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen im Vordergrund« (Rucht 1994: 73). Soziale Bewegungen entstehen demnach als Folge der Wahrnehmung von Widersprüchen, die durch gesellschaftlichen Wandel überwunden werden sollen. Die Forschung konzentrierte sich seit Ende der 60er Jahre auf die nun so genannten »neuen sozialen Bewegungen« (NSB), insbesondere die Studentenbewegung, die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung und die neue Frauenbewegung. Die sich vornehmlich in Westeuropa und den USA entwickelnden NSB werden in dieser Tradition als Reaktion auf neue gesellschaftliche Missstände gefasst und würden somit auch eine Reaktion auf das Versagen »konventioneller Problemlösungsmuster« (Brand/Büsser/Rucht 1986: 32) angesichts aktueller ökologischer und sozialer Probleme darstellen. Sie unterschieden sich bezüglich ihrer Werte, ihrer Aktionsformen und ihrer Trägerschaft markant von den älteren sozialen Bewegungen, etwa der Arbeiterbewegung (Klandermanns/Tarrow 1988).

NSB werden von Raschke (1987: 412) als postindustrieller Bewegungstyp gefasst und als vergleichsweise schwach strukturiert, fluid und offen gekennzeichnet. Merkmale dieses neuen Bewegungstyps sind die Abwesenheit einer einheitlichen, geschlossenen Ideologie, die thematische Vielfalt und ein rascher Issuewechsel, ein geringer Grad an organisatorischer Verfestigung und Bürokratisierung sowie eine Vielzahl autonomer, aber stark vernetzter Teilbewegungen. Den neuen sozialen Bewegungen werden oftmals zudem postmaterialistische Werthaltungen und ein antimodernistischer Impetus unterstellt.¹⁶ Sie gelten als Reaktionen

15 Freilich sträubt sich die inzwischen sehr ausdifferenzierte Bewegungswissenschaft gegen eine derart eng geführte Typisierung ihrer Ansätze. Insbesondere Nullmeier und Raschke (1989) wehren sich gegen die obige, ihrer Meinung nach vereinfachte Gegenüberstellung, unterscheiden aber ihrerseits recht schematisch zwischen »struktur- bzw. systemtheoretischen« und »handlungstheoretischen« Ansätzen. In letzter Zeit werden zudem Anstrengungen der Integration verschiedener Ansätze, unter anderem von den Protagonisten der RM-Theorie selbst (McAdam/McCarty/Zald 1996), unternommen. Gleichwohl weist Koopmanns (1998) auf die nach wie vor vorhandene hermetische Abgeschlossenheit einzelner Forschungsschulen hin.

16 Pointiert etwa bei Inglehart (1989). Die neuen sozialen Bewegungen sind für ihn eine Reaktion auf den Zerfall kollektiver Identitäten, auf Anonymisierung und Individualisierung.

auf das »Eindringen der systemischen Zweckrationalität in die kommunikativ strukturierte Lebenswelt«, wie Schneider (1987: 47) unter Bezug auf den Habermasschen Topos der »Kolonisierung der Lebenswelt« formuliert. Neue soziale Bewegungen würden sich gegen die Eingriffe des Staates und der kapitalistischen Wirtschaft in immer mehr Lebensbereiche zu Wehr setzen.¹⁷

3.2.1 Die interne Dynamik sozialer Bewegungen: Organisation und soziale Bewegung

»Die Trennlinie zwischen sozialen Bewegungen und formalen Organisationen ist manchmal nicht klar.«
Anthony Giddens (1999: 553)

In Bezug auf das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung¹⁸ ist insbesondere die US-amerikanische Diskussion interessant, welche nicht primär zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen unterscheidet. Ihr Interesse richtet sich vielmehr auf die Frage nach den politischen Chancen und der Verfügbarkeit von Ressourcen von sozialen Bewegungen. Der Schwerpunkt liegt nicht auf den gesellschaftlich-strukturellen Bedingungen, sondern auf der Analyse der Mobilisierungsprozesse und der Motivationen der individuellen Mitglieder. Betrachtet werden die Karrieren von Bewegungsorganisationen unter dem Aspekt des Wettbewerbs um knappe Ressourcen.

Der wesentliche Beitrag, die Organisationsstrukturen sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt der Analysen zu rücken, wird seit Ende der 1970er Jahre unter dem Label Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie (RM-Theorie) formuliert.¹⁹ Die RM-Theorie hat inzwischen breite Anwendung gefunden und gilt als »besteigeführtester Ansatz« (Förch 1995: 288, Fußnote 209). Dieser organisationssoziologische Zugang zur Analyse von sozialen Bewegungen fußt auf einem utilitaristisch-ökonomischen Handlungsmodell und überträgt damit Rational-Choice-Modelle auf den Gegenstandsbereich Soziale Bewegung.²⁰ Der bedeutendste Wegbereiter und

17 Für eine knappe Zusammenfassung des *New-Social-Movement-Approach* vgl. Buechler (2000: 45-51).

18 Und damit auch in Bezug auf das Verhältnis von sozialen Bewegungen und NGOs, sofern letztere einem Bewegungskontext zugeordnet werden.

19 Grundsteinlegend ist der Aufsatz von McCarthy/Zald (1977). Vgl. aber auch Gamson (1975) und Tilly (1978); zusammenfassend Jenkins (1983); kritisch Kitschelt (1991) sowie Piven/Cloward (1995).

20 Rational-Choice-Modelle konstruieren das Individuum als ausschließlich aufgrund rationaler Entscheidungen handelnd. Als *homo oeconomicus* ma-

Stichwortgeber für die spätere RM-Theorie ist der in dieser Tradition stehende Politökonom Mancur Olson²¹, dessen Gedanken deshalb vorweg kurz referiert werden.

3.2.1.1 Die Logik kollektiven Handelns

Olson fasst in seiner 1965 veröffentlichten, viel diskutierten Studie »The Logic of Collective Action« kollektives (und auch individuelles) Handeln mit Begriffen von Kosten-Nutzen-Kalkülen und strategischen Interaktionen. Potentielle Mitglieder einer sozialen Bewegung entscheiden aufgrund konkreter Anreize und einer Kosten-Nutzen-Rechnung über ihre Teilnahme an kollektiven Aktionen. Auf der Basis von Standardprämissen ökonomischer Theorieansätze argumentiert Olson, dass Akteure umso weniger zur Realisierung gemeinsamer Ziele beitragen werden, je größer die Zahl der interessierten Akteure ist. Er widerspricht damit der bis dato als selbstverständlich geltenden These, dass die Existenz hinreichend wichtiger gemeinsamer Interessen in Verbindung mit der Erkenntnis, diese nur durch gemeinsames Handeln realisieren zu können, alleine schon gemeinsames Handeln erwarten lassen. Kollektives Handeln ist laut Olson demnach eher prinzipiell unwahrscheinlich.

Ausdrücklich hat Olson seine Theorie als Kritik an der Pluralismustheorie, wie sie in den USA von Arthur Bentley und David Truman vertreten wurde, angelegt. Die amerikanische Pluralismustheorie ging davon aus, dass sich Individuen für den Zweck der Durchsetzung ihrer politischen Interessen zu Gruppen zusammenschließen, um so Einfluss auf staatliche Entscheidungen zu nehmen. Grundannahme ist hierbei, dass der Einzelne in der »modernen Massengesellschaft« politisch nichts ausrichten kann. Deshalb würden sich zwangsläufig Gruppeninteressen organisieren, deren Vielfalt den Pluralisten als Indikator für die Komplexität, Differenziertheit und demokratischen Kultur der Gesellschaft gilt. Partikularinteressen, so die weitere Argumentation, werden im konkreten Ringen der verschiedenen Gruppen in größere, allgemeinere Interessen gleichsam aufgehoben. Die organisierten politischen Gruppen bieten eine Art Mittler zwischen dem Einzelnen und dem Staat, fungieren als sogenannte »intermediäre Organisationen«.²²

ximiert das Individuum seinen Nutzen und minimiert seine Kosten. Zur Einführung in die Rational-Choice-Theorie vgl. Hill (2002).

- 21 Zur Bedeutung der Arbeiten Olsons für seine eigene Theoriebildung vgl. rückblickend Zald (1991: 350).
- 22 Vgl. zur Pluralismustheorie Dahl (1993); Steffani (1986) sowie Kremendahl (1977).

Olson (1968: 2) nimmt die entgegengesetzte Position ein: »Außer wenn die Zahl der Individuen in einer Gruppe ziemlich klein ist oder Zwang oder irgendein anderes spezielles Mittel angewendet werden kann, um die Einzelnen zu bewegen, in ihrem gemeinsamen Interesse zu handeln, werden rationale, in ihrem Eigeninteresse handelnde Individuen tatsächlich nicht so handeln, daß ihr gemeinsames oder Gruppeninteresse verwirklicht wird. [...] Die Vorstellung, daß Gruppen von Individuen so handeln, daß sie ihre gemeinsamen oder Gruppeninteressen erreichen, ist keinesfalls eine logische Folge der Annahme, daß die einzelnen in einer Gruppe rational ihre Interessen verfolgen, sondern ist im Gegenteil mit dieser Annahme unvereinbar.« Kleine Gruppen hätten gegenüber großen Interessenverbänden einen Organisationsvorteil. Sie »funktionieren« besser.

Insbesondere bei der Frage von Kollektivgütern²³ entstehe in großen Gruppen eine dilemmatische Situation: »Zwar profitiert jeder Interessent, würde das gemeinsame Ziele verwirklicht, eine Beteiligung an den Kosten jedoch ist für alle irrational: Denn entweder stellen andere Interessenten das Gut bereit, dann kann [...] der Vorteil aus der Bereitstellung des Gutes genossen und durch die Vorenthaltung des eigenen Beitrags [...] ein zusätzlicher Gewinn verbucht werden. Beteiligt sich jedoch keiner der anderen Interessenten an der Bereitstellung des Gutes, wird ein eigener Beitrag voraussichtlich wirkungslos bleiben und es droht der Verlust der eigenen Investition« (Willem 1996: 131). Die Nichtbeteiligung an den Kosten der Realisierung eines gemeinsamen Ziels sei für Akteure die günstigste Alternative. Als Trittbrettfahrer (*Free-Rider*) kämen sie aufgrund der Nicht-Ausschließbarkeit kollektiver Güter ganz umsonst in den Genuss dieser Güter. Trittbrettfahrer sind in der Logik kollektiven Handelns die rationalsten Akteure.

Olsons Theorie »widerlegt die mechanische Aggregationsthese, wonach homogene resultatbezogene Interessen kollektives Handeln stimulieren« (Wiesenthal 1993: 5). Interessensorganisationen evolvieren demnach nicht friktionslos aus den als gemeinsam vorgestellten Einzelinteressen der Individuen, so die wichtige Erkenntnis von Olson. Sie sind nicht umstandslos als Werkzeuge im Dienste ihrer Mitglieder anzusehen. Sie haben eine eigene, differente Qualität. Olson formuliert damit auch eine Kritik an den Grundannahmen des methodologischen Individualismus, der ebenfalls kollektives Handeln als Zusammenwirken der Handlungen von Individuen fasst.²⁴

²³ Kollektivgüter zeichnen sich durch ihre Nicht-Ausschließbarkeit aus. Im Unterschied zu privaten Gütern kann niemand einer Gemeinschaft von der Nutzung dieser Güter ausgeschlossen werden.

²⁴ Zum methodologischen Individualismus vgl. Kapitel 5. Die Kritik am methodologischen Individualismus bei Olson ist vor allem deshalb bemerkens-

In einer pluralen Ordnung ist für Olson die Organisation gesellschaftlicher Interessen nicht symmetrisch, sondern steht in einem reziproken und antiproportionalen Verhältnis zur Gruppengröße: Je mehr Mitglieder eine Interessengruppe zähle, desto ungünstiger seien die Voraussetzungen für kollektives Handeln. Oder anders: Je mehr Teilnehmer zur Erreichung eines Kollektivgutes oder Ziels gewonnen werden müssten, desto größer sei das Risiko der allseitigen Beitragsentaltung, weil der einzelne Beitrag nicht von signifikanter Bedeutung für das Ergebnis ist. Kleinere und homogene Interessengruppen seien bei der Erstellung kollektiver Güter im Vorteil, da sie eher in der Lage sind, Sanktionen und Belohnungen gegenüber ihren Mitgliedern durchzusetzen. Trittbrettfahren fällt in kleineren Gruppen sozusagen schneller auf. Hingegen sei in größeren Gruppen die Kontrolle der Beitragsleistungen wesentlich aufwändiger und kostenintensiver. Hinzu komme, dass kleinere, homogene Gruppen oft sehr spezielle Interessen vertreten, so dass Leistungen zustande kommen, die für potentielle Trittbrettfahrer wenig Nutzen haben.²⁵

Olsons Thesen waren für viele Teilbereiche der Sozialwissenschaften äußerst einflussreich. Zwar konnten sie in einer Reihe von empirischen Untersuchungen und Experimenten weder eindeutig bestätigt noch verworfen werden (Udéhn 1993). Auch in den Forschungen zu den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre konnte nicht geklärt werden, welcher Beteiligungs- bzw. Organisationsgrad noch als Bestätigung des Olsonschen Theorems zu gelten hat und welcher als Widerlegung (Willems 1996: 136). Gleichwohl lenkt Olsons »Logik kollektiven Handelns« das Augenmerk aber darauf, dass die Bedingungen kollektiven Handelns selbst erklärbungsbedürftig sind. Insbesondere rückt sie das Problem der Organisierung sowie spezieller das der organisationalen Resourcenmobilisierung in den Vordergrund. Olsons Theorie relativiert zudem die Aggregierungsthesen, wie sie in Pluralismustheorien vertreten werden. Die These, bei sozialen Bewegungen handele es sich um die Zusammenführung gleichartiger Interessen von Individuen, wird gründlich in Frage gestellt.

wert, weil sowohl Olsons Ansatz als auch der methodologische Individualismus auf den Prämissen des *Rational Choice* aufbauen.

25 Hier schimmert bereits eine ordoliberalen Position durch, die insbesondere die späten Arbeiten von Olson kennzeichnet. Sein Werk ist durchzogen von der Sorge, dass kleine Interessengruppen Märkte vermaischen und damit die Verteilung ökonomischer und politischer Güter zu Lasten der Gemeinschaft vorantreiben (Faust 2002).

3.2.1.2 Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie

Die RM-Theorie nimmt zentrale Argumente von Olson auf und bringt sie in die (zunächst: US-amerikanische) Bewegungswissenschaft ein. In dieser dominierten bis in die 1970er Jahre hinein Erklärungsansätze, die in der Traditionslinie der Massenpsychologie und der Collective-Behaviour-Forschung²⁶ standen. Diese machten Unzufriedenheiten und Deprivation für das Entstehen von sozialen Bewegungen verantwortlich und betonten somit strukturelle Spannungen und Anomie als protestinduzierend. Deprivationstheorien behaupteten einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Intensität sozialer Belastungen und Protestmobilisierung.²⁷ Diesen Ansätzen galten soziale Bewegungen als Antwort auf unstrukturierte und undefinierte Situationen, welche durch den Zusammenbruch von Organen der sozialen Kontrolle oder allgemeiner durch sozialen Wandel hervorgerufen wurden. Die Irrationalität und Zufälligkeit der Mobilisierungsmechanismen wurde in den Vordergrund gestellt.

Auch der Binnenzustand sozialer Bewegungen wurde in der frühen Collective-Behaviour-Forschung als irrational und unstrukturiert wahrgenommen. Die diesbezüglichen Grundannahmen lassen sich wie folgt zusammen fassen: »movement participation was relatively rare, discontents were transitory, movement and institutionalised actions were sharply distinct and movement actors were arational if not outright irrational« (Jenkins 1983: 528). Dass soziale Bewegungen auch eine organisationale Struktur aufweisen, war in der damaligen Bewegungsforschung »nicht unbedingt selbstverständlich« (Rucht 1984: 609).²⁸

Anders die RM-Theorie: »Wo die ‚klassischen‘ Theorien vermeintlich von der Irrationalität, Spontanität und Diskontinuität von Protestverhalten ausgingen, betonten die Anhänger der Ressourcenmobilisierung den rationalen und organisierten Charakter von sozialen Bewegungen, die aus dieser Sicht nichts anderes als eine Fortsetzung der konventionellen Politik mit anderen Mitteln darstellten« (Koopmanns 1998: 215). Erklärungs-

26 Vgl. hierzu etwa: Smelser 1962; Turner/Killian 1957.

27 Von Davies (1979) stammt der Vorschlag, nicht absolute, sondern relative Deprivation als protestinduzierend zu begreifen. Zu sozialen Protesten komme es demnach erst dann, wenn zwischen dem Leben, welches Menschen führen müssen, und jenen Lebensumständen, die sie realistischerweise für erreichbar halten, eine Diskrepanz entsteht. Oftmals sei dem eine Verbesserung der Lebensbedingungen vorausgegangen, die das Anspruchsniveau habe wachsen lassen.

28 Die Collective-Behaviour-Forschung definiert gar soziale Bewegung über die Abwesenheit oder Bedeutungslosigkeit von formaler Organisation. Spontanität wird hier zur *differentia specifica* sozialer Bewegung (Della Porta/Diani 1999: 139).

muster, die kollektives Verhalten als unmittelbaren Reflex auf Frustration, Deprivation oder den Verlust von Identität, also letztlich mit relativ simplen Reiz-Reaktions-Schemata, erklären, werden von der RM-Theorie als zumindest unzulänglich zurückgewiesen.²⁹

Da soziale Unzufriedenheiten und Deprivation, so die Argumentation, immer vorhanden seien, reichen sie zur Erklärung von sozialen Bewegungen nicht aus. »Grievances are everywhere, movements not«, so die knappe Zusammenfassung von Japp (1984: 316). »In a world of multiple and endemic grievances, the rational actor protests only when opportunities exist and relevant resources can be deployed to exploit them« (Brysk 1995: 567). Da die Ubiquität von Missständen gegeben sei, sei für die Entwicklung kollektiven Handelns von primärerer Bedeutung, dass es in bestimmten Problemkonstellationen gelingt, Organisationen aufzubauen, mit denen Unterstützung zu mobilisieren ist. Nicht der Leidensdruck gesellschaftlicher Gruppen sei also ausschlaggebend für die Entstehung von Protestverhalten, sondern der organisational vermittelte Zugang zu Ressourcen. Je mehr Ressourcen mobilisierbar seien, desto mehr Protest werde es geben (McCarthy/Zald 1977: 1225). Missstände und Unzufriedenheiten würden darüber hinaus von »Bewegungsunternehmern« strategisch oftmals erst definiert, kreiert und manipuliert (ebd.: 1215).

Die RM-Theorie betrachtet vornehmlich (Bewegungs-)Organisationen und präferiert deshalb einen sehr weiten Bewegungsbegriff. Soziale Bewegung wird gefasst als »a set of opinions and beliefs in a population which represents preferences for changing some elements of the social structure and/or reward distribution of a society« (McCarthy/Zald (1977: 1217f). Soziale Bewegungen stellen also nicht mehr als eine Präferenzstruktur dar, die auf sozialen Wandel ausgerichtet ist. Eine Bewegungsorganisation definiert sich als Bewegungsorganisation entsprechend nur dadurch, dass sich deren Ziele mit den Präferenzen einer sozialen Bewegung decken (ebd.: 1218). Parteien, Regierungen oder Interessengruppen sind nach dieser Betrachtung schwierig von Bewegungsorganisationen abzugrenzen. Dies mag als Nachteil der RM-Theorie erscheinen, verweist aber nicht zu Unrecht darauf, dass das Gebilde »soziale Bewegung« vornehmlich eine soziale Konstruktion der beteiligten und beobachtenden Akteure darstellt. Soziale Bewegungen stellen für die RM-Theorie lediglich eine weitere Form instrumentellen und rationalen kollektiven Handelns dar. Deren Beziehungen zu den Adressaten ihres Handelns wird als ein Bargaining-Prozess zwischen beiderseits rationalen Akteuren gedeutet (Förch 1995: 289). Derart geraten verstärkt die Netzwerkstrukturen zwischen

29 Sie werden heute in der wissenschaftlichen Literatur im Übrigen so gut wie nicht mehr vertreten (Pollak 2000: 41).

verschiedenen Bewegungsorganisationen in den Blick, die als besonders wichtig für den Mobilisierungs- und Aufmerksamkeitserfolg sozialer Bewegungen betrachtet werden.

Die RM-Theorie setzt aber nicht soziale Bewegungen mit den Organisationen, die Teil von ihr sind oder von ihr hervorgebracht werden, gleich. Soziale Bewegungen bestehen zusätzlich aus einer gewissen Anzahl von teilweise nur sporadisch mobilisierbaren Anhängern und Unterstützern, deren Engagement sich auf moralischen Überzeugungen (conscience) oder persönlichen Nutzenerwartungen (beniciary) gründet. Anhänger und Unterstützer von sozialen Bewegungen kontrollieren aber als deren (Massen-)Basis kaum die eng begrenzten Ressourcen. Dies ist den Katern, jenen Personen, die als meist professionalisierter Mitarbeiterstab in den Entscheidungsprozess der Bewegungsorganisationen einbezogen sind, vorbehalten (Rucht 1984: 611).

Insgesamt will die RM-Theorie intervenierende Variablen benennen, die die zeitliche Dynamik, Breite, Intensität, Struktur und Strategie von sozialen Bewegungen beeinflussen. Zwar bietet sie keine homogene Erklärungsperspektive. Es lassen sich jedoch drei Grundaussagen der RM-Theorie destillieren. Demnach gilt für kollektive Aktionen:

- a) Sie werden meist von relativ stabilen Gruppen getragen und zeigen damit keineswegs ein anomisches Stadium (i.S. Durkheims) an,
- b) sie bauen zumindest teilweise auf Kosten-Nutzen-Kalkülen im Sinne Olsons auf,
- c) sie sind auf eine schon vorfindbare, vorgängige organisatorische Infrastruktur gegründet (Rucht 1984: 610).

Bei Protestaktivitäten handelt es sich also um strategische Unternehmungen von Bewegungsorganisationen, in denen (quasi-)professionalisierte Bewegungsmanager zweckrational kalkulieren und gestalten. Organisationen sind sowohl für die Entstehung von Bewegungen, als auch für deren Erfolg entscheidend (Morris/Herring 1987: 167). Um längerfristig Bestand zu haben und nachhaltig kollektive Aktionen zu bewerkstelligen, müssen soziale Bewegungen formal organisierte Strukturen herausbilden (McAdam/McCarthy/Zald 1996: 13).³⁰ Dies kann gedeutet werden als frühe theoretische Ablehnung einer »schroffen Gegenüberstellung von Bewegung und Organisation bzw. Institution« (Brand 2000: 28), verweist aber wohl vornehmlich auf die besondere und zudem enorme Bedeutung, die Organisationen innerhalb von Bewegungen zugemessen wird. Die RM-Theorie verlagert den Grund für eine Mobilisierung von der Gesell-

³⁰ Besonders eindeutig in Bezug auf die Unverzichtbarkeit von Organisation ist Raschke (1987: 207): »Die kontinuierliche Mobilisierung von Ressourcen ist ohne Organisation nicht zu denken.«

schaft in die Bewegung selbst. Dort sei der Ort, an dem von Bewegungsorganisationen die Weichen von Unzufriedenheit auf Protest gestellt werden.

Bewegungsorganisationen ähneln im Verständnis der RM-Theorie ökonomischen Organisationen. Auch sie müssen demnach den Zufluss von Ressourcen bewerkstelligen, um ihren Bestand und ihr Wachstum sichern zu können. Zum Gegenstand der empirischen Arbeiten wurden vor allem die Fähigkeit von Bewegungsorganisationen, sich materielle (Geld, Anhängerschaft, Arbeitsstellen etc.) und nicht-materielle (Freundschaft, Kompetenzen, Legitimität) Ressourcen³¹ verfügbar zu machen, die Funktionsweise von Mobilisierungsprozessen und die Frage der Zielerreichung. Um das Ziel des Ressourcenzuflusses zu erreichen, ist es wichtig, dass es den Bewegungsorganisationen gelingt, Unterstützer zu mobilisieren und Gegenbewegungen zu neutralisieren. Darüber hinaus muss es gelingen, langfristig eine Veränderung der allgemeinen gesellschaftlichen Werte und Zielsysteme zu erreichen. Besonders hilfreich ist dabei die Argumentation der Bewegungsakteure, dass die Konzepte und Ideen der Bewegung zu einer besseren Zukunft für alle beitragen können.

Der Zwang zur Ressourcenmobilisierung drückt sich vordergründig im Verhalten der Bewegungsorganisationen zu anderen Akteuren aus, welches auf Opposition oder auf Zusammenarbeit ausgerichtet sein kann. Er hat aber auch Effekte auf die interne Struktur der Bewegungsorganisation. Eine möglichst hierarchische Struktur ist demnach funktional für eine effektive Spendenerhebung und Mitgliedermobilisierung (Gamson 1975; Tilly 1978). Zentralistisch organisierte Bewegungsorganisationen erreichen ihre Ziele in der Regel besser als dezentral strukturierte Organisationen, haben dafür aber mehr Probleme, Unterstützer ihrer Arbeit längerfristig zu mobilisieren (Freeman 1979).

Zur Würdigung des Ansatzes: Die Konzentration des RM-Ansatzes auf diese Binnenstrukturen von sozialen Bewegungen, also auf die internen Mobilisierungsprozesse einer Bewegung, ist gleichzeitig dessen zentrale Schwäche, da die gesellschaftliche Umwelt von sozialen Bewegungen tendenziell ausgeblendet wird.³² Dies gilt zuvorderst in Bezug auf die

31 Innerhalb der RM-Theorie ist der zentrale Begriff der Ressourcen nicht klar definiert (Opp 1998: 95f). Dies ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass es von den jeweiligen Zielen einer Bewegung abhängt, welche Faktoren als Ressourcen in Frage kommen. Gleichwohl lassen sich einige typische Ressourcen nennen. Aveni (1978: 188) etwa zählt als bedeutende Ressourcen neben Geld auf: Mitglieder, Legitimität, Prestige, Information und Macht.

32 Er wird von seinen Vertretern deshalb selbst als »partial theory« (McCarthy/Zald 1977) gekennzeichnet.

Beschreibung und Bestimmung der Struktur moderner Gesellschaft, welche nicht erfolgt (Nullmeier/Raschke 1989: 262).

Der große Verdienst der RM-Theorie ist hingegen sicherlich, dass sie das Augenmerk auf die internen Strukturen sozialer Bewegungen gelenkt hat und insbesondere deren Organisationsförmigkeit herausgestellt hat. Sie kann überzeugend darstellen, dass soziale Bewegungen erst durch das Wirken organisationaler Akteure mit je eigenen Interessen geschaffen werden.³³ Der politische und ideologische Gehalt sozialer Bewegungen interessiert die RM-Theorie hierbei nicht (Dalton/Kuechler/Bürklin 1990: 9f), so dass sie weder die kollektive Identität sozialer Bewegungen noch deren Vielfältigkeit erfassen kann (Buechler 1993: 231). Soziale Bewegung kann ihr deshalb nicht mehr sein als ein Set gleichartiger Ideen, gefasst als eher immaterielle Präferenzstruktur.

Ohne diesen Gedanken explizit weiterzutreiben, formuliert die RM-Theorie eine Ahnung davon, dass das Konstrukt soziale Bewegung mehr eine Kopfgeburt der beteiligten Organisationen ist, als dass es sich materiell und abgrenzbar auffinden lässt. Das Konstrukt soziale Bewegung und damit eine unterstellte kollektive Identität ist meist Voraussetzung der Ressourcenmobilisierung. Die schon von Olson kritisierte Vorstellung, soziale Bewegungen emergierten aus der zunehmenden Vernetzung von Individuen mit gleicher Interessenlage, also »from bottom up«, wird auch von der RM-Theorie, zumindest implizit, zurückgewiesen. Formale Organisationen sind folglich nicht verdichtete Repräsentationskerne einer breiten Basis, sondern umgekehrt erscheint die Mobilisierung der Basis als Folge des Organisationshandelns. Erst in der Folge entwickelt sich der Umstand, dass die »Bewegungsbasis«, die materielle und immaterielle Beiträge leistet, umgekehrt zur Existenzbedingung der Bewegungsorganisation werden kann. Bewegungsorganisationen sind folglich permanent darauf angewiesen, Mobilisierungsleistungen zu erbringen. Die ideologische Ausrichtung wird daher, auch dahingehend lässt sich die Argumentation der RM-Theorie verlängern, im Zweifelsfall dem Ziel des Organisationserhalts untergeordnet.

3.2.1.3 NGO als Synonym für Bewegungsorganisation

Konkret in Bezug auf den Phänomenbereich NGO geben die Arbeiten, die im Kontext der RM-Theorie entstanden sind, wenig her. Die Begrifflichkeit »NGO« wird, auch im Rahmen von neueren Arbeiten, meist schlicht nicht benutzt. Geschieht dies dennoch, so wird NGO in der

³³ Hierbei ist der klassische Organisationsbegriff der RM-Theorie, der Organisationen als neutrale und effiziente Instrumente zur Zweck-Mittel-Verfolgung fasst, sicherlich zu kritisieren. Dazu aber in Kapitel 7 mehr.

Regel als »Synonym für Bewegungsorganisation« (Walk/Brunnengräber 2000: 194) verwendet. Ein großer Teil der Bewegungswissenschaft integriert die NGO-Begrifflichkeit also durch schlichte Ersetzung bzw. durch Eingrenzung der NGO-Population auf Bewegungsorganisationen. Identifiziert sich eine NGO mit den Zielen einer sozialen Bewegung, so sei sie eben eine Bewegungsorganisation (Janett 1997: 146). Bewegungsorganisationen sind demnach eine Subkategorie der übergeordneten Kategorie NGO (Rucht 1999: 211). NGOs gelten derart als Organisationskerne der neuen sozialen Bewegungen (Ronit/Schneider 2000). Dies hat seine Entsprechung in der oft geäußerten Vermutung, die spezifische Organisationsform der NGOs sei eine, die zu den neuen sozialen Bewegungen besonders gut »passe«, während für die alten sozialen Bewegungen, insbesondere die Arbeiterbewegung, Massenorganisationen typisch gewesen seien.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass die Aufnahme der NGO-Begrifflichkeit als Synonym für Bewegungsorganisation lediglich der Dominanz der NGO-Begrifflichkeit in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatte geschuldet ist.³⁴ Jedenfalls wird derart das NGO-Phänomen nicht als ein besonderes Phänomen gesehen, welches eine prinzipielle Umstellung der theoretischen Ansätze erfordert.³⁵ Umgekehrt heißt dies aber, dass die Aussagen der RM-Theorie über das Verhältnis von sozialer Bewegung und den in ihr agierenden Organisationen zumindest wichtige Teilespekte auch des Verhältnisses von sozialer Bewegung und NGOs widerspiegeln.

3.2.2 Die Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung

Die inneren Strukturmerkmale sozialer Bewegungen, insbesondere das Verhältnis zwischen SMOs und sozialer Bewegung, sind auch Thema der in der Bewegungsforschung geführten Institutionalisierungsdebatte. In ihr wird verhandelt, wie sich soziale Bewegungen im Laufe der Zeit entwickeln und wie diese Entwicklung zu bewerten ist. In der Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung wird die von der RM-Theorie aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis von Bewegung und Organisation »dynamisiert«. Wurde im vorangegangenen Kapitel dieses Verhältnis er-

³⁴ Bei gleichzeitiger Abnahme der Debatte über soziale Bewegungen (Brand 2000: 27).

³⁵ So antwortete etwa Dieter Rucht, einer der führenden deutschen Bewegungsforscher, im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Herbst 2000 auf die Frage, ob die neuere Debatte über NGOs für seine Arbeit Relevanz habe kurz und bündig mit: »Nein!«

gründet, indem recht prinzipielle Aussagen getroffen wurden, so geht es in dem folgenden Kapitel um die Prozesshaftigkeit der Entwicklung, konkret um den Prozess der Ver-Organisierung und Vermachtung sozialer Bewegungen. Die Institutionalisierungsdebatte diskutiert darüber hinaus an zentraler Stelle, wann noch von einer Bewegung gesprochen werden kann.³⁶ Während die RM-Theorie recht nüchtern und deskriptiv die Binnenstruktur sozialer Bewegungen thematisiert, wird die Institutionalisierungsdebatte – analog zur Debatte in den Bewegungen selbst – engagiert bis emotional geführt. Fragen von Macht und Herrschaft werden explizit thematisiert und auch bewertet.³⁷

Der Institutionalisierungsbegriff wird in dieser Debatte recht unterschiedlich gebraucht und teilweise auch mit dem Organisationsbegriff vermischt. Beide Begriffe werden sowohl im Diskurs der sozialen Bewegungen als auch im wissenschaftlichen Diskurs über soziale Bewegungen bis weit in die 1980er Jahre hinein in Differenz zum Begriff der Bewegung konstruiert. Insbesondere die neuen sozialen Bewegungen galten im (bewegungs-)eigenen Selbstverständnis per definitionem als antiinstitutionalistisch (Rucht/Blatttert/Rink 1997: 20). Im Wissenschaftsdiskurs wurden die neuen sozialen Bewegungen sowohl den alten sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung, als auch den etablierten Institutionen dichotomisch gegenüber gestellt. Der antiinstitutionelle Impetus der sozialen Bewegungen übertrug sich zunächst auf die wissenschaftliche Analyse und beförderte ein emphatisches »bewegungswissenschaftliches Paradigma« (ebd.: 25).³⁸

Der Begriff der Institutionalisierung wird dabei meist nicht scharf definiert, sondern vornehmlich durch die Subsumtion verwandter Erscheinungen näher qualifiziert. Insbesondere das Ende eines Mobilisierungszyklus, Professionalisierung und Arbeitsteilung, Anpassung und Entpolitisierung, Bürokratisierung und Oligarchisierung werden genannt (ebd.: 26), aber auch Zielwandel, Monetarisierung, Entfremdung und Zentralisierung (Nullmeier 1989: 13f).

36 Vgl. etwa den Artikel von Rootes (2004) mit dem Titel »Is there a European environmental movement?«

37 Robert Michels (1989) etwa, dessen Oligarchisierungsthese im Folgenden dargestellt wird, bewertet die oligarchischen Tendenzen innerhalb sozialer Bewegung als »Krankheit« und »Entartung«.

38 Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Betonung des Anti-Institutionellen als das Neue der neuen sozialen Bewegungen insbesondere die europäische Bewegungswissenschaft auszeichnete. Es verwundert daher nicht, dass auch die Institutionalisierungsdebatte vornehmlich im europäischen Kontext, insbesondere in Deutschland, geführt wurde.

3.2.2.1 »Der typische Verlauf sozialer Bewegungen«

Zwar werden in der Bewegungswissenschaft für die Entwicklung sozialer Bewegungen bisweilen auch zyklische Modelle formuliert.³⁹ Durchgesetzt und hegemonial sind aber lineare Modelle zur Beschreibung und Erklärung eines »typischen Verlaufs sozialer Bewegungen« (Mayreder 1925).⁴⁰ Für diesen »klassischen« Blick auf das Schicksal sozialer Bewegungen« (Roth/Rucht 1991: 22) entwickeln sich soziale Bewegungen von einem fluiden und wenig geformten Ausgangszustand relativ kontinuierlich zu festeren Formen. Mit zunehmender Verbreitung organisationaler Muster bürokratisiert sich demnach eine soziale Bewegung immer mehr, bis sie ihren Bewegungscharakter gänzlich verliert und die Bestanderhaltung der Bewegungsorganisationen selbst in den Vordergrund tritt.⁴¹ Eingang in die Literatur hat dieses Theorem unter den Überschriften Oligarchisierung, Bürokratisierung oder Institutionalisierung von sozialen Bewegungen gefunden. Um die unterschiedliche Qualität zweier Entwicklungszustände herauszustellen, wird von Rucht/Blatttert/Rink (1997: 34) für diese Auffassung der Bewegungsgeschichte der Begriff Stufentheorem vorgeschlagen. Es wird aber unter Verweis auf dessen wichtigste theoretische Stichwortgeber auch als »Weber-Michels-Theorem« (Zald/Ash 1966) gehandelt.

Die Oligarchisierungsthese ist initial mit dem italienisch-deutschen Soziologen Robert Michels und seinem Hauptwerk »Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie« von 1911 verknüpft (Michels

39 Vgl. vor allem die Arbeiten von Tarrow über Mobilisierungswellen (Tarrow 1991; 1994). Für einen knappen Überblick über Versuche, soziale Bewegungen mit zyklischen Modellen zu beschreiben, vgl. Rucht/Blatttert/Rink (1997: 42ff). Insgesamt sind zyklische Modelle nicht als strikte Gegenmodelle zu Institutionalisierungsannahmen zu begreifen. Sie machen eher unspezifische Angaben zum Aufkommen und Abebben sozialer Bewegungen, statt ausdrücklich auf deren organisationale Strukturiertheit sowie auf Prozesse der Institutionalisierung einzugehen. Institutionalisierung gilt diesen Ansätzen dann als ein Phänomen, welches jeweils zum Ende eines Mobilisierungzyklus auftritt.

40 Raschke (1987: Kap. 15) unterscheidet alternativ drei sozialwissenschaftliche Modelle, die die bewegungsinterne Dynamik zu fassen versuchen. Während in Ablaufmodellen die internen Gesetzmäßigkeiten sozialer Bewegungen ergründet werden, versuchen Faktorenmodelle, die externen Faktoren zu bestimmen, die die Bewegungsentwicklung beeinflussen. Raschke selbst präferiert ein (noch zu entwickelndes) Lernmodell, welches den reflexiven Eigenschaften sozialer Bewegungen Rechnung trägt.

41 Diese These ist laut Rucht/Blatttert/Rink (1997: 38) nicht nur im sozialwissenschaftlichen Rahmen außerordentlich stark verbreitet, sondern hat gar den Charakter einer »Alltagstheorie« angenommen.

1989).⁴² Am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung des Kaiserreichs und ihrer Entwicklung hin zur Sozialdemokratie samt Massenpartei entwickelte Michels seine These vom oligarchischen Formwandel sozialer Bewegungen qua Organisation. Dieser Formwandel spiegele aber lediglich eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz wider. So folge sämtliches »menschliches Gruppenleben« einem »ehernen Gesetz der Oligarchisierung«, welchem sich selbst Bewegungen mit libertärer Ausrichtung nicht entziehen können.

Den Hauptschlüssel zum Verständnis der Oligarchisierungsprozesse sieht Michels in formaler Organisierung, die die dauerhafte Herausbildung »elitärer«⁴³ Strukturen erst ermöglicht. Durch die Auswahl des Beispiels der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung will er deutlich machen, dass sich diese Prozesse unabhängig von den Organisationszielen und Ideologien vollziehen. Wenn sich die Zwangsläufigkeit dieser Prozesse für eine sich egalitär gebende demokratische Massenorganisation, die anti-oligarchische Ziele kommuniziert, nachweisen lässt, dann gelte dies umso mehr für alle anderen Organisationen.⁴⁴ Das Wesen von Organisation fasst Michels dabei – dem allgemeinen Forschungsduktus seiner Zeit entsprechend – in Maschinenmetaphern. Gleichzeitig schreibt er der Organisation Akteurseigenschaften und Eigensinnigkeit zu, wie das folgende Zitat verdeutlicht: »Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie [...] Die Maschinerie der Organisation ruft, in dem sie eine solide Struktur schafft, in der organisierten Masse schwerwiegende Veränderungen hervor. Sie kehrt das Verhältnis des Führers zur Masse in sein Gegen teil um. Die Organisation vollendet entscheidend die Zweiteilung jeder Partei bzw. Gewerkschaft in eine anführende Minorität und eine ausführende Majorität. [...] Die Macht der Führer wächst in gleichem Maße wie die Organisation« (Michels 1989: 25f). Je mehr sich eine Organisation

- 42 Mit Oligarchisierungstendenzen in politischen Parteien und deren Effekt auf demokratische Gesellschaften setzt sich aber auch schon Ostrogorskii (1902) auseinander.
- 43 Robert Michels gilt neben Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca zudem als Klassiker der (italienischen) Elitentheorie. Im Gegensatz zu Pareto, der die geschichtliche Entwicklung als dauernde Ablösung alter durch neue Eliten fasst, entwickelt Michels eine differenziertere Elitentheorie. Alte Eliten werden demnach nicht abgelöst, sondern erneuern und revitalisieren sich durch die Aufnahme und Amalgamierung aufstrebender Eliten (Stöting 1999: 238f). Zu Mosca und Pareto vgl. einführend Tamayo (1998).
- 44 Michels folgert aus seiner Untersuchung die Unmöglichkeit eines egalitären Sozialismus und auch einer Demokratie, die diesen Namen verdient. Dies entspräche zudem der psychologischen Situation der beherrschten Massen, die sich nach einer starken Führung sehnten. In dieser These deutet sich Michels' spätere Hinwendung zum Faschismus an. Vgl. zur politisch-biografischen Einschätzung des Michelsschen Werks Stöting (1999).

ausdifferenziere und sich zu einem »Apparat« transformiere, desto mehr bedürfe sie einer Elite, die diesen Apparat managt. An dem herrschaftlichen Charakter von formaler Organisation lässt Michels also keinen Zweifel: »Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien [...] bedingungslos unterworfen sind, mag [...] etwa so lauten: Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden« (ebd.: 370f).

Aufbauend auf Webers Überlegungen zur Veralltäglichung von Charisma (Weber 1980: 142-148) nimmt Michels eine typische Entwicklung sozialer Bewegungen an. Demnach werde die Politik einer sozialen Bewegung in ihrem Anfangsstadium stark von charismatischen Führungs-Persönlichkeiten geprägt. In dem Maße, wie eine soziale Bewegung nun in einer Gesellschaft Fuß fasse, d.h. eine ökonomische und soziale Basis in ihr finde, stehe sie zunehmend vor der Aufgabe, Führungscharisma zu veralltäglichen. Dies geschehe durch die Installation bürokratischer Strukturen in den entstandenen Bewegungsorganisationen. Innerhalb dieser bürokratischen Strukturen hätten die Funktionärseliten ein Interesse am Fortbestand »ihrer« Organisation, da nur dies ihre innerorganisatorische und gesellschaftliche Position gewährleisten könne. Es ergebe sich eine enge Koppelung zwischen den individuellen materiellen Interessen der Organisationseliten und der Stärke der Organisationen, in denen diese Eliten ihren Lebensunterhalt verdienten. Ursprüngliche ideelle Ziele würden dabei für partikulare Interessen und die Stabilisierung von Herrschaftsansprüchen instrumentalisiert. Das Machterhaltungsinteresse der Eliten sei also, so die Argumentation von Michels, prinzipiell unabhängig und häufig auch gegenläufig zum Interesse an der Verwirklichung der Ziele einer sozialen Bewegung. Es werde zusätzlich gestützt durch die zunehmende Akzeptanz der jeweiligen Funktionsträger durch die bisherigen Eliten in Politik und Gesellschaft. Auf Seiten der Funktionsträger wachse so die Überzeugung einer besonderen professionellen Berufung oder Qualifizierung. Innerhalb der Organisation reproduziere sich ein Experten-Laien-Verhältnis.⁴⁵

45 Neuere Untersuchungen legen nahe, dass die Führungskader nicht mit der jeweiligen Organisation wachsen müssen. So hat Marullo (1988) am Beispiel der US-amerikanischen Friedensbewegung einen Wandel in den Rekrutierungsformen nachgezeichnet. Zwar besetzen SMOs ihre hauptamtlichen Stellen nach wie vor auch mit langjährigen Mitgliedern, die eine enge Loyalität zu »ihrer« Organisation mitbringen. Wesentlich öfter wechseln aber Hauptamtliche inzwischen von anderen Organisationen hinüber. Sie sind vornehmlich durch professionsbezogene Faktoren qualifiziert. Ihre Loyalität gilt, so die Vermutung von Marullo, nur noch zu einem geringen Anteil der jeweiligen Organisation. Das instrumentelle Verhältnis der Funk-

Eine soziale Bewegung macht laut Michels in diesem Prozess hauptsächlich drei Wandlungsprozesse durch. Auf der Ebene der allgemeineren Ziele ergebe sich erstens eine Tendenz zum Konservatismus. Mit zunehmender Organisationsförmigkeit einer sozialen Bewegung würden sich deren Ziele immer mehr dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens anpassen. Damit hänge zweitens das speziellere Ziel der Erhaltung der Organisation zusammen. Die Propagierung der politischen Organisationsziele diene nun lediglich noch als Mittel, den Erhalt der Organisation zu sichern. Konkret schließe dies Anstrengungen zur Sicherung der Mitgliederbasis und der materiellen Mittel ein. Diese Anstrengungen bekämen gegenüber der Verfolgung politischer Ziele prioritätäre Bedeutung.⁴⁶ In den klaren Worten von Michels (1989: 347): »So wird die Organisation aus einem Mittel zum Zweck zu einem Selbstzweck.« Schließlich sei drittens Oligarchisierung selbst zu nennen. Als Nebenfolge der Konzentration von Macht in den Händen weniger ergibt sich dabei laut Michels, dass einfache Mitglieder ihr Engagement aufgeben und sich zurückziehen. Oligarchisierung zeitigt demnach also auch prekäre Verhältnisse für den Bestand der Organisation selbst.

Michels' Ansatz ist in der Folge aufgegriffen und verfeinert worden. Einflussreich war die Studie von Rosa Mayreder (1925)⁴⁷, die die Michelsschen Annahmen stärker an den Gegenstandsbereich soziale Bewegung (statt Partei) koppelte und die am empirischen Beispiel der Frauenbewegung den »typischen Verlauf sozialer Bewegungen« nachzuzeichnen suchte. Sie unterscheidet zwischen drei Entwicklungsstufen. In einer ersten ideologischen Phase formuliere eine soziale Bewegung relativ »unberührt von der Außenwelt, die zahllose Beschränkungen, Schwierigkeiten und Verwicklungen mit sich bringt, [...] die Lehre einer neuen Ordnung in ihrer reinsten Form« (ebd.: 10). Die Träger der Bewegung zeichnen sich hier durch ein hohes Maß an Begeisterung und Opferbereitschaft aus. Die ideologische Phase ist eine »Periode der Bewegung, in der die Ideologie die tiefste Überzeugung ihrer Träger bildet, ein höchstes geistiges Gut, das für sie dem Leben erst Inhalt und Wert verleiht« (ebd.: 18).

In einer zweiten organisatorischen Phase würden die hehren Bewegungsziele realpolitische heruntergebrochen. Die gesellschaftliche Anerkennung der Bewegung und die Verwirklichung konkreter Ziele stünden nun im Vordergrund. Aus dem Alltag der Auseinandersetzung mit politi-

tionsträger gegenüber der Bewegungsorganisation wird derart noch verstärkt.

- 46 In der Parteien- und Verbandsforschung ist dieser Sachverhalt später durch die Unterscheidung einer Mitgliedschafts- von einer Einflusslogik gekennzeichnet worden (Streeck 1987; Wiesenthal 1993)
- 47 Die Publikation des Jahres 1925 geht auf einen Vortrag von 1917 zurück.

schen Gegnern ergäbe sich jetzt der Zwang zur Organisationsbildung. Den Trägern der Bewegung werde diszipliniertes Verhalten abverlangt. In dieser Phase erfolgten wichtige Weichenstellungen über die zukünftige Politik der sozialen Bewegung. Die vermehrten Außenkontakte und die Notwendigkeit taktischer Verhaltensweisen begünstigten die Herausbildung und Stärkung von Führungskadern in den Bewegungsorganisationen. Hiermit setze die dritte, als machthaberisch oder imperialistisch bezeichnete Phase ein, in der die Machtbehauptung zum Selbstzweck werde. Mayreder macht das Michelssche Konservatismusargument stark und sieht am Ende des Prozesses den Tod der Bewegung: »Mit der Erlangung der Macht endet die soziale Bewegung als solche; denn sie verliert die Tendenz, das Herrschende, zu dem sie nun gehört, zu verändern« (Mayreder 1925: 44). Mayreder idealisiert dabei deutlich den Anfangszustand sozialer Bewegung als »Ordnung in reinster Gestalt« bzw. als »noch ganz einheitliche Gruppe«.

In der Nachfolge von Michels und Mayreder wurde das Oligarchisierungstheorem unter dem normativ weniger aufgeladenen Begriff der Institutionalisierung sozialer Bewegungen von der Bewegungsforschung adaptiert, verfeinert und variiert. Nun entstehen elaborierte Stufenmodelle, die verschiedene Etappen der Karriere sozialer Bewegungen identifizieren. Zwar unterstellen diese Modelle nicht mehr die apodiktische Zwangsläufigkeit eines ehernen Gesetzes, doch bleibt der Gedanke erhalten, dass sich die Institutionalisierung auf einem »natürlichen« Evolutionspfad entwickelt. Für gewöhnlich werden eine erste Phase der Formierung und Identitätsbildung, eine zweite heiße Phase der Polarisierung und Massenmobilisierung sowie drittens eine Phase der Veralltäglichung, Professionalisierung und Institutionalisierung voneinander unterschieden (Brand 1999: 237). Die Unterteilungen des »Lebenszyklus« einer sozialen Bewegung werden insgesamt sehr ähnlich vorgenommen. Für Blumer (1951: 203) etwa steht am Anfang einer sozialen Bewegung eine erste unorganisierte Phase des »social ferment«, in der den Propagandatätigkeiten einiger weniger Agitatoren besondere Bedeutung beikommt. In einer zweiten Phase des »popular excitement« würden sodann die dem Protest zugrunde liegenden Ursachen und die Bewegungsziele näher definiert. In der anschließenden Phase der Formalisierung würden qua Organisation disziplinierende Partizipationsformen durchgesetzt und die Strategien zur Zielerreichung in starkem Umfang koordiniert und abgestimmt. Im Institutionalisierungsstadium schließlich werde die soziale Bewegung zu ei-

nem organischen Teil der Gesellschaft und forme eine professionelle Struktur aus.⁴⁸

Will man die dargestellten Ansätze positiv würdigen, so ist sicherlich zuvorderst deren herrschaftstheoretische Relevanz herauszustellen. Auch wenn uns der Ansatz Robert Michels' heute sehr holzschnittartig vorkommt, so gibt er doch wichtige Hinweise zum Verständnis von in Organisationen wirkenden Herrschaftsmechanismen. Zudem verweist Michels auch auf die externen Folgen formaler Organisierung, wenn er diese mit dem Rückgang spontaner Protest- und Artikulationsformen in Verbindung setzt. Die Herausbildung dominanter organisationsförmiger Strukturen im Rahmen sozialer Bewegungen kann derart als Disziplinierungsprozess der Bewegungsmitglieder gefasst werden. Durch die Organisationsform selbst ergeben sich so systemintegrative Effekte. Auf der Ebene des Zielwandels von (Bewegungs-)Organisationen ist bis heute Michels' These nicht entkräftigt, dass formale Organisationen dazu tendieren, die eigentlichen substantiellen Ziele durch operative Ziele zu ersetzen, in deren Folge die organisationale Funktions- und Überlebensfähigkeit zum eigentlichen Ziel wird und die ursprünglichen thematischen Ziele nur insofern verfolgt, d.h. ausgewählt, verworfen oder umdefiniert werden, als sie für das übergeordnete Überlebensziel von Relevanz sind.

Michels entwickelt ein Verständnis von formaler Organisation, welches dieser unhintergehbar Eigenlogiken unterstellt. Oligarchische Tendenzen sind demnach in einer Formulierung von Scott (1986: 406) »Strukturimmanenzen organisationeller Systeme [...]. Sie sind eine nicht gewollte, nicht intendierte Konsequenz des Phänomens Organisation.« Folgt man der Michelsschen Argumentation, ergibt sich für soziale Bewegungen somit eine dilemmatische Situation. Demnach erlangen soziale Bewegungen dauerhaften Einfluss in Richtung ihrer Ziele nur durch den Aufbau starker Organisationen. Andererseits führen die Eigenlogiken der formalen Organisation tendenziell zur Preisgabe dieser Ziele. Eine soziale Bewegung als Bewegung kommt derart zum Erliegen.

Negativ ist festzuhalten, dass die dargestellten linearen Modelle über die Entwicklung sozialer Bewegungen einen naiv-emphatischen Bewegungsbegriff transportieren. Sie können daher als Infizierungstheorien sozialer Bewegungen zusammengefasst werden. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass sie ein Unschuldsmodell sozialer Bewegung entwerfen, in dem der Beginn einer sozialen Bewegung als rein und unverdorben dargestellt

48 Sehr ähnlich unterscheiden auch schon Dawson/Gettys (1935) in ihrer Einführung in die Soziologie vier Bewegungsphasen: *social unrest*, *popular excitement*, *formal organization* und *institutionalization*. Vgl. zudem Hopper (1950) und seine Unterscheidung in *preliminary*, *popular*, *formular* und *institutional*.

wird. Der Gang der Argumentation ist dann derart, dass diese zunächst »unschuldige«, hehren Zielen verpflichtete, in ihren internen Strukturen herrschaftsarme soziale Bewegung von der machtdurchsetzten Außenwelt und ihren Konzepten (»Organisation«) kooptiert, verdorben und infiziert wird, wobei die Dimensionierung in ein Außen und ein Innen der Bewegung nicht weiter hinterfragt wird. Im Ergebnis werden informelle Herrschaftsstrukturen analytisch als nicht sonderlich relevant erachtet.

Da aber auch die an den Bewegungen partizipierenden Individuen nicht außerhalb der Gesamtgesellschaft stehen, sondern durch diese »Umwelt« zutiefst geprägt und strukturiert sind, ist zu erwarten, dass sie permanent und zu jeder Zeit auch innerhalb des Bewegungskontextes herrschaftliche Strukturen reproduzieren (wenngleich ihr Anspruch ein anderer sein mag). Und dies gilt, so muss man den Infizierungstheorien entgegenhalten, sowohl in Bezug auf formelle als auch informelle Strukturen. Noch einen Schritt weitergehend ist die implizite Annahme, bei sozialen Bewegungen handele es sich um soziale Phänomene, die gleichsam von außen die Gesamtgesellschaft beobachten, kritisieren und zu verändern trachten, grundsätzlich zu kritisieren. Logisch haltbar ist wohl nur eine Immanenzperspektive, die soziale Bewegungen als Teil der Gesamtgesellschaft begreift.⁴⁹

3.2.2.2 Parameter der organisationalen Entwicklung von Bewegungsorganisationen

Die Zwangsläufigkeit und Systematizität der beschriebenen stufentheoretischen Entwicklungsmodelle sozialer Bewegungen ist von vielen Autoren, insbesondere vor dem Hintergrund des Aufkommens der neuen sozialen Bewegungen, relativiert, kritisiert und bezweifelt worden.⁵⁰ Ihr empirisch begründetes Argument lautet, dass sich nicht alle Bewegungsorganisationen (SMOs) gleich entwickeln (della Porta/Diani 1999: 147-150). Zwar bürokratisierten sich in der Tat viele Organisationen, differen-

49 Diese ist am eindringlichsten von Luhmann (1997: 847-865; 1996) in Bezug auf Protest bzw. Protestbewegungen formuliert worden. Für Luhmann sind Protestbewegungen eine Form der gegen sich selbst gerichteten Beschreibung der Gesellschaft *in* der Gesellschaft, eine Form der sich selbst kommunikativ alarmierenden Gesellschaft. Hierbei tun die Protestbewegungen allerdings bei ihren Beschreibungen so, als wäre eine Beschreibung von außen möglich. Luhmann begreift die Funktion der sozialen Bewegungen hingegen als »Immunsystem der Gesellschaft« (Luhmann 1987: 549).

50 So etwa von Zald und Ash (1966: 328). Eindeutig auch die Formulierung von Brand: »die ›Karriere‹ sozialer Bewegungen ist durch keine immanente Gesetzmäßigkeit (etwa in Richtung auf zunehmende Oligarchisierung und Institutionalisierung) festgelegt« (zitiert nach Rucht/Blattner/Rink 1997: 45; Fußnote 22).

zierten sich intern und ließen sich in ein umfassenderes System der Interessenrepräsentation integrieren. Es gäbe jedoch auch Organisationen, welche erfolgreich Bürokratisierungstendenzen widerstehen.⁵¹ Zudem sei der Tatsache Rechnung zu tragen, dass viele Bewegungsorganisationen keine lange Lebensdauer hätten, da ihnen die Loyalität entzogen wurde. Sie wurden von den Bewegungsmitgliedern dann lediglich als ein zeitlich begrenztes Mittel zum Zweck erachtet. Es gelinge einer SMO in diesem Fall nicht, dauerhaft Ressourcen für ihren Bestand zu mobilisieren. Schließlich wird angeführt, dass auch auf der Ebene der Zieltransformation eine Entwicklung zum Konservatismus nicht zwangsläufig gegeben sei. Manche SMOs würden sich im Laufe ihrer Entwicklung gar radikalisieren bzw. radikalere Neugründungen induzieren.⁵²

Neben diesen empirisch begründeten Einwänden lassen sich aber meines Erachtens unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der RM-Theorie auch prinzipielle Einwände gegen eine allzu simple Institutionalisierungsthese ins Feld führen. Die RM-Theorie wies schließlich darauf hin, dass Organisationen keineswegs nur das Produkt einer relativ späten Entwicklungsphase sozialer Bewegungen darstellen, sondern bereits an ihrem Anfang stehen.

Es soll daher im Folgenden ein differenzierteres Modell vorgestellt werden, welches von Kriesi (1992; 1996) entwickelt worden ist. Für Kriesi steht nicht wie bei Michels die Entwicklung dominanter Großorganisationen im Vordergrund, sondern das Zusammenspiel der verschiedenen Organisationen innerhalb einer »Bewegungsinfrastruktur«. Dazu entwickelt er zunächst eine Typologie von Organisationen, die sich in dem Feld soziale Bewegung auffinden lassen. Erst in einem zweiten Schritt folgt er dann aus dieser Typologie mögliche Entwicklungslinien für Bewegungsorganisationen.

Kriesi lehnt sich an die RM-Theorie an und teilt deren Grundprämissen. Wie jede andere Organisation auch müsse demnach eine SMO be-

-
- 51 Es ist empirisch offen, ob dies auch heißt, dass sich die jeweilige soziale Bewegung bzw. ihre formal organisierten Teile *en gros* nicht gleichwohl institutionalisieren. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Olejniczak (1999: 410f) interessant, die nach einer quantitativen Untersuchung der Dritte-Welt-Bewegung zu dem Ergebnis kommt, dass Institutionalisierungstendenzen (im klassischen Sinne) vornehmlich durch Neugründungen von Bewegungsorganisationen mit professionalisierter Organisationsstruktur induziert werden, während viele ältere und kleinere Gruppen sich kaum professionalisieren. Vgl. ähnlich Milke/Montelle/Wahl (1997: 10ff).
- 52 Della Porta und Diani (1999: 148f) führen als Beispiel die klandestinen, mitunter terroristischen Gruppen an, die sich in der Nachfolge der Studentenbewegungen in Italien und der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet haben.

stimmte Funktionen gleichzeitig bewerkstelligen. Anreize für ein Engagement müssen gegeben werden, Organisationsziele müssen definiert werden, die Mitwirkung muss gemanagt und koordiniert werden, Ressourcen aus der Organisationsumwelt müssen nutzbar gemacht werden, Mitglieder müssen ausgewählt, ausgebildet und ausgetauscht werden. SMOs wiesen wie jede Organisation eine Sozialstruktur auf, binden Individuen ein, haben Ziele und setzen technologische Hilfsmittel ein. Die Spezifität der SMOs ergebe sich aus der besonderen Organisationsumwelt, die hauptsächlich mit den Eckpfeilern soziale Bewegung, Öffentlichkeit und politisches Institutionensystem umrissen werden kann.

Weitgehend unstrittig ist in der Bewegungsforschung zudem, dass sich SMOs von anderen formalen Organisationen durch vornehmlich zwei Kriterien unterscheiden. Erstens mobilisieren sie ihre Anhängerschaft für direkte kollektive Aktionen, zweitens machen sie dies zu einem politischen Zweck, nämlich um ein kollektives Gut durchzusetzen (Kriesi 1996: 152). Umstrittener ist die Bedeutung, die diesem Unterschied zu anderen Organisationen beigemessen wird. Während viele Studien die Unterschiede in der organisationalen Struktur der sozialen Bewegungen zu anderen komplexen Organisationsfeldern hervorgehoben haben, sehen andere eher Gemeinsamkeiten. Wieder andere Ansätze, wie der von Kriesi, weisen auf die großen Unterschiede in der Population der SMOs selbst hin, die es erschweren, sich auf *eine* Aussage zu kaprizieren.⁵³

Soziale Bewegungen agieren höchst selten als singuläre Einheiten, sondern handeln meist im Kontext anderer, sich überlappender und ergänzender, konkurrierender oder oppositioneller Bewegungen, die zusammen in der Begrifflichkeit der RM-Theorie einen *social movement sector* bilden. Aber auch die soziale Bewegung im Singular »funktionierte« zu einem großen Teil durch das Zusammenspiel von teils kooperierenden, teils konkurrierenden Organisationen. McCarthy und Zald scheuen hier – wie in der gesamten Anlage ihres Ansatzes – nicht die ökonomische Parallele und nennen die Menge der Bewegungsorganisationen eine *social movement industry* (Zald/McCarthy 1980), eine Bezeichnung, die Kriesi (1992: 92; Fußnote 3) für irreführend hält. Er benutzt deshalb den Begriff »SMO-Bewegungsinfrastruktur«.

Für Kriesi sind SMOs zwar die zentralen Bausteine der organisatorischen Infrastruktur von sozialen Bewegungen. Sie seien aber nicht deren einzige Komponenten. Als weitere Elemente führt er unterstützende Organisationen und Bewegungsassoziationen, welche Dienstleistungen für

53 Neben Kriesis Vorschlag liegen einige andere konventionellere Kategorisierungsversuche von SMOs vor. Della Porta/Diani (1999: 143ff) etwa unterscheiden nach Organisationsgrad, der Machtverteilung innerhalb von Organisationen und dem Grad der Bindung der Mitglieder an ihre Organisation.

die Bewegungsbasis erbringen, an. Unterstützende Organisationen seien in erster Linie Dienstleistungsorganisationen wie bewegungsnahe Medien, kirchliche Einrichtungen, Gaststätten, Druckereien oder Bildungseinrichtungen. Sie beförderten die »soziale Organisation« einer bestehenden Bewegung, ohne direkt an der Mobilisierung für kollektive Aktionen mitzuwirken.⁵⁴ Bewegungsassoziationen hingegen seien Selbsthilfegruppen oder Wohlfahrtsorganisationen, die durch die soziale Bewegung selbst hervorgerufen wurden, um den täglichen Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht zu werden. Insbesondere die Arbeiterbewegung habe in ihrer langen Geschichte viele solcher Organisationen (Arbeitslosenkassen, Sportvereine, Arbeiterbildungsvereine) hervorgebracht. Bewegungsassoziationen trügen zwar wie SMOs zur Mobilisierung der Basis einer Bewegung bei. Sie seien aber in der Regel nicht an der Aktionsmobilisierung beteiligt, sondern hätten eine exklusiv an ihren Klienten orientierte Arbeitsweise.

Als Drittes seien SMOs nach Kriesi von Parteien und Interessenverbänden zu unterscheiden. Im Gegensatz zu SMOs seien »letztere zur Erreichung ihrer Ziele nicht vom direkten Einsatz ihrer Basis abhängig. Parteien und Verbände sind vielmehr spezialisiert in politischer Repräsentation. Sie verfügen über hinreichende Mengen an Ressourcen – insbesondere über institutionalisierten Zugang zu Entscheidungsträgern, Macht und spezialisiertes Wissen –, so daß sie normalerweise ihre Basis nicht zu mobilisieren brauchen« (1992: 85). Durch die Einführung zweier Ordnungskriterien (Basisorientierung vs. Orientierung an den Machthabern sowie direkte vs. indirekte Basisbeteiligung) entwickelt Kriesi die in Abbildung 6 dargestellte Typologie bewegungsbezogener Organisationen.

Durch eine Verknüpfung dieser Systematik mit der Entwicklungsdynamik von SMOs entwickelt Kriesi nun eine Typologie möglicher »Transformationen von Zielorientierungen und Handlungsrepertoires« von mobilisierenden Bewegungsorganisationen (Abb. 7). Den vier Organisationstypen aus Abb. 6 entsprechen dabei die Trends der Institutionalisierung im klassischen Sinne, der Kommerzialisierung, des Rückzugs und der Radikalisierung. Eine SMO kann demnach »zur Partei oder zum Interessenverband werden; sie kann sich zur Dienstleistungsorganisation entwickeln; sie kann sich in Richtung Selbsthilfegruppe, Freiwilligen-Organisation oder Club verändern; oder sie kann sich radikalisieren« (Kriesi 1992: 88).

⁵⁴ Morris (1984: 139) hat diese Organisationen *movement halfway houses* genannt. Er definiert damit eine Organisation, »that is only partially integrated into the larger society because its participants are actively involved in efforts to bring about a desired change in society.«

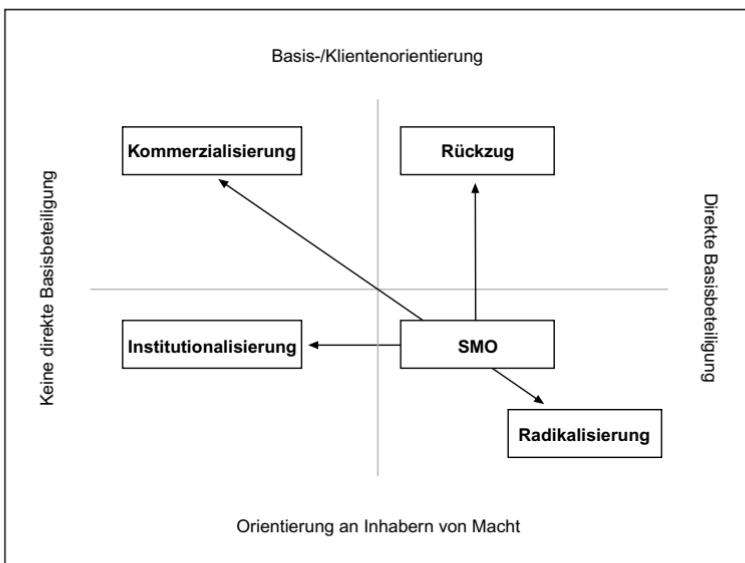
Abbildung 6: Typologie bewegungsbezogener Organisationen nach Kriesi



Aus: Kriesi (1992: 88)

Unter *Institutionalisierung* lassen sich laut Kriesi neben der Entwicklung zu einem Verband oder einer Partei auch weniger weitreichende Veränderungen subsumieren: die Stabilisierung des Ressourcenzuflusses, die Entwicklung der internen Strukturen, die Mäßigung in den Zielen, die Konventionalisierung der Handlungsrepertoires sowie allgemein die Integration in etablierte Systeme der Interessenvermittlung. Im Zuge der *Kommerzialisierung* lege eine SMO stets mehr Wert auf die Bereitstellung von bezahlten Dienstleistungen für ihre Mitglieder, ohne dieses allerdings als Selbstzweck zu betreiben. Wird letztere Grenze überschritten, verwandele sich die entsprechende SMO gänzlich in eine ökonomische Unternehmung. Mit *Rückzug* ist demgegenüber eine Entwicklung bezeichnet, »bei der ›soziale Anreize‹, welche sich aus solidarischer Hilfe für spezifische Kleingruppen [...] ergeben, zum ausschließlichen Bezugs punkt der Organisation werden« (ebd.: 89). Als *Radikalisierung* sei schließlich eine Entwicklung zu kennzeichnen, in der die SMO allmählich zu einer exklusiven Organisation zur Mobilisierung für kollektive Aktionen wird.

Abbildung 7: Typologie der Transformationen von Zielorientierungen und Handlungsrepertoires von SMOs



Aus: Kriesi (1996: 157)

Die vorgestellte Dimension der *Zielorientierung und des Handlungsrepertoires* ist nur einer von vier Parametern der Organisationsentwicklung, die Kriesi angibt. Die Entwicklung von Bewegungsorganisationen lasse sich zweitens auch an Hand der Dimension des *Wachstums und Niedergangs von Organisationen* sowie drittens und viertens anhand der *internen bzw. externen Strukturierungen* unterscheiden.

Parameter, die das *Wachstum und den Niedergang von Organisationen* kennzeichnen, bezügen sich auf den Umfang der Bewegungsinfrastruktur, die Anzahl der SMOs und die Menge an Ressourcen, die den SMOs zur Verfügung stehen. An diesem Punkt unterscheidet Kriesi ähnlich wie die stufentheoretischen Annahmen des vorangegangenen Kapitels zwischen einer anfänglichen und einer etablierten Phase der Bewegung. In der anfänglichen Phase sei es schwierig, Ressourcen von Anhängern und unterstützenden Eliten zu bekommen, weshalb zunächst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen sei. SMOs verfestigten und entwickelten sich dann erst im Laufe von Mobilisierungsprozessen sozialer Bewegungen. Somit sei der Zufluss von Ressourcen ins organisatorische Netzwerk ein Indikator für den Entwicklungsstand der Bewegung insgesamt, mindestens aber des Standes von einzelnen Mobilisierungskampagnen.

Die *interne Strukturierung* einer SMO sei eine unmittelbare Folge des Ressourcenzuflusses. Sie beziehe sich erstens auf Prozesse der Formalisierung, insbesondere der Ausbildung von formellen Mitgliedschaftskriterien, der Einführung von formalen Statuten und routinemäßigen Prozeduren sowie der Bildung formeller Hierarchien und Stabsstrukturen. Zweitens könnten SMOs an Hand ihres Professionalisierungsgrades unterschieden werden, womit vornehmlich das Management durch bezahlte Mitarbeiter gemeint ist. Drittens seien SMOs intern differenziert, d.h. sie haben ein gewisses Maß an funktionaler Arbeitsteilung ausgebildet und sind territorial dezentralisiert. Komplementär dazu integrierten SMOs viertens bereits differenzierte Strukturen, und zwar durch horizontale Koordination und vertikale Zentralisierung. Allgemein gelte, dass in dem Maße, wie SMOs wachsen und der Umfang ihrer Ressourcen zunimmt, auch ihre interne Strukturierung komplexer wird. Erst durch diese Prozesse werde ihre Dauerhaftigkeit gesichert.

Die Kategorie der *externen Strukturierung* von SMOs bezieht sich auf deren organisatorisches Umfeld, wobei sich vornehmlich die Beziehungen zu ihrer Basis, zu ihren Allianzpartnern und zu den Machthabern unterscheiden lassen. Da laut Definition die Hauptaktivität von SMOs in der Mobilisierung ihrer Basis für kollektive Aktionen bestehe, sei jede SMO in starkem Maße abhängig von der Basis. Gleichwohl ergäben sich Spielräume. So könne eine SMO durch die Bereitstellung selektiver Anreize relativ unabhängig werden von der Bereitschaft ihrer Mitglieder zu individuellem Engagement. Insbesondere die Diversifizierung und Ausweitung ihrer Ressourcenbasis erlaubten mehr Unabhängigkeit von nur einer spezifischen Gruppe. Deshalb orientierten viele SMOs auf öffentliche Subventionen, richteten Appelle an Sympathisanten oder böten bezahlte Dienstleistungen an. Die Diversifizierung der Ressourcenbasis gehe dabei einher mit einer verstärkten Interaktion mit Allianzpartnern und Machthabern. Beide Interaktionen seien aber für die SMOs in ihrer Wirkung höchst ambivalent. Kooperationen mit Allianzpartnern könnten zwar neue Ressourcen erschließen, bedrohten aber potentiell die Autonomie der SMOs. Die Kooperation mit Machtinhabern hingegen verschaffe zwar einerseits öffentliche Anerkennung und Zugang zu Entscheidungsprozessen. Andererseits limitiere die Integration in bestehende Interessenvermittlungssysteme die Chancen für eine zukünftige Mobilisierung der Basis. Entfremdungserscheinungen auf Seiten der Basis könnten zudem zur Schwächung von SMOs auf längere Sicht führen.

Die Richtung, die SMOs im Laufe ihrer Entwicklung einschlagen, ist – so das Fazit Kriesis – prinzipiell nicht festgelegt. Innerhalb einer Bewegungsinfrastruktur würden in der Regel alle Formen und Entwicklungslinien auffindbar sein. Für die Stabilisierung von Bewegungen komme es

daher darauf an, dass diese widerstrebenden Trends in der Balance gehalten werden können.

Eine Würdigung des Konzepts von Kriesi fällt zweigeteilt aus. Einerseits ist Rucht/Blatttert/Rink (1997: 48) zuzustimmen, die es im Vergleich zu stufentheoretischen Annahmen als empirienähnere Sichtweise der organisationalen Entwicklung sozialer Bewegungen positiv hervorheben. Es breche mit der Vorstellung einer für jede Bewegung dominanten oder gar exklusiven Organisationsform. Die entwickelte Systematik habe deshalb zwei Vorteile: »Erstens wird sie der empirischen Vielfalt von oft in einem Verbund koexistierenden Bewegungsorganisationen eher gerecht; zweitens werden apriorische Aussagen über eine bestimmte Abfolge von Entwicklungsschritten vermieden und empirische Trends vielmehr von einer Konstellation interner wie externer Einflussfaktoren abhängig gemacht« (ebd.). Darüber hinaus besteht der Verdienst des Ansatzes von Kriesi meines Erachtens vornehmlich darin, den Blick auf das Verhältnis von Organisation und sozialer Bewegung erweitert zu haben, indem er neben SMOs auch andere Organisationen als bewegungszugehörig, mindestens aber bewegungsrelevant betrachtet. Positiv hervorzuheben ist zudem, dass herausgestellt wird, dass Institutionalisierungsprozesse Organisationen nicht nur nutzen, sondern dem Ziel des Organisationserhalts auch zuwiderlaufen können.

Andererseits ist der eingrenzende Gebrauch des Institutionalisierungsbegriffes von Kriesi als Kennzeichnung für einen bestimmten Entwicklungstrend von SMOs zu kritisieren. Dort, wo der Institutionalisierungsbegriff explizit von Kriesi angewendet wird, bezeichnet er Prozesse, die auch in den stufentheoretischen Modellen genannt werden, geht also nicht darüber hinaus. Dies betrifft insbesondere den Konservatismus in den Zielen und Handlungsrepertoires sowie die Eingliederung in etablierte Interessenvermittlungssysteme. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob nicht auch für die anderen drei Entwicklungsparameter, die nicht explizit mit Institutionalisierung gefasst werden, institutionell vorgeformte Bahnen existieren.

Dies gilt umso mehr für die Organisationsform selbst, die bei Kriesi nicht weiter thematisiert wird. Organisationen werden offensichtlich als neutrale Werkzeuge zur Erreichung von Zielen gedacht. Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsprozesse sind aber nicht deckungsgleich mit dem von Kriesi nur knapp explizierten Institutionalisierungsbegriff. Sie lassen sich wohl zumindest für die Tendenzen Kommerzialisierung/Dienstleistungsorientierung sowie Selbsthilfeorientierung annehmen und nachweisen. Kriesi orientiert somit zwar auf die Varianz der verschiedenen möglichen Organisationsentwicklungen, entkräftigt dabei aber im Kern nicht die Michelsschen Institutionalisierungsthesen. Eine allgemeine

Theorie organisationaler Vergesellschaftung, wie sie bei Michels (und erst Recht bei seinem Mentor Weber) noch anklingt, gerät derart (wieder) aus dem Blick. Die Organisationsform selbst ist nicht mehr Gegenstand einer (herrschaftstheoretischen) Problematisierung. Es gilt, was schon im Hinblick auf die Typologisierungsversuche der NGO-Forschung gesagt wurde: Erstens bleibt auch hier der über die adäquatere Beschreibungsleistung hinausgehende theoretische Nutzen unklar. Zweitens wird tendenziell die organisatorische und inhaltliche Entwicklung von SMOs zu einem voluntaristischen Problem erklärt, indem der Organisation eine recht weitreichende Entscheidungsmacht zugeschrieben wird.

3.2.2.3 Die neuere Institutionalisierungsdebatte: Soziale Bewegung *als* Institution

In den bisher dargestellten Ansätzen der Institutionalisierungsdebatte wurde, selbst eingedenk einiger Relativierungen, Institutionalisierung mit der Abnahme dessen, was soziale Bewegungen als Bewegungen auszeichnet, gleichgesetzt. In Abgrenzung zu dieser Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung wird in neuerer Zeit versucht, einen »Perspektivwechsel« (Roth 1989) vorzunehmen, der die dichotomische Gegenüberstellung von Institution und Bewegung durch eine Fassung von »sozialer Bewegung *als* Institution« (Roth/Ruchtt 1991; Ruchtt/Blatttert/Rink 1997) bzw. der Vorstellung einer »institutionalisierten Bewegung« (Roth 1989; 1994) überwindet. Der Ansatz formuliert damit das Gegenteil der stufentheoretischen Annahmen Michels', Mayreders und ihrer Nachfolger, die in Institutionalisierung stets das Ende der Bewegungen nahen sahen. Er wird im folgenden als Institutionalisierungsdebatte zweiter Ordnung dargestellt. Anschließend wird ein zweiter Beitrag der neueren Institutionalisierungsdebatte vorgestellt, der mit konstruktivistischen Argumenten die Institutionalisierungsleistungen von sozialen Bewegungen beschreibt.

Institutionalisierung als gesellschaftliche Verankerung eines Bewegungssektors

Die deutschen Bewegungsforscher Roland Roth und Dieter Rucht sehen in der Institutionalisierung einer Bewegung nicht automatisch ihr Ende gekommen. Institutionalisierung wird zwar als ein Prozess fortgesetzter Differenzierung gefasst, in dessen Verlauf sich Professionalisierung ebenso entwickelt wie eine Formalisierung der Bewegungsinfrastruktur. Institutionalisierung ist in dieser Lesart aber eben nicht gleichzusetzen mit Bürokratisierung, Vermachtung und Oligarchisierung. Eine apriorische Bewertung des Prozesses wird von den Autoren abgelehnt. Der benutzte Institutionalisierungsbegriff »ist somit auch frei von zumeist negativ be-

setzten Konnotationen (wie Entfremdung, Entpersonalisierung, Freiheitsverlust)« (Rucht/Blatttert/Rink 1997: 56). Ob es im Zuge von Institutionalisierung zu negativen Folgen komme, sei empirisch offen. Auch ein Zielwandel von Bewegungen lasse sich nicht zwingend damit assoziieren (ebd.: 47).

Institutionalisierung wird mit der Etablierung und gesellschaftlichen Verankerung eines »Bewegungssektors«⁵⁵ gleichgesetzt. Damit ist gemeint, dass eine »relativ stabile infrastrukturelle Basis einer Gruppe ideo-logisch verwandter Bewegungen« (Rucht/Blatttert/Rink 1997: 46) existiert. Von einem Bewegungssektor kann nur dann die Rede sein, wenn sich »sporadische Proteste auf zumindest niederem Niveau verstetigt haben und von eigenen Netzwerken und Strukturen getragen werden, welche Mobilisierung und Aktion auf Dauer stellen« (ebd.: 46f). Der Bewegungssektor stellt einen Sektor nichtkonventionellen Handelns dar, der sein eigenes Repertoire, seine eigenen Ressourcen und Einflusschancen besitzt. »Er entfaltet sich in Opposition und im Wechselspiel zur institutionellen Politik, ohne darin je aufzugehen« (Roth/Rucht 1991: 23f).

Bewegungspolitik gilt als institutionalisiert, wenn sie als selbstverständliche und eigensinnige Form politischen Handelns breite Anerkennung genießt (Roth 1994: 184). Bewegungspolitik habe sich dann verbreitert, professionalisiert und trivialisiert (Rucht 2003). Eine derart entwickelte und konsolidierte Bewegungsinfrastruktur fungiert dann als Bestandsgarantie von Bewegungspolitik. Die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen ist daher erstrebenswert: »Kommt es zu keiner Institutionalisierung als einer notwendigen Voraussetzung für eine kontinuierliche und strategiefähige politische Intervention, so folgt daraus ein Bedeutungsverlust der Bewegung und ihres Anliegens« (Rucht/Roose 2001: 262).

Das Wirken der neuen sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten, so die Einschätzung, hat in der Bundesrepublik einen neuen »Politiktypus« entstehen lassen, der aus dem Spektrum der verschiedenen politischen Formen nicht mehr wegzudenken ist – unabhängig davon, ob einzelne Teilbewegungen überleben oder nicht (Roth 1989: 34). Der Ansatz des Bewegungssektors negiert dabei nicht die Differenz zwischen Bewegung und formaler Organisation. Aber: »Erst wenn letztere die Bewegung als Ganzes zu steuern und kontrollieren vermag, entsteht ein neues Gebilde, das nicht mehr die Bezeichnung soziale Bewegung verdient« (Rucht/Blatttert/Rink 1997: 47).

⁵⁵ Der Begriff des Bewegungssektors wird abgegrenzt von dem gleich lautenden, aber lediglich formal gebrauchten Begriff der RM-Theorie (Roth/Rucht 1991: 23; Fußnote 47).

Institutionalisierung wird als herausragende Leistung gerade der neuen sozialen Bewegungen interpretiert, welche zur gesellschaftlichen Demokratisierung entscheidend beitrage.⁵⁶ Soziale Bewegungen mit ihren inzwischen professionalisierten Organisationen und einer solide verankerten, netzwerkartigen Infrastruktur werden als neue Institutionen der Zivilgesellschaft begriffen, die sich zwischen Markt und Staat bewegen. Es wird damit eine Begrifflichkeit in die Bewegungsforschung eingeführt, wie wir sie aus der Debatte um den NGO-Begriff kennen (vgl. Kapitel 2.1.2; Glagow 1993). Und tatsächlich erfolgt mit dem Theorem des Bewegungssektors die Aufnahme und verstärkte Thematisierung des NGO-Phänomens durch die Bewegungswissenschaft (Brand 2000: 29; Rucht 1996). Genauer gesagt wird dann die »NGO-Community«, wie sie sich im Umfeld der UN herausbildet, als institutionalisierter Bewegungssektor im internationalen Rahmen begriffen.⁵⁷

Institutionalisierung als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen

Die Arbeiten von Klaus Eder (1994; 1997; 1999) schließen an dem Institutionalisierungsansatz von Roth und Rucht an. Eder entwickelt ein Modell der »institutionellen Ordnung des öffentlichen Raums«, in dem neben den Institutionen des Staates und des Marktes nun sogenannte Civil-Society-Organisationen entstünden. Sein Ansatz erlangt für uns besondere Bedeutung, da er die gleichzeitig entstehenden, neuartigen Kommunikations- und Vermittlungsmodelle untersucht. Institutionalisierung fasst er folglich vornehmlich als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen.

Auch für Eder entwickeln soziale Bewegungen einen anderen Typ von Institutionen, der sie in Beziehung setzt zu anderen korporativen Akteuren und ihren institutionellen Umwelten. Hierbei handele es sich nicht um die bloße »Integration in die bestehenden politischen und sozialen Institutionen« (Eder 1994: 46f). Vielmehr habe die »Institutionalisierung sozialer Bewegung [...] zu Effekten geführt, die das institutionelle System als solches ändern. Indem soziale Bewegungen zu einer Institution werden, erreichen moderne Gesellschaften eine neue Stufe ihrer Evolution.« Im Laufe der Etablierung würden bisherige institutionelle Mechanismen teilweise entwertet oder verdrängt. Soziale Bewegungen, so könnte man

56 »Die These lautet, dass die Institutionalisierung eines relativ eigenen Bewegungssektors die bislang nachhaltigste Leistung der neuen sozialen Bewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt« (Roth 1989: 33).

57 Die Kritik des Begriffs der NGO-Community als harmonisierende Theoriefigur (Kapitel 2.3.2) lässt sich somit fast analog in Bezug auf die Figur des Bewegungssektors reformulieren.

Eders Argumentation zusammenfassen, erfüllen die Funktion des Modernisierungsmotors.

Am Beispiel der Umweltbewegung macht Eder unter Rückgriff auf den Beckschen Risikobegriff (Beck 1986) deutlich, dass es gerade aufgrund der Komplexität umweltpolitischer Problemlagen keine einfachen Lösungen mehr gibt. Zudem existiere eine soziale Umwelt, in der autoritäre Lösungen immer weniger zu denken seien (Eder 1999: 34). Gesellschaftstheoretisch gewendet stellt sich das Problem für Eder so dar, dass es bei der Regulierung von ökologischen Risiken nicht so sehr um diese Risiken an sich geht, sondern um das Problem kollektiven Handelns in einer risikoreichen Umwelt. »Die neuen Risiken sind Probleme, deren Regulierung auf besondere institutionelle Formen der Ermöglichung kollektiven Handelns angewiesen ist. Die Geltung von Institutionen, die kollektives Handeln in der ›Risikogesellschaft‹ ermöglichen, wird in dem Maße, wie Unsicherheit kollektive Selbstbindungen notwendig macht und Öffentlichkeit zur Vermeidung von ungleicher Verteilung von Kollektivgutkosten notwendig wird, auf einen kommunikativen Rationalitätstypus gegründet. Der Risikodiskurs moderner Gesellschaften ist somit eine Überleitungsformel in eine Moderne, in der ›diskursive‹ Institutionen entwickelt werden müssen, um ein Kollektivgüter sicherndes und Gerechtigkeitsgefühlen entsprechendes kollektives Handeln zu ermöglichen« (Eder 1997: 45). Die Legitimität kollektiven Handelns beruhe demnach auf *koordinierten Dissens*.

Zwar werden nicht unbedingt Lösungen gefunden, so Eder weiter, doch werde durch die Existenz öffentlicher Diskurse der Umgang mit Problemen unter Rationalitätsanforderungen gesetzt (Eder 1999: 28). In dem Moment, wo man anfange, sich über Risiken zu »verständigen«, würden diese wieder kalkulierbar, »nicht mehr technisch, jedoch sozial. Eine soziale Rationalität kommt zum Tragen, die das Riskante dadurch akzeptabel macht, daß möglichst viele die moralische Verantwortung für Risikoentscheidungen übernehmen« (Eder 1997: 50). Das moderne Demokratieproblem stelle sich derart neu: Es gehe nun um die Koordination institutioneller und (noch) nicht-institutioneller kollektiver Akteure. In der Konsequenz zwingen also soziale Bewegungen das bisherige Institutionsystem dazu, »diskursive« Formen anzunehmen.

Moderne Gesellschaften seien insgesamt als »Bewegungsgesellschaften« (Neidhardt/Rucht 1993) aufzufassen. Hierbei sei nicht ein faktisch vorliegendes verständigungsorientiertes Handeln der beteiligten Akteure von Bedeutung, sondern die Herausbildung neuer normativer Maßstäbe des öffentlichen Umgangs mit etwa Umweltproblemen. »Die strategische Inszenierung der eigenen Dialogbereitschaft« diene deshalb »primär der

Legitimation des jeweiligen Akteurs im Feld öffentlicher Risikodiskurse« (Brand/Eder 1997: 309), in die auch Bewegungsakteure eingebunden sind.

Würdigung

Zur Würdigung der Debatte um *Bewegung als Institution* ist zunächst festzuhalten, dass damit in der Tat ein Paradigmenwechsel vorgenommen wird. Zuvorderst betrifft dies die Umkehrung und Umdefinition dessen, was als Erfolg und was als Scheitern von sozialen Bewegungen zu betrachten ist.⁵⁸ Zweitens verschiebt der Ansatz dadurch aber auch den Fokus des Forschungsinteresses. Nicht mehr die Akteure stehen im Mittelpunkt der Analyse, sondern die Institutionen, die diese Akteure koordinieren. »Akteure mögen gehen; Institutionen bleiben«, so die knappe Quintessenz (Eder 1994: 49).

Kritisch ist anzumerken, dass die Konstatierung eines Bewegungssektors mit der Vernachlässigung der internen Strukturen dieses Sektors korreliert, insbesondere zwischen den organisierten und den eher fluiden Teilen. Zwar liegt zumindest mit der Arbeit von Rucht, Blatttert und Rink (1997) zu den sogenannten »alternativen Gruppen« in Berlin und Leipzig auch eine empirische Bestandsaufnahme eines Bewegungssektors vor. Diese soll aber vornehmlich die These, dass ein Bewegungssektor überhaupt existiert, untermauern. Dominanzstrukturen innerhalb des Bewegungssektors werden jedenfalls in der Studie nicht an zentraler Stelle thematisiert. Die Fragestellung nach einem möglichen Auseinanderklaffen des Bewegungszusammenhangs und seiner formal organisierten Teile gerät aus dem Blick oder wird als nicht wesentlich erachtet. So gesehen findet nicht nur eine Umkehrung der Intention der Michelsschen Theisen statt. Sie werden gleichsam als Ganzes entsorgt.

Also: zwar überwindet die neuere Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung die frühe, sehr schematische und normative Fassung des Institutionalisierungsproblems, doch hat sie die Tendenz, durch die harmonisierende Theoriefigur des Bewegungssektors, innerhalb dessen die unterschiedlichsten Kooperationsformen miteinander interagieren, Aspekte der Dominanz aus den Augen zu verlieren. Sie hat zudem keinen ausgeführten Begriff von formaler Organisation und der mit ihr verbundenen Prozesse. Zwar ist es für die folgenden Erörterungen zur Erklärung des NGO-Phänomens sicherlich hilfreich, mit Eder von einem allgemeinen Bedeutungszuwachs »diskursiver« (sprich: dialogischer) Vermittlung auszugehen. Doch drängt sich an diesem Punkt die Frage nach der organi-

58 Vgl. etwa ein Zitat von Thilo Bode (2001: 54), ehemals Geschäftsführer von *Greenpeace Deutschland*: »Die Umweltbewegung als soziale Bewegung im klassischen Sinne existiert nicht mehr. Die Ursache dafür ist ihr Erfolg.«

sationalen Formbestimmtheit dieser Vermittlungsprozesse und der unterschiedlichen Ressourcen der beteiligten Akteure auf. Zu guter Letzt steht meines Erachtens eine Erklärung dessen, warum nach dem »Erfolg« sozialer Bewegungen (laut Eder eben gerade messbar an dem Entstehen diskursiver Institutionen) trotzdem so eigenständig wenig Bewegung ist, noch aus.⁵⁹

Betrachtet man die Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung als Ganzes, so kann ihre Entwicklung als Hinwendung von einfachen (Michels, Mayreder) zu komplexeren (Kriesi, Rucht/Roth) Modellen und Annahmen interpretiert werden. Sie hat sich dabei allerdings davon verabschiedet, Fragen von Macht und Herrschaft an prominenter Stelle zu diskutieren.

Der Ansatz Eders ist für die Argumentation der vorliegenden Studie nicht unwichtig. Hierbei ist zunächst der eng gefasste (eher im Habermasschen, denn im Foucaultschen Sinne verwendete) Begriff von Diskurs zu relativieren. Es ist sinnvoller und einsichtiger, ihn schlicht mit Dialog zu übersetzen. Die Zunahme dialogischer Prozeduren ist aber in der Tat wohl ein wichtiger Baustein zum besseren Verständnis der Bedeutungsaufladung nicht nur von Bewegungsorganisationen, sondern allgemeiner auch von NGOs. Aus Eders Vorschlägen lässt sich die Frage folgern, ob die Funktionalität dialogischer Verfahren, sei es die Einbindung von NGOs in die diversen UN-Prozesse, sei es die im nationalstaatlichen Rahmen stattfindenden Dialogrunden (Enquete-Kommissionen, Energiekonsensgespräche, Mediationsverfahren, runde Tische), für die Lösung komplexer Probleme nicht gerade darin besteht, Verantwortung für die (eben oft unkalkulierbaren) Folgen von Entscheidungen zu verteilen. Zusätzlich thematisiert werden müsste in diesem Rahmen allerdings die spezifische Bedeutung der Organisationsform in diesem Prozess.

3.2.2.4 NGOs als Institutionalisierungsprodukte sozialer Bewegung

Will man die Institutionalisierungsdiskussion auf das Verhältnis zwischen NGOs und sozialer Bewegung anwenden, so ergibt sich insbesondere unter Bezug auf die Institutionalisierungsthesen von Michels und Mayreder eine Fassung von NGOs als Institutionalisierungsprodukte sozialer Bewegung. In der Tat ist es bis heute sowohl im bewegunginternen als auch im bewegungswissenschaftlichen Diskurs weit verbreitet, die als neu wahrgenommene Existenz des NGO-Phänomens als Verkrustung, Oligarchisierung, Entradikalisierung und Professionalisierung von sozialen Be-

59 Eine Untersuchung dieser Fragestellung müsste wohl historisch-konkret erfolgen. Sie kann nicht vom Schreibtisch aus beantwortet werden.

wegungen zu beschreiben.⁶⁰ Mit dem Schlagwort der »VerNGOisierung« wurde seit Mitte der 1990er Jahre versucht, die Aktualität und Neuartigkeit von Oligarchisierungs- und Institutionalisierungstendenzen innerhalb der sozialen Bewegungen begrifflich auf den Punkt zu bringen.

Im Zuge von *Scaling Up*-Prozessen und der Einbindung in staatliche Netzwerke und transnationale Regime hätten sich NGOs mehrheitlich von den neuen sozialen Bewegungen kommunikativ abgekoppelt, sodass sie nicht (mehr) als legitime Sprachrohre der jeweiligen sozialen Bewegung gelten könnten (Schäfer 1998: 70).⁶¹ Außerdem würden NGOs, je weiter sie sich aus ihren Bewegungsmilieus entfernen, partizipatorische Arbeitsformen riskieren und einen bürokratischen Überbau ausformen (Roth 2001a: 55). Gleichwohl stünden sie aber immer noch in der Tradition der neuen sozialen Bewegungen. Sie seien »die Fortsetzung der Neuen Sozialen Bewegungen mit anderen Mitteln«, so Peter Wahl (2001a: 10), Vorstandsmitglied der NGO WEED.

Die Entgegenseitung von NGOs und sozialen Bewegungen

Auch für Walk und Brunnengräber (2000: 214) löst der Begriff NGO den Begriff der neuen sozialen Bewegungen ab. Darüber hinaus spiegelt der Begriff einen neuen Organisationstypus wider, »der sich – ähnlich dem Prozess der Parteibildung der Grünen – aus dem Bewegungsbereich zu Gunsten professioneller, staatsnaher und institutionenverbundener Politik gebildet hat.« Diese Entwicklung sei so grundsätzlich und weit fortgeschritten, dass NGOs nicht mehr den neuen sozialen Bewegungen zurechnen seien, da sie den Bewegungskriterien nicht mehr entsprächen. Sie müssten folglich gesondert klassifiziert werden.⁶² Folgerichtig stellen

-
- 60 Konkret werden folgende Trends in der Entwicklung von NGOs ausgemacht: Eine »Verengung ihrer Tätigkeit auf egoistische Partikularinteressen, eine übermäßige und undifferenzierte Mediatisierung ihrer Forderungen und Aktivitäten, eine zunehmende Bürokratisierung und Verselbständigung hauptamtlicher Apparate, eine übertriebene Kommerzialisierung und Professionalisierung ihrer Arbeit und ihres Selbstverständnisses sowie ein zunehmender Druck von Seiten der Führungskräfte und Mitglieder, die ihr Bedürfnis nach Arbeitsplatzsicherung und Karrierechancen einfordern« (Schrader 2000: 57).
 - 61 Diese Entwicklung im Rahmen von Scaling-Up-Prozessen, die in der Bewegungsforschung problematisiert und oft kritisch bewertet wird, wird von der Dritte-Sektor- und Non-Profit-Forschung mit großem Interesse wohlwollend verfolgt und analysiert (Frantz 2002: 70f).
 - 62 Ähnlich äußert sich Demirovic (1997: 253), der in den NGOs im Vergleich zu den neuen sozialen Bewegungen eine »neue Form« ausmacht.

Walk und Brunnengräber (2000: 214-217) idealtypisch die Eigenschaften und Merkmale von NGOs und sozialen Bewegungen gegenüber:⁶³

a) *Kollektiver Akteur versus Organisation*

Während unter einer sozialen Bewegung ein kollektiver Akteur (mit Wir-Gefühl) zu verstehen sie, traten NGOs als funktionale Akteure zur Beeinflussung von Ergebnissen auf. Im transnationalen Raum würde die mangelnde Ausprägung von Wir-Gefühl und kollektiver Identität mit der Zugehörigkeit in NGO-Netzwerken kompensiert. Innerhalb dieser NGO-Netzwerke seien die Gemeinsamkeiten nicht inhaltlich oder lebensweltlich determiniert, sondern würden zum politischen Symbol.

b) *Mobilisierung versus mediale Öffentlichkeit*

Im Zuge der Transnationalisierung verliere die Nähe zur Basis und Anhängerschaft an Bedeutung. Strategien der Mobilisierung von Öffentlichkeit gewännen an Bedeutung. Während NGOs versuchten, möglichst geschickt politische Gelegenheitsstrukturen auszunutzen und sich den Mechanismen der medialen Öffentlichkeit zu stellen und zu bedienen, neigten soziale Bewegungen dazu, sich auf die Mobilisierung von eigenen Ressourcen zu verlassen.

c) *Nachbarschaften vs. Internet-Community*

Während netzwerkförmige Interaktionsprozesse im Kontext von sozialen Bewegungen vornehmlich im lebensweltlichen Nahbereich stattfänden und sich durch face-to-face-Kommunikation auszeichneten, seien die Netzwerke der NGO-Community als Netzwerke zwischen Organisationen zu verstehen, die, von gelegentlichen realen sozialen Kontakten abgesehen, mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnologien miteinander in Kontakt treten und bleiben würden.

d) *Anarchie und Chaos versus Kontinuität*

Während die zeitliche Dimension des Bewegungshandelns unbestimmt und prekär bleibe, seien die Handlungsstrategien der NGOs auf Dauer und Kontinuität angelegt. Die eher langwierigen Prozesse internationaler Politik erforderten von den NGOs langfristige Planung und wirkten spontanen Aktionen entgegen.

e) *Geringe Rollenspezifikation versus Spezialisierung*

Während soziale Bewegungen eine geringe Rollenspezifikation aufwiesen, sei innerhalb von NGOs die Bedeutung von Experten zentral. Hiermit werde den komplexen internationalen Problemzusammenhängen durch Spezialisierung Rechnung getragen.

63 Die nicht immer gut passenden Überschriften von Walk und Brunnengräber werden in der folgenden Paraphrasierung übernommen.

f) *Sozialer Wandel versus politischer Pragmatismus*

Während soziale Bewegungen einen grundlegenden sozialen Wandel anstreben, der auch auf die Tiefenstrukturen der Gesellschaft ziele, würden sich NGOs durch ein pragmatisches Politikverständnis auszeichnen, durch welches die Anerkennung von Regierungen und Internationalen Regierungsorganisationen erleichtert wird. Dies habe seine Entsprechung in der Gegenüberstellung von Gegenmacht auf der einen Seite und die Strategie der Allianzbildung auf der anderen Seite.

g) *Immaterielle versus materielle Ressourcen*

In der Politik der NGOs habe die Sicherung materieller Ressourcen (vornehmlich Geld) gegenüber der Sicherung immaterieller Ressourcen (Solidarität, ehrenamtliches Engagement, Information) im Gegensatz zu der Praxis sozialer Bewegungen Priorität.

h) *Politik von unten versus Politik von oben*

Während soziale Bewegungen Deutungs- und Erklärungsmuster in einem diskursiven Prozess »von unten nach oben« entwickeln würden, repräsentierten NGOs eine Politik »von oben«, die identifizierte Missstände via Öffentlichkeits- und Medienarbeit »nach unten« weiterleite.

i) *Kollektive Unzufriedenheit versus Berufsqualifizierung*

Während kollektive Unzufriedenheit eine, wenn auch nicht hinreichende, Bedingung der Entstehung sozialer Bewegungen sei, spiele diese für das Handeln von NGOs kaum eine Bedeutung. Während innerhalb sozialer Bewegungen Individuen durch Selbstverwirklichungsmöglichkeiten motiviert seien, seien im NGO-Bereich Berufs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für das politische Engagement bestimmend.

In der tabellarischen Gegenüberstellung von Demirovic (1997: 272) finden sich darüber hinaus auf Seite der neuen sozialen Bewegungen die Attribute dezentral, nicht-bürokratisch, staatsfern, systemkritisch; auf Seite der NGOs entsprechend: zentralistisch, bürokratisch, häufig abhängig von staatlichen Strukturen, reformerisch. Während soziale Bewegungen in der Regel mit geringen finanziellen Ressourcen ausgestattet seien und ein geringer Professionalisierungsgrad vorherrschend sei, hätten NGOs meist ein großes Finanzvolumen und einen hohen Professionalisierungsgrad. Die NGO-Community wird deshalb eher als Experten-, denn als Bewegungs-Community verstanden.

Die These der VerNGOisierung der neuen sozialen Bewegungen

Im Großen und Ganzen wurde Ende der 1990er Jahre die Institutionalisierungsdebatte unter dem Stichwort NGO wiederholt. Dabei wurden auch die jeweiligen Bewertungen übernommen und reproduziert. In negativer Hinsicht wurde der Prozess der VerNGOisierung mit dem Absterben sozialer Bewegung als Bewegung gleichgesetzt. Diese sei nun in basisfernen Strukturen verkrustet und Teil des »herrschenden« Institutionensystems geworden, womit die Infizierungsthese und die Sklerotisierungsthese erneuert wurden. In der wachsenden Bedeutung der NGOs wird »eine neue Form der Oligarchisierungsdrohung« (Münkler 2002: 169) gesehen.

Vorherrschend ist in dieser Diskussion die Einschätzung, dass sich spätestens seit den weltweiten Ereignissen der Jahre 1989/1991 die Bedingungen und Strukturen der neuen sozialen Bewegungen radikal verändert hätten. Im Ergebnis, so die vielfach geäußerte Diagnose, seien die 1990er Jahre »von der Niederlage sozialer Bewegungen und einer pragmatischen NGO-Politik« geprägt gewesen (Wissen/Habermann/Brand 2003: 43).⁶⁴ Die Veränderungen in den Bewegungsstrukturen werden von Hierlmeier (2002: 112) im Hinblick auf das Beispiel der Internationalismusbewegung wie folgt zusammengefasst: »Mit den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bestimmten neue politische Akteure die Entwicklungspolitische Szenerie. Die Bedeutung von Basiskomitees und -initiativen schwand rasant. Damit einher ging auch eine Neuorientierung in den Politikformen. Nicht mehr die Kritik an den herrschenden Institutionen stand im Vordergrund, sondern der Versuch, über den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften einen Politikwechsel zu erreichen.«

In diesem Zusammenhang sei in Erinnerung gerufen, dass Prozesse der VerNGOisierung oftmals durch Neugründungen von NGOs erfolgen (Olejniczak 1999: 410f). NGOs erwachsen demnach nicht nur aus der Bewegung heraus, sondern gründen sich »unabhängig« und verorten sich erst später im Kontext einer sozialen Bewegung. Der Begriff der VerNGOisierung bezieht sich demnach nicht nur auf die Entwicklung einer einzelnen Bewegungsorganisation, sondern auch auf die Bewegungsentwicklung als Ganzes. Dies gilt vor allem eingedenk des dargestellten Hinweises von Kriesi, dass eine SMO-Bewegungsinfrastruktur eben nicht nur SMOs enthält. Umgekehrt sind NGOs mitnichten deckungsgleich mit SMOs.

Die Zunahme des Lobbyismus als Handlungsform wird in vielen Kommentaren, die die VerNGOisierung der sozialen Bewegung beklagen, als deren auffälligstes Merkmal hervorgehoben. »Mit dem fast voll-

⁶⁴ Vgl. auch Rössel (1994: 22).

ständigen Zusammenbruch der sozialen Bewegungen und der Institutionalisierung der NGOs zu Beginn der 90er Jahre setzte sich die Lobbypolitik als strategische Handlungsoption durch«, so etwa die Bilanzierung von Hierlmeier (2002: 130). Der Begriff Lobbyismus muss dabei über seinen unmittelbaren Bedeutungshorizont hinausgehend als Topos für eine allgemeine Zunahme dialogischer und damit für die Zurückdrängung konfliktiver Strategien herhalten (BUKO o.J.). Darüber hinaus gilt Lobbyismus in großen Teilen der bewegungsinternen Debatte als ein Politikverständnis, welches explizit gegen soziale Bewegungen gerichtet ist, weil es deren Möglichkeiten, gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, nicht mehr für zentral hält (Hierlmeier 2002: 130).⁶⁵

Die als Kampfbegriff wahrgenommene Titulierung des Institutionalisierungsprozesses sozialer Bewegungen als VerNGOisierung wird von den Befürwortern einer starken »NGO-Community« zurückgewiesen. Analog der Argumentation der neueren Institutionalisierungsdebatte wird die Institutionalisierung und Professionalisierung von sozialen Bewegungen begrüßt, da die Anerkennung ihrer Repräsentanten eine grundlegende Veränderung des bisherigen Institutionensystems widerspiegelt. Wie gesagt, die Argumentation wiederholt sich: Soziale Bewegungen würden so selbst zu einer Institution werden. Am Institutionalisierungsgrad sozialer Bewegungen, letztlich also an der Herausbildung und Etablierung eines NGO-Sektors, lasse sich somit die Demokratisierungs- und Modernisierungsfähigkeit von Gesellschaften ablesen. NGOs sind demnach ein fester Bestandteil von Bewegungsnetzwerken bzw. Ausdruck einer organisatorischen Bewegungsinfrastruktur auf internationaler Ebene (Finger 1994; Smith/Chatfield/Pagnucco 1997).

NGOs fungieren hier wieder einmal als Hoffnungsträger. So ist für Heins (2001: 88) der Bedeutungszuwachs von NGOs gar »symptomatisch für einen grundlegenden Gestaltwandel der politischen Moderne«, der in der Schwächung der Konzepte von »Bürokratie« und »Masse« beruhe. Diese Hoffnung formulieren auch Anheier, Themudo und Freise (2003: 87): »Die Weiterentwicklung internationaler NGOs zu global agierenden Organisationen birgt die Herausforderung in sich, neue Organisationsformen jenseits des Bürokratie-Modells des 19. Jahrhunderts zu entwickeln.«

Gemäßigter argumentieren Positionen, die zwar durchaus VerNGOisierungstendenzen als Gefahr für die bewegungsinternen demokratischen

65 Vgl. zum Themenfeld Lobbyismus und soziale Bewegung Wahl (2000); Forschungsjournal NSB (2003); Hierlmeier (2002: 130-134); Lutz (1994); Unmüßig (1989); für die Nachzeichnung eines Verhandlungsprozesses, in dessen Verlauf die Lobbyismus betreibenden NGOs die Sichtweise des ursprünglichen Gegners nach und nach übernehmen vgl. das Beispiel der HIPC-Initiative der Weltbank (Wahl 2001).

Strukturen sehen und die Ablösung eines NGO-Sektors von der Basis der Bewegung befürchten. Sie verweisen aber auf den allgemeinen Rückgang von Bewegungsaktivitäten in den 1990er Jahren. NGOs werden derart als Zerfallsprodukt sozialer Bewegungen gefasst. Der Bedeutungsverlust der neuen sozialen Bewegungen sei die »Negativfolie, auf deren Hintergrund ›die NGOs neuen Typs‹ [...] umso wirkungsvoller ihre Attraktivität als Hoffnungsträger für alternative und oppositionelle Politik entfalten konnten« (Wahl 2001: 124). Den professionalisierten Teilen der sozialen Bewegung, insbesondere den Bewegungsorganisationen oder NGOs mit hauptamtlichen Stellen, sei die wichtige (und notwendige) Funktion des »Überwinterns« der Bewegung zugekommen. Diese Entwicklung, in deren Verlauf zwar in der Tat der Lobbyismus und ein professioneller Umgang mit Öffentlichkeit als Handlungsformen an Bedeutung gewinnen, wird rückblickend im Rahmen dieser gemäßigten Perspektive ambivalent eingeschätzt: »Einerseits wurden Infrastrukturen und Formen der Intervention in herrschende Debatten geschaffen, die es erlaubten, manche Inhalte und Errungenschaften der sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre über die Durststrecke der 90er Jahre hinweg zu retten. Andererseits wurden die Inhalte und Errungenschaften dabei selbst transformiert: Eingebettet in neue Politikformen wurden sie auf ein ›realistisches‹, d.h. an die herrschende Wahrnehmung anschlussfähiges Maß zurechtgestutzt« (Wissen/Habermann/Brand 2003: 49). Diese Entwicklung hin zur NGO wurde teils von den Bewegungsorganisationen selbst so erlebt und zumindest von denen, die sich einer Bewegungsbasis verpflichtet fühlen, auch problematisiert.⁶⁶

In diesen Zusammenhang gehört auch die weit verbreitete Argumentation, dass Bürokratisierungs- und Oligarchisierungstendenzen im Prozess des *scaling up* zwar zu bedauern seien. Sie seien aber nun mal ein notwendiges Übel. Es sei nicht einsichtig, warum Professionalisierung und Effizienzsteigerung für bewegungsnahen NGOs ein Tabu sein sollten.

66 Vgl. als Beispiel die Selbstkennzeichnung des Informationsbüro Nicaragua (1998: 42), welches sich der Dritte-Welt- bzw. Internationalismusbewegung zugehörig fühlt: »Auf den ersten Blick ist das Büro eine kleine, wenn auch kritische Nichtregierungsorganisation (NGO) geworden. Unserem Selbstverständnis nach wollen wir aber gerade das nicht sein, eine NGO, die sich an die Stelle von sozialen Bewegungen setzt und diese entmündigt, eine Organisation, die Projekte abwickelt und Spendenmittel akquiriert, um die eigenen Organisationsstellen abzusichern. Wir sträuben uns gegen Lobbyarbeit und Kampagnenpolitik von oben. Hauptamtliche Arbeit, professionelle und stringenter Informations- und Öffentlichkeitsarbeit lassen sich vielfältig einsetzen und geben dem Büro einen Charakter jenseits von Feierabendpolitik. Als Korrektiv gegen eine fortschreitende ›NGOisierung‹ des Infobüros stehen unsere Ansprüche und vielfältigen Vernetzungen mit Teilen der ›Bewegung‹ auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.«

Im Gegenteil müssten NGOs im Interesse der Erhöhung ihrer Durchsetzungsfähigkeit beides anstreben (Schrader 2000: 59). Im übrigen sei die Struktur der NGOs im Vergleich zu anderen international agierenden Akteuren immer noch durch flache Hierarchien und Offenheit geprägt, was durchaus noch auf ihre Herkunft aus den neuen sozialen Bewegungen schließen lasse.

Wie schwer sich Akteure von sozialen Bewegungen tun, mit dem Konflikt zwischen Professionalisierung und Institutionalisierung auf der einen Seite und dem Basis- oder Bewegungsanspruch auf der anderen Seite umzugehen, zeigt das Beispiel der bundesdeutschen Sektion des *Netzwerks zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte* (*Attac*).⁶⁷ Deinen Selbstverständniserklärung trägt den Titel »Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung«. In der Erklärung selbst werden dann gleichermaßen ein weltanschaulicher Pluralismus, die Basis- und Bewegungsorientierung und ein Pluralismus in den Aktionsformen als bestimmende Momente von *Attac* postuliert. Als Fazit dieser Ansprüche definiere sich *Attac*, so die Erklärung weiter, als »ein innovatives Projekt, das nicht ohne weiteres in die Kategorien Netzwerk, Verbandsinternationale, NGO oder Bewegung passt. Es enthält Schnittstellen zu allen und versucht vor allem die Vorteile der einzelnen Organisationstypen miteinander zu verknüpfen und deren Nachteile zu vermeiden: die Flexibilität und Offenheit von Netzwerkstrukturen, ohne deren Unverbindlichkeit, mit dem machtpolitischen Gewicht von sozialen Bewegungen ohne deren Instabilität, und der Kompetenz, Stabilität und Verbindlichkeit von NGOs und Verbänden ohne deren Abhängigkeiten und Bürokratisierungstendenzen« (Attac-Koordinationskreis 2002: 17).

Die Quadratur des Kreises wird also versucht, zumindest auf der Ebene der Akklamation und der Semantik. Allerdings sind deutliche Hinweise auffindbar, dass die Entwicklungslinien von *Attac* nicht so offen sind, wie in der Selbstverständniserklärung beschrieben. Insbesondere sei das Bündnis *Attac*, so Wissen (2002: 58f) in einer Kritik, schon heute von NGOs dominiert, die auch dessen Gründung erst angeregt und betrieben hätten. Mit *Attac* deutet sich somit eine Strategie von NGOs an, »sich die Vorteile von Bewegungspolitik zu Nutze [zu machen], um solche Anliegen, die früher argumentativ im Rahmen von Expertisen und Lobbygesprächen vertreten wurden, ›von unten‹ Nachdruck zu verleihen« (ebd.: 59). Der Institutionalisierungsproblematik wird derart von NGO-Seite mit dem Versuch der Funktionalisierung von sozialen Bewegungen bzw. deren »Basis« begegnet.

67 *Attac* hat seinen Ursprung in Frankreich. Das Kürzel steht für *Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens*. Weitere Informationen unter www.attac.org.

Die gesamte Debatte über die VerNGOisierung von sozialen Bewegungen weist auf eine strukturelle Bedingung bewegungsorientierter NGOs hin. Diese sind offensichtlich darauf angewiesen, die oben beschriebene »Quadratur des Kreises« zu bewerkstelligen, nämlich die richtige Balance zwischen Lobby- und Beratungstätigkeit auf der einen Seite und Protestmobilisierung und Basisanbindung auf der anderen Seite zu halten. Geschieht dies nicht, konzentriert sich eine »verNGOisierte Bewegungsorganisation« also fast ausschließlich auf ihre Lobbytätigkeit, droht ihr der Verlust von öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss (Klein 2002: 5) sowie von Glaubwürdigkeit und Legitimität. Dies sei, so Klein (1997: 329), für NGOs durchaus eine »Überlebensfrage«: NGOs müssten eine Doppelstrategie verfolgen und seien deshalb »strategisch darauf angewiesen, sich zwischen politischer Lobbyarbeit und öffentlichkeitswirksamen Straßenprotest zu platzieren« (Klein 2002: 5).

3.3 Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen

Ein oft hervorgehobenes Merkmal der NGOs ist ihre Transnationalität. Es verwundert daher nicht, dass NGOs von der Bewegungsforschung vielfach als Produkte der Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gefasst werden. Diese Diskussionen werden im Folgenden rekapituliert und gewürdigt. Nachdem in den beiden vorangegangenen Kapiteln soziale Bewegungen mit Erklärungen gefasst wurden, die meist auf deren interne Dynamik verwiesen, werden nun die externen Bedingungen größeren Raum bekommen. Das Augenmerk liegt hierbei auf den internationalen Kontextbedingungen, auf der Beantwortung der Frage, welche Prozesse und Mechanismen zur Transformation kollektiver Aktionen von einem lokalen und nationalen Phänomen hin zu einem globalen oder zumindest transnationalen Phänomen führen. Zunächst wird in den Forschungsstand zur Transnationalisierung von sozialen Bewegungen eingeführt (Kapitel 3.3.1 und 3.3.2), wobei die internationalen Mobilisierungsstrukturen von transnationalen Bewegungsorganisationen typisiert werden. Die externen Kontextbedingungen des internationalen Systems für soziale Bewegungen werden anschließend mit dem in der Bewegungswissenschaft entwickelten Instrumentarium der politischen Opportunitätsstrukturen beleuchtet (Kap. 3.3.4), was einführend in diesen Teil einen knappen Exkurs zu dieser Debatte nötig macht (Kap. 3.3.3). Zunächst seien aber einige allgemeine Vorbemerkungen zum Topos »Transnationalisierung sozialer Bewegungen« in der Bewegungsforschung vorangestellt.

Ausgangspunkt unserer Beschäftigung ist, dass sich in der Bewegungsforschung der letzten zehn Jahre die Einsicht Einzug hält, dass sich »eine nationalstaatlich begrenzte Optik auf soziale Bewegungen immer weniger durchhalten« lässt (Klein 2000: 40). Es wird dabei vermutet, »dass transnationale Kontexte andere Beteiligungsformen oder gar Bewegungsformen nach sich ziehen werden als diejenigen, die wir aus dem Kontext des Nationalstaates kennen, was wiederum zur Folge hat, dass unsere Begrifflichkeiten entsprechend eingestellt werden müssen« (Eder 2001: 45). Freilich bedeutet diese verschiedentlich geäußerte Einsicht noch keinen paradigmatischen Wechsel in der Bewegungsforschung. In der Regel werden nach wie vor lediglich nationalstaatliche Konzeptionen auf die globale Ebene extrapoliert (Finger 1994: 56).

Zwar mehren sich ländervergleichende Untersuchungen sozialer Bewegungen (Kriesi/Giugni 1996; Rucht 1994), die sicherlich zum Teil nationalstaatlich oder eurozentristisch verengte Sichtweisen zum Verständnis sozialer Bewegungen korrigieren helfen. Kaum aber wird dem Umstand der Globalisierung in der Bewegungsforschung systematisch Rechnung getragen. So haben Ländervergleiche primär die Funktion, nationale Spezifika herauszuarbeiten.⁶⁸ Der Einfluss transnationaler Strukturen, d.h. einer eigenständigen globalen Ebene, wird aber nicht oder nur am Rande thematisiert.⁶⁹ Dies heißt auch, dass nach wie vor die Unterschiede in den nationalen Besonderheiten von sozialen Bewegungen betont werden, während eine globale Vereinheitlichung der Taktiken und Organisationsformen sozialer Bewegungen kaum untersucht wird (Giugni 2002: 13). Untersuchungen über global agierende One-Issue-Bewegungen, insbesondere mit Hilfe weltgesellschaftlicher Konzeptionen, sind ebenfalls immer noch recht selten,⁷⁰ wenngleich unter dem Label NGO-Forschung in den letzten Jahren zunehmend.

-
- 68 Als Ausnahme kann der ländervergleichende Versuch von Guigni (2002) angesehen werden, in dem explizit nach den länderübergreifenden Gemeinsamkeiten geforscht wird; zur Kritik eines solchen Vorgehens vgl. Silver (2005: 49).
 - 69 In Bezug auf den Forschungsstand zu Frauenbewegungen auf europäischer Ebene vgl. die ähnliche Einschätzung von Heintz/Müller/Roggenthin (2001: 401).
 - 70 Als Ausnahme kann die Arbeit von Herzka (1995) gelten, der die internationale Bewegung für Menschenrechte explizit unter einer (von Heintz inspirierten) Weltgesellschaftsperspektive untersucht. Auch im Rahmen der Weltsystemtheorie sind vereinzelte Untersuchungen zu finden, die das Wirken sozialer Bewegungen im globalen Maßstab betrachten (Frank/Fuentes-Frank 1990). Es ist aber so, dass soziale Bewegungen keinen zentralen Untersuchungsgegenstand der Weltgesellschaftsforschung bilden (Herzka 1995: 58). Bestandsaufnahmen zum Thema »Soziale Bewegungen und glo-

Diese Forschungslage steht zudem im Widerspruch zum empirischen Sachverhalt transnationaler Bewegungen. Es ist keineswegs so, dass sich erst im Prozess der (neuerlichen) Globalisierung transnationale soziale Bewegungen artikulieren und die Forschung dieses Faktum lediglich verzögert wahrnimmt. So kann etwa die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, die sich verstärkt seit Ende des 18. Jahrhunderts formierte, als ein historisch frühes Beispiel für transnationale Protestmobilisierung gelten (Walvin 1981; Keck/Sikkink 1998: Kap. 2; Markoff 1996: 20ff). Hier drückt sich die Transnationalität nicht nur in einer internationalistischen Themenwahl und der Konfrontationsstellung zu ausländischen Regierungen aus, sondern auch darin, dass sich zunächst im nationalen Kontext agierende Bewegungsorganisationen zunehmend mit Schwesterorganisationen in anderen Ländern vernetzen.

Rucht (2001: 92) äußert als Fazit einer Auswertung empirischer Belege zur Transnationalisierung von Protest deutliche Skepsis gegenüber der verbreiteten Annahme, transnationale Proteste hätten sich in den letzten zwei Jahrzehnten explosionsartig ausgedehnt. Insbesondere finde sich oftmals der methodische Fehler, von der Zunahme internationaler NGOs auf die entsprechende Zunahme transnationalen Protests zu schließen. Allenfalls sei es zu einer moderaten Transnationalisierung von Protesten gekommen, welche von Medien und Öffentlichkeit aber weit überschätzt und verzerrt dargestellt werde.

Prinzipiell lässt sich die Transnationalität von Protestverhalten in drei Dimensionen auffinden. *Erstens* kann das mit dem Protest artikulierte Problem den nationalstaatlichen Kontext räumlich überschreiten. *Zweitens* kann der Adressat des Protests außerhalb der Staatsgrenzen liegen. *Drittens* kann schließlich die räumliche Ausdehnung des Protests selbst transnational sein. Sowohl der grenzüberschreitende Zusammenschluss von Protestgruppen als auch die Artikulation von Protest einer lokalen Gruppe zu einem internationalen Problem, etwa dem Ozonloch, können somit also als transnational gelten. Wendet man diese weite Bestimmung an, so geraten in der Tat sehr viele unterschiedliche Arten politischen Protests in den Blick. Es wird dann wohl eher schwierig, nicht-transnationale Formen politischen Protests empirisch in Reinform noch aufzufinden. In dem Moment, wo sich ein transnationaler öffentlicher Raum immer mehr ausbildet, erlangen auch lokale soziale Bewegungen einen potentiell globalen oder transnationalen Charakter (Guidry/Kennedy/Zald 2000: 8).

Um einem inflationären Gebrauch des Begriffs »transnational« entgegen zu wirken, plädiert Rucht für eine engere Definition. Auch im Fol-

balisierte Welt« finden sich in dem Sammelband von della Porta/Kriesi/Rucht (1999).

genden ist in Anlehnung an Rucht (2001: 79) von transnationalem politischen Protest folglich dann die Rede, wenn »politische Gruppen [...] über Ländergrenzen hinweg zusammenkommen bzw. sich zu Allianzen verbinden, um gemeinsam gegen bestimmte Missstände, seien sie lokaler, nationaler oder internationaler Art, vorzugehen. [...] Ein solcher Protest kann, abhängig von organisatorischem Unterbau, Zielsetzung, Mobilisierungsraum und Adressaten, sehr verschiedene Formen annehmen.« Die Schwierigkeit der analytischen Fassung transnational agierender Gruppen ist mit dieser Definition aber noch nicht beseitigt. Offensichtlich potenzieren sich die Abgrenzungsschwierigkeiten der Bewegungsforschung in Bezug auf Bewegung und Nicht-Bewegung auf der transnationalen Ebene, was sich unter anderem in einer ausufernden Begrifflichkeit zeigt (Roth 2001: 32). So werden die bewegungsassoziierten Aktivitäten im UN-Umfeld je nach Blickwinkel als *global society*, *global civil society*, *international society*, *world civic politics*, *transnational relations*, *transnational social movement organizations*, *global social change organizations*, *transnational advocacy networks*, *global social movements* oder eben *NGOs* beschrieben (O'Brien et al. 2000: 12).

3.3.1 Transnationale Diffusionsprozesse

Von der Bewegungsforschung wird hervorgehoben, dass die Bedingungen, die die Entstehung und Effektivität von sozialen Bewegungen befördern, im transnationalen Rahmen schwieriger aufzufinden und nicht nachhaltig sind. So emergieren für die meisten Bewegungstheoretiker die Mobilisierungsstrukturen sozialer Bewegungen aus den *communities*, aus den informellen Strukturen des alltäglichen Lebens, aber auch aus dem Alltag etablierter Institutionen (Schulen, Kirchen) heraus (McCarthy 1996). Genau diese Mobilisierungsstrukturen und interpersonalen Netzwerke ließen sich auf transnationaler Ebene aber kaum nachweisen.⁷¹ Walk und Brunnengräber (2000: 206) weisen darauf hin, dass für soziale Bewegungen die »Binnenkommunikation im lebensweltlichen Nahbereich« ungleich wichtiger ist als dies für NGOs der Fall ist. Allgemein wird in der Bewegungsliteratur zur Transnationalisierung von Protest festgestellt, dass »aktive Kooperation und Vernetzung über Grenzen hinweg [...] weit weniger verbreitet [sind] als Prozesse der Diffusion« (Roth 2001a: 51).

71 Gleichwohl lassen sich aber Beispiele auch dafür finden. So gab es einen regen persönlichen Austausch von Aktivisten der Studentenbewegungen der 1960er Jahre, wie McAdam und Rucht (1993) am Beispiel der US-amerikanischen und deutschen Studentenbewegung nachgezeichnet haben.

Trotz des weitgehenden Fehlens interpersonaler Netzwerke, trotz unterschiedlicher lokaler Gegebenheiten und spezieller politischer Ziele ist es für soziale Bewegungen möglich, ähnliche Ideen und Ziele über Ländergrenzen hinweg zu formulieren. Dies beinhaltet Prozesse des Kopierens, der Imitation und der Adaption. Mit der Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wird der Austausch über Strategien und Organisationsformen zudem immer einfacher.

Markoff (1996: 27ff) führt vier bedeutende länderübergreifende Aspekte der Adaption auf und illustriert sie mit historischen Beispielen. *Erstens* bilde sich spätestens seit dem 18. Jahrhundert ein Kanon an breit geteilten Ideen, etwa über soziale Ungerechtigkeit und eine bessere gesellschaftliche Ordnung, heraus. Insbesondere die sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts hätten einen solchen allgemeingültigen, transnationalen Wertekatalog entwickelt, der dann entsprechend der jeweiligen lokalen und nationalen Begebenheiten modifiziert wurde. Als *zweiten* Aspekt führt Markoff an, dass spezifische Formen öffentlicher Aktionen über Nationalgrenzen hinweg diffundieren. Die Idee des *Sit-Ins* etwa, ursprünglich von US-amerikanischen Schwarzen zur Durchsetzung von Bürgerrechten entwickelt⁷², erfreute sich im Zuge der Studentenbewegung der 1960er Jahre rasch auch in Europa großer Beliebtheit.

Ganz allgemein würden Massenmedien wie das Fernsehen die Verbreitung neuer Modelle von Protest erheblich erleichtern. Ein *drittes* Element sozialer Bewegungen, welches von einem nationalen Setting in ein anderes diffundiert, sei das der organisationalen Struktur. Gewerkschaften und politische Parteien, aber auch klandestine, eher im Untergrund agierende Zellen seien Organisationsformen, die die Geschichte der Arbeiterbewegung in fast allen Ländern begleitet haben. *Viertens* würden bestimmte Slogans und Symbole weltweit kopiert oder kreativ adaptiert. So führte die chinesische Demokratiebewegung 1989 auf dem Tianamen-Platz eine »Göttin der Demokratie« mit sich, die wie eine Tochter der US-Freiheitsstatue wirkte. Zusammengefasst diffundieren nach Markoff also sowohl Ideengebäude und Symbolik als auch spezifische Protest- und Organisationsformen sozialer Bewegungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg.

72 Das Sit-In-Modell wurde, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, zuerst am 1. Februar 1960 in einem Restaurant in Greensboro (North Carolina) angewendet. Schwarze US-Amerikaner protestierten damit für ihr Recht auf Bedienung in selbigem Restaurant (Markoff 1996: 27f).

3.3.2 Die Mobilisierungsstrukturen der transnationalen Bewegungsorganisationen

Die Diffusion von Bewegungsaspekten aus ihrem Entstehungskontext über Ländergrenzen hinweg in eine andere Gesellschaft oder in den globalen Raum ist nur ein recht weiches Kriterium für die Existenz einer Transnationalisierung sozialer Bewegungen. Denn gemäß der genannten Definition von Rucht macht eine transnationale Bewegung aus, dass verschiedene Organisationen oder Gruppen international konkret zusammenarbeiten.

Die Formierung einer transnationalen sozialen Bewegung, die diese Bezeichnung verdient, die also mehr ist als die Ansammlung von Organisationen ähnlicher Ideologie, steht aber vor nicht unerheblichen Schwierigkeiten. Für Khagram, Riker und Sikkink (2002: 13) existieren denn auch nur wenige »wirklich« transnationale soziale Bewegungen.⁷³ Eine internationale formalisierte Struktur können soziale Bewegungen im internationalen Rahmen nur mit Hilfe von offiziellen Treffen und Kongressen, an denen Delegierte von nationalen Bewegungsorganisationen partizipieren, entwickeln (Zald 1999: 179). Ergebnisse internationaler Kongresse können dann die Etablierungen von längerfristigen koordinierenden Mechanismen, etwa gemeinsam betriebenen Sekretariaten (also wiederum Organisationen), sein.

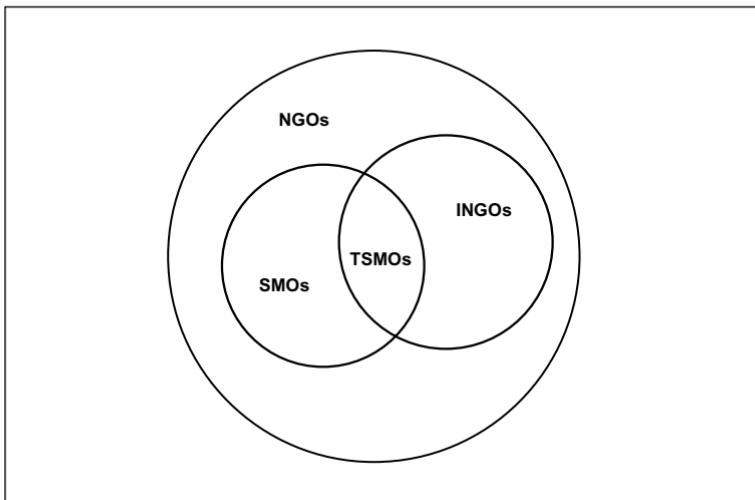
Große Teile der Bewegungsforschung »führen den als ›dramatisch-charakterisierten Anstieg an transnational agierenden Organisationen zurück auf einen Übergang von ›Social Movement Organizations‹ (SMOs), welche direkt aus den sozialen Bewegungen hervorgegangen sind, zu neuen ›Transnational Social Movement Organizations‹« (Klein 2001: 232f). Die Transnationalisierung sozialer Bewegungen wird also als Weiterentwicklung oder zumindest partielle Ablösung von einer nationalstaatlichen Phase sozialer Bewegungen, als eine neue evolutionäre Stufe moderner Protestbewegungen konzipiert. Kettner (1995) entwickelt ein zeitlich noch weiter zurückreichendes Phasenmodell der historischen Entwicklung von Emanzipationsbewegungen. Während es im ausgehenden 19. Jahrhundert die Gewerkschaften gewesen seien, die Protest artikulierten, hätten diese Funktion im 20. Jahrhundert zunächst die Bürgerbewegungen »alten Stils« übernommen. Seit den 1970er Jahren seien Emanzipationsbestrebungen dann vornehmlich von den neuen sozialen Be-

⁷³ Ähnlich Roth (2001a: 51) und Walk/Brunnengräber (2000: 214f). Noch weniger dürfte die Existenz einer »globalen« Bewegung gegeben sein (Kolb 2003: 90f). Walk (1998) äußert sich eindeutig dahingehend, dass es »eine globale Bewegung im engeren Sinne des Wortes, d.h. unter bewegungskonformen Mobilisierungsaspekten, nicht gibt« (zit. n. Klein 2001: 234).

wegungen formuliert worden. Aktuell bildeten die internationalen NGOs die vierte evolutionäre Stufe der modernen Emanzipationsbewegungen.

NGOs als transnationale Bewegungsorganisationen sind also, das wurde an der bisherigen Darstellung schon deutlich, der entscheidende Motor zur Formierung einer transnationalen Bewegung. Ihre Bedeutung ist wohl noch größer als die der Bewegungsorganisationen auf der nationalstaatlichen Ebene für die Entstehung national agierender sozialer Bewegungen. Smith, Pagnucco und Chatfield (1997: 61) definieren eine transnationale Bewegungsorganisation (TSMO) als eine SMO, deren Mitglieder sich aus mindestens zwei Ländern zusammensetzen. TSMOs werden als Subgruppe der internationalen NGOs gefasst (vgl. Abb. 8). Eine TSMO hat eine formale Struktur und koordiniert ihre Strategie durch ein internationales Sekretariat. Rucht (1996: 32) definiert TSMOs präziser als »bewegungszugehörige Organisationen bzw. Verbindungen – vor allem Netzwerke – von Organisationen, die strukturell, also nicht nur in ihrem Themenhorizont, über ein bestimmtes Land hinausreichen und somit einen transnationalen, internationalen oder supranationalen Charakter haben.«⁷⁴

Abbildung 8: Begriffliche Unterscheidungen innerhalb der NGOs



Aus: Kriesberg (1997: 13)

In Anlehnung an die Analysen von McAdam, Tarrow und Tilly (2001) werden TSMOs als wesentliche Mittlerfiguren für transnationale Mobilisierung begriffen: »Sie sind handelnde Körperschaften, die ›zuvor nicht

⁷⁴ Rucht präferiert allerdings den Begriff der multinationalen anstelle der transnationalen Bewegungsorganisation. Dem wird hier nicht gefolgt.

verbundene Örtlichkeiten verbinden, neue kollektive Akteure und neue Beziehungen zu anderen Akteuren fördern [...] und die Zusammenführung lokaler Interessen und Angelegenheiten mit globalen Institutionen und Prozessen ermöglichen. [...] Indem sie einen Rahmen für sowohl indirekte als auch direkte Kommunikation zwischen Einzelpersonen aus verschiedenen nationalen Hintergründen in Bezug auf gemeinsame organisatorische Vereinigungen und Ziele schaffen, stellen TSBO Orte dar, in denen Identitätsverschiebungen zur Unterstützung transnationalen kollektiven Handelns entstehen können« (Smith 2001: 99f). TSMOs sind demnach Schauplätze der transnationalen Vermittlung von Ideen, Identitäten und Strategien kollektiven Handelns auf globaler Ebene (ebd: 116).

In diesem Rahmen ist es überraschend, dass die Diskussionen über Institutionalisierung kaum reflektiert werden. Bei Sikkink und Smith (2002: 42) findet sich so eine recht naive (und positivistische) Fassung der Motivationslage der Organisationsmitglieder, wie folgende Formulierung in Bezug auf TSMOs verdeutlicht: »Unlike governments and foundations, these organizations are collections of individuals who care deeply about the social change goals of their organization and who spend large amounts of their time and energy working to promote these goals.«

Tabelle 5: Dimensionen der Einflussstruktur transnationaler Bewegungen

	Nicht-Bewegungsstrukturen	Bewegungsstrukturen
Informell	Freundesnetzwerke Professionelle Netzwerke Ausländische Netzwerke Individuen in IGO-Bürokratien oder nationalen Delegationen	Aktivistennetzwerke Nahestehende Gruppen Flüchtlingsnetzwerke
Formell	Kirchen und Gewerkschaften Berufsorganisationen Regionale Kooperationsassoziationen Dienstleistungsorganisationen IGO-Bürokratien Nationale Delegationen Stiftungen	TSMOs SMOs Protestkomitees Transnationale NGO-Koalitionen bewegungsnahe Forschungsinstitute

Aus: Smith/Pagnucco/Chatfield (1997: 62; Übersetzung: A.S.)⁷⁵

Das Feld, in dem sich transnationale Bewegungen entwickeln, und damit das Spektrum der möglichen Einflussstrukturen von transnationalen Bewegungsstrukturen, lässt sich überblicksartig gemäß Tabelle 5 schematisieren. Demnach können transnationale Bewegungen *erstens* durch *informelle, nicht-bewegungsbezogene* Strukturen Einfluss mobilisieren. Der informelle Kontakt zu Mitgliedern internationalen Organisationen oder

75 Es handelt sich um eine ergänzte, ursprünglich von McCarthy (1996: 145) erstellte Übersicht.

nationalen Delegationen entwickelt sich zu einem wichtigen und nicht zu unterschätzenden Kanal der Einflussnahme auf internationaler Ebene. *Zweitens* werden transnationale soziale Bewegungen von *formalen, nicht-bewegungsbezogenen* Strukturen unterstützt. Es handelt sich hier zum einen um etablierte Organisationen, die den Bewegungszielen nahe stehen, etwa internationale Gewerkschaften oder Kirchen. Zum anderen können aber auch einige internationale Organisationen unterstützend für transnationale Bewegungen wirken. So sind die UN-Menschenrechtskommission und die Menschenrechts-NGOs auf enge Zusammenarbeit angewiesen, wenn nicht voneinander abhängig.

Die *informelle, bewegungsbezogene* Dimension der Mobilisierungsstrukturen besteht vornehmlich aus einem Netzwerk von Aktivisten oder Sympathisanten, welche wegen der geteilten Überzeugungen in der Regel schnell zu mobilisieren sind. Teil der *formalen Bewegungsstrukturen* sind schließlich die national und international tätigen Bewegungsorganisationen selbst. Allgemeiner zählen aber auch andere NGOs dazu, die sich einem spezifischen Bewegungsziel verschrieben haben und sporadisch mit den SMOs zusammenarbeiten.

Mit dieser grob skizzierten Kreuztabellierung sind lediglich die prinzipiell möglichen Mobilisierungsstrukturen transnationaler sozialer Bewegungen angegeben. Die jeweiligen sozialen Bewegungen können in der spezifischen Konfiguration der Mobilisierungsstrukturen aber erheblich differieren, insbesondere in Hinsicht auf die Anzahl und Stärke der inkorporierten Akteure sowie deren Koordinierungsgrad (McCarthy 1996). Während einige Bewegungen durch starke nationale oder internationale Dachorganisationen repräsentiert werden, die Aktionen koordinieren und ein einheitliches Image der Bewegung produzieren, zeichnen sich andere Bewegungen durch eine stark dezentralisierte, netzförmige Struktur aus. Weitere diskriminierende Variablen sind Umfang und Kombination von personalen, materiellen und politischen Ressourcen, welche soziale Bewegungen für ihre Ziele einsetzen können. Mitglieder und finanzielle Mittel alleine bedeuten noch keinen politischen Einfluss. Umgekehrt kann nur mit starken politischen Verbündeten bei gleichzeitiger finanzieller Ressourcenknappheit und mangelnder Unterstützung durch Basisaktivitäten kein langfristiger politischer Druck aufgebaut werden. Hinzu kommt, dass soziale Bewegungen auch durch andere, gegen sie gerichtete soziale Bewegungen in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden können. Alle diese Variablen prägen den Einfluss sozialer Bewegungen auf globale politische Prozesse (Smith/Pagnucco/Chatfield 1997: 64).

Die Einflusschancen sozialer Bewegungen auf internationaler Eben hängen also in starkem Maße von den dort vorgefundenen (externen) Kontextbedingungen ab. Externe Kontextbedingungen sozialer Bewegun-

gen werden allgemein in der Bewegungstheorie im Rahmen des Ansatzes zu »politischen Gelegenheitsstrukturen« erörtert, weshalb dieser im Folgenden vorweg skizziert werden soll.

3.3.3 Exkurs: Die Theorie der politischen Opportunitätsstrukturen

Die Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen teilt die Grundperspektive des RM-Ansatzes, entwickelt ihn aber weiter und ergänzt ihn. Sie erkennt die Tatsache an, dass soziale Bewegungen in einem politisch-sozialen Umfeld agieren, welches eine ganze Reihe anderer Akteure einschließt (Staat, Gegenbewegungen, Verbündete etc.). Eine Theorie sozialer Bewegungen müsste folglich diese Interaktionsbedingungen erfassen und untersuchen. Ziel sei, die formalen Kennzeichen der jeweiligen Akteursgefüge zu bestimmen, um daraus die politischen Möglichkeiten und Beschränkungen für soziale Bewegungen folgern zu können.

Grundlegend zur Entwicklung eines Verständnisses der externen Bedingungen sozialer Bewegungen waren die Arbeiten von Lipsky (1968) und Eisinger (1973). Sie initiierten schon früh eine Debatte, die dann von Charles Tilly (1978) unter dem Stichwort der »politischen Opportunitätsstrukturen« systematisiert worden ist. Tilly stellt in seinem »polity model« kollektiven Handelns einen kausalen Zusammenhang zwischen den Durchsetzungschancen sozialer Bewegungen einerseits und den Aktivitäten des Staates und den Interessen bewegungsfremder kollektiver Akteure andererseits her. Dem Grad der Offenheit eines politischen Systems für soziale Bewegungen und Protest wurde nun wesentliches Gewicht bei der Entstehung von sozialen Bewegungen beigemessen.⁷⁶

Sidney Tarrow hat das Konzept weiter ausbuchstabiert. Auch er will in Ergänzung zu RM-Ansätzen die bewegungsexternen Mobilisierungsfaktoren benennen. Mit dem Begriff der politischen Gelegenheitsstruktur fasst Tarrow (2000: 13) »consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for collective action by affecting peoples' expectations for success or failure«. Er findet vier relevante politische Einflussfaktoren:

- 1.) den Grad der Abgeschlossenheit oder Offenheit von politischen Institutionen für die Partizipationsansprüche sozialer Bewegungen
- 2.) die Stabilität oder Instabilität von politischen Bindungen
- 3.) das Verfügen über potentielle, einflussreiche Verbündete
- 4.) Konflikte innerhalb der politischen Elite (Tarrow 1996: 54ff).

⁷⁶ Der Grundgedanke findet sich schon bei Eisinger (1973), der ebenfalls politische Gelegenheitsstrukturen vornehmlich als Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen politischen Systemen konzeptualisierte.

Als Bestandteile einer politischen Gelegenheitsstruktur können also sowohl langfristige institutionelle Strukturen, als auch konjunkturelle Gegebenheiten ausgemacht werden. Auch institutionell relativ geschlossene Gelegenheitsstrukturen bieten dann sozialen Bewegungen eine Chance, wenn sich beispielsweise Veränderungen in der Stammwählerschaft der politischen Parteien ergeben oder wenn sich die Konkurrenz innerhalb der politischen Elite verschärft. Für Tarrow bewirkt vor allem das Eigeninteresse von politischen Fraktionen eine tendenzielle Offenheit gegenüber Problemstellungen und Problemlösungen von außen. Allgemeiner formuliert sind für Tarrow die Mobilisierungsprozesse innerhalb von sozialen Bewegungen und die Verwertungsinteressen der anderen politischen Akteure und Fraktionen eng miteinander verkoppelt.

Der Begriff der politischen Gelegenheitsstruktur wurde fast nur auf der nationalstaatlichen Ebene empirisch unterfüttert. Erst in letzterer Zeit wird versucht, die internationale oder globale Ebene als Opportunitätsstruktur zu fassen (Tarrow 2000). Zunächst entstanden aber einige ländervergleichende empirische Arbeiten, die die unterschiedlichen Kontexte sozialer Bewegungen beleuchteten. Einflussreich war die empirische Studie von Kitschelt (1986)⁷⁷, die die Anti-Atomkraftbewegungen Deutschlands, Schwedens, Frankreichs und der USA miteinander verglich und die im Ergebnis die Bedeutung des nationalen politischen Kontextes für die Mobilisierung der Anti-Atomkraftbewegung bestätigte.⁷⁸

Auf diese Studie und eigene Forschungen aufbauend entwickeln Kriesi und Giugni (1996) ein ausdifferenziertes und dynamisiertes Modell zur Erfassung politischer Opportunitätsstrukturen entlang der Dimension »Konflikt und Kooperation«. Neben den institutionellen Rahmenbedingungen⁷⁹ spielen demnach die informellem Strategien der staatlichen Akteure eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Offenheit des Zugangs für Außenseiter zum politischen System (Kriesi/Giugni 1996: 335). Unterschieden wird zwischen exklusiven und integrativen Strategien der staatlichen Institutionen gegenüber ihren Herausforderern. Während integrative Strategien Bewegungsorganisationen diverse Zugangschancen zum politischen Prozess eröffnen und ebnen, seien exklusive Strategien

⁷⁷ Vgl. aber ebenfalls Kriesi et al. (1992); Kriesi/Giugni (1996); Rucht (1994); neuerdings und in Bezug auf NGOs Take (2002).

⁷⁸ Allerdings wird dieser Befund nicht durchgehend bestätigt. Für Rucht (1990: 216) sind die nationalen Gelegenheitsstrukturen zwar wichtig, determinieren aber nicht notwendigerweise den Einfluss von sozialen Bewegungen auf sozialen Wandel.

⁷⁹ Zu den institutionellen Rahmenbedingungen zählen Kriesi/Giugni (1996: 335) die territoriale Dezentralisierung des Staates, den Grad der Gewaltenteilung, die Fragmentierung des administrativen Apparates und das Vorhandensein direkt-demokratischer Institutionen.

darauf ausgerichtet, Partizipationsbestrebungen von sozialen Bewegungen entweder zu ignorieren oder zu unterdrücken. Beide Strategien seien in ihrer Wirkung ambivalent. Integrative Strategien nähmen dem Protest zwar die Schärfe. Umgekehrt ergäben sich aber andere und neue Formen der Einflussnahme. Exklusive Strategien könnten Mobilisierungen unwahrscheinlicher machen, könnten aber andererseits eine (erneute) Stimulation von Protest bewirken bzw. diesen radikalisieren (Kriesi et al. 1992: 224). Die Zugangschancen, die sich aus den institutionellen Rahmenbedingungen und den dominanten Strategien der staatlichen Akteure ergäben, würden eine dominierende strategische Ausrichtung auf Seiten der sozialen Bewegungen bzw. der Bewegungsorganisationen bewirken. Allgemein gelte: »Je offener der Zugang zum politischen System, desto gemäßiger das Handlungsrepertoire der sozialen Bewegungen« (Kriesi/Giugni 1996: 335).

Der Verdienst des Ansatzes von Kriesi und Giugni besteht trotz einer gewissen Eindimensionalität der herausgearbeiteten Strategien darin, informelle Strategien überhaupt als relevant zu erachten. Mit der Berücksichtigung informeller Strategien gerät eine besonders dynamische Einflussvariable in den Mittelpunkt, die es ermöglicht, kürzere Zeiträume zu beobachten und zu bewerten. Strategiewechsel von sozialen Bewegungen und ihren Organisationen werden erst dann zugänglich. Rucht (1994), der zwischen stabilen und eher variablen Strukturen unterscheidet, geht sogar so weit, nur letztere als Gelegenheitsstrukturen zu begreifen, da nur sie (zeitlich befristete) Gelegenheiten im Wortsinne darstellen würden.

3.3.4 Die transnationalen Gelegenheitsstrukturen sozialer Bewegungen

Der überaus größte Teil der Forschung über soziale Bewegungen geht davon aus, dass diese innerhalb ihrer Staatsgrenzen handeln (McCarthy 1997: 243). Zwar wird in der neueren Bewegungsforschung – wie schon erwähnt – anerkannt, dass sich die Umwelt sozialer Bewegungen zunehmend und rasant internationalisiert. Diese Entwicklung wird dort allerdings meist als eine Art »exogener Schock« für die einzelnen Bewegungssegmente beschrieben.⁸⁰ Ihr eigentlicher Aktionsrahmen sei nach wie vor nationalstaatlich bestimmt. Eine bruchlose Übertragung des Konzepts der politischen Gelegenheitsstrukturen auf transnationale Verhältnisse wird dementsprechend in der Bewegungsforschung skeptisch gese-

80 In großen Teilen der Bewegungsforschung wird somit »Globalisierung« als ein quasi naturhaft ablaufender, in jedem Fall aber kaum beeinflussbarer Prozess dargestellt. Diese Argumentation finden wir ebenfalls bei den Apologeten des Konzepts Global Governance. Dazu in Kapitel 4.4 mehr.

hen. So bestreitet etwa McAdam (1996) die Existenz »wirklicher« politischer Opportunitätsstrukturen auf transnationaler Ebene. Er argumentiert, dass das Handeln sozialer Bewegungen sich immer gegen institutionalisierte Machtverhältnisse und ihrer Repräsentanten richtet, diese aber in der transnationalen Arena nur sehr diffus auszumachen sind. Von einer Gelegenheitsstruktur im klassischen Sinne könne daher hier bis auf wenige Ausnahmen (vor allem die Europäische Union) keine Rede sein.

Andere behaupten das Gegenteil und entwickeln ein differenzierteres Verständnis. So gehen Khagram, Riker und Sikkink (2002: 18ff) davon aus, dass mit den aktuellen internationalen Institutionen bereits »klare« politische Gelegenheitsstrukturen ausgeformt sind. Diese ersetzen nicht die nationalstaatlichen Gelegenheitsstrukturen, sondern interagieren mit ihnen. Um transnationales kollektives Handeln und seine Effektivität zu verstehen, muss diese dynamische Interaktion zwischen internationaler und nationaler politischer Gelegenheitsstruktur erforscht und verstanden werden.

Der Ansatz von Khagram/Riker/Sikkink (2002) und Kollegen, welcher in dem Sammelband mit dem Titel »Transnational Social Movements, Networks and Norms« dokumentiert ist, ist vor allem deshalb interessant, weil er eine Sichtweise entwickelt, die die Eigenqualität einer globalen Ebene anerkennt. Es wird explizit unterschieden zwischen international geltenden Normen⁸¹ der Staatenwelt und den kollektiven geteilten Überzeugungen der transnationalen Netzwerke, Koalitionen und Bewegungen. Internationale Normen hätten eine spezielle Autorität, da sie nicht auf einen einzelnen Staat, auf dessen Ideologie oder Präferenzen, reduzierbar seien. Internationale Normen hätten eine eigene Spezifik. Sie seien ein besonderer Teil der mobilisierbaren Ressourcen und der politischen Gelegenheitsstruktur, auf die die transnationalen Netzwerke mit der Entwicklung eigener kollektiver Überzeugungen antworteten. Umgekehrt könnten es diese Akteure schaffen, dass deren kollektive Überzeugungen zu internationalen Normen werden. Seien internationale Normen erst einmal platziert und durchgesetzt, förderten und legitimierten sie die transnationalen Netzwerke, die diese entwickelt und vorangetrieben haben (ebd.: 15f).⁸²

Internationale Normen fördern nach Khagram/Riker/Sikkink also den Aufstieg transnationaler Netzwerke, indem sie die aktuellen politischen

⁸¹ Der Normenbegriff leitet sich hier aus sozialkonstruktivistischen Ansätzen der Theorien internationaler Beziehungen her; vgl. Risse/Sikkink (1999).

⁸² Der Ansatz, dies sei hier vorweggenommen, untersucht damit letztlich die Entstehungsstrukturen einer Weltgesellschaft im Meyerschen Sinne (vgl. Kapitel 6.3.3.) von der Seite der Akteure bzw. des Handelns her. Er bietet sich daher als Komplementäransatz zum World Polity-Ansatz an.

Gelegenheitsstrukturen für nichtstaatliche Akteure erweitern. In der Folge würden staatliche Akteure positiver auf Forderungen nichtstaatlicher Akteure reagieren, wenn diese sich mit internationalen Normen identifizieren. Dies sei vornehmlich deshalb so, weil die meisten Staaten ihre Legitimität ihrerseits darüber beziehen, eben gerade diese internationalen Normen mitzutragen. In dem Fall, dass die internationalen Normen von den staatlichen Akteuren nur formal akzeptiert würden und ihrem aktuellen Handeln entgegen liefen, könnte dieser Umstand selbst als Signal gewertet werden, dass diese Haltung vorläufig ist und ein Politikwandel bevorsteht, den nichtstaatliche Akteure befördern oder behindern können. Es gelte, dass alles, was die Bereitschaft staatlicher Akteure, ihre materielle Überlegenheit gegenüber nichtstaatlichen Akteuren auszuspielen, limitiere, eine transnationale Mobilisierung stärke (Thomas 2002: 72f). Im Falle sich »sträubender« und »unwilliger« Staaten könnten transnationale Netzwerke, obwohl mit keinerlei direkter Einflussmacht ausgestattet, gar als »teacher of norms« agieren (ebd.: 91).⁸³

Betrachtet man speziell die Interaktion von nationalstaatlicher und internationaler Opportunitätsstruktur, so lasse sich dort häufig ein »Boomerang-Effekt« (Keck/Sikkink 1998; Risse/Sikkink 1999) auffinden.⁸⁴ Dieser stehe gegen die sonst übliche Annahme, dass sich als Folge der Neigung eines Staates zu repressivem Verhalten auch die Aktivitäten sozialer Bewegungen minimieren (Tarrow 1995; McAdam 1996). Wenn die nationale Gelegenheitsstruktur sehr repressiv und autoritär sei, blockiere sie zwar einerseits die Entfaltung sozialer Bewegungen im eigenen Land, dränge diese aber andererseits auf die internationale Ebene.⁸⁵ Viele Ak-

-
- 83 Der Ausdruck *teacher of norms* wurde erstmals von Finnemore (1993) benutzt, um die Funktion internationaler Regierungsorganisationen (IGOs) zu kennzeichnen.
 - 84 Der Effekt ist vornehmlich für den Menschenrechtsbereich beschrieben worden: »A ›boomerang‹ pattern of influence exists when domestic groups in a repressive state bypass their state and directly search out international allies to try to bring pressure on their states from outside. National opposition groups, NGOs, and social movements link up with transnational networks and INGOs who then convince international human rights organizations, donor institutions, and/or great powers to pressure norm-violating states. Networks provide access, leverage, and information (and often money) to struggling domestic groups. International contacts can ›amplify‹ the demands of domestic groups, prise open space for new issues, and then echo these demands back into the domestic arena« (Risse/Sikkink 1999: 18). Vgl. speziell zur Menschenrechtsproblematik vor allem: Risse/Jetschke/Schmitz (2002).
 - 85 Dies gilt insbesondere für ressourcenschwache Akteure, die sich außerhalb ihrer Nationalstaatsgrenzen die Hilfe ressourcenstärkerer Akteure sichern. Das so entstehende transnationale Netzwerk kann dann auf die Politik des jeweiligen Staates (*target state*) zurückwirken.

teure sozialer Bewegungen sähen dann oft nur im Ausland und auf internationaler Ebene die Möglichkeit, ihre Existenz zu sichern.⁸⁶ Da die Liberalisierung und Öffnung nationaler Gesellschaften aber ein Hauptziel der »internationalen Gemeinschaft« sei, fänden sie nun zur Durchsetzung ihrer Ziele starke Verbündete. Die Existenz einer »two-level interacting political opportunity structure« (Khagram/Riker/Sikkink 2002: 19) könne somit Effekte zeitigen, die die gängigen Hypothesen über den Erfolg sozialer Bewegungen, welche nur den nationalstaatlichen Rahmen in den Blick nehmen, unbrauchbar machen.

Drei Komponenten der politischen Gelegenheitsstrukturen sind für transnationale agierende NGOs nach Joachim (2001: 217ff) von besonderer Bedeutung: *erstens* der Zugang zu Institutionen, *zweitens* einflussreiche Verbündete sowie *drittens* politische Bündnisse. Insbesondere der Zugang zu politischen Institutionen scheint ausschlaggebend für eine erfolgreiche Einflussnahme zu sein. Transnationale NGOs würden ihn meist durch sogenannte »symbolische Ereignisse« (Keck/Sikkink 1998: 22), die zu Interpretationen herausfordern, erlangen. Dies könnten Katastrophen oder Krisen sein, die die Bedeutung und den Nutzen alter Handlungsmuster in Frage stellen und neue Lösungswege auf die Tagesordnung setzen. Für die Entwicklung von NGOs wichtige symbolische Ereignisse seien in den letzten Jahrzehnten die sich zuspitzende Ökologiekrise (etwa symbolisiert durch das Ozonloch, das Waldsterben, aber auch den Reaktorunfall in Tschernobyl) oder das Ende des Kalten Krieges gewesen. Als Folge symbolischer Ereignisse würde NGOs Zugang zu bestehenden Institutionen gewährt oder es würden neue institutionelle Arrangements geschaffen, die ihnen die Chance eröffnen, Verbündete für ihr Anliegen zu finden. Als symbolische Ereignisse könnten aber auch die internationalen Konferenzen selbst gelten, obwohl sie ihrerseits schon Ausdruck und Produkt des gesteigerten Regelungsbedarfs seien.

Als zweite Komponente der politischen Gelegenheitsstruktur sind laut Joachim Verbündete für NGOs sehr wichtig, da diese meist über mehr Einfluss verfügen. Insbesondere seien hier staatliche Akteure, UN-Sekretariate und die Medien zu nennen (Smith et al. 1997: 65). Insbesondere auf UN-Ebene verfügten die Nationalstaaten nach wie vor über privilegierte Einflussmöglichkeiten, vor allem was das Einbringen von Themen in die relevanten Gremien angehe. Außerdem würden Nationalstaaten den NGOs oftmals finanzielle und materielle Ressourcen bereitstellen, die ein

86 Was den entsprechenden Bewegungen und Organisationen aber teils erheblich Anstrengungen abverlangt. So müssen sie erst einmal in der internationalen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und Sympathie erzeugen, um von Nord-NGOs unterstützt zu werden, was bereits als »Marketing Rebellion« (Bob 2001) beschrieben worden ist.

effizientes Arbeiten oft erst ermöglichen. Die Unterstützung durch Verbündete stehe immer in dem Spannungsfeld zwischen Kooptition und Unabhängigkeit. Zwar erhöhe die Unterstützung durch Verbündete die Legitimation von NGOs, berge aber andererseits die Gefahr der Vereinnahmung in sich (Walk/Brunnengräber 1997: 67).

Als dritter Punkt könnten Konflikte und Veränderungen in politischen Bündnissen für NGOs von Vorteil sein. Insbesondere die geopolitischen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges hätten ganz offensichtlich zu einem Machtvakuum geführt, in welchem NGOs sich zumindest besser Gehör verschaffen konnten. Es eröffneten sich neue Möglichkeiten für Kommunikation und Kooperation in Entscheidungsprozessen (Gor denker/Weiss 1996: 24). In den sich neu abzeichnenden Konfliktlinien könnten NGOs vor allem dann Erfolge verzeichnen, wenn es ihnen gelänge, die zerstrittenen Parteien um einen neuen Konsens zu sammeln. Bekanntestes Beispiel, so lässt sich hier ergänzen, ist der Diskurs um *Sustainable Development*, in dem die unterschiedlichen Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern sowie von Ökologie und Ökonomie konzeptionell homogenisiert werden.⁸⁷

Roth (2001) hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass sich auch im Zuge zahlreicher Transformationen der globalen politischen Ökonomie seit den 1990er Jahren – teils paradox – für transnationale soziale Bewegungen verbesserte Gelegenheitsstrukturen ergeben. So hat laut Roth (2001: 57) die Liberalisierung der Ökonomien innerhalb der OECD ein »neues Feld von zumindest potentiell gemeinsamen Erfahrungen entstehen lassen«. Die Konfrontation einer zunehmenden Anzahl von Menschen mit den Kräften der »freien Marktwirtschaft« habe zudem zu einem stärkeren Bewusstsein darüber geführt, wie diese Märkte zu regulieren sind (O'Brien et al. 2000: 7). Im Zuge der rasanten Entfaltung der Informations- und Kommunikationstechnologien konnten transnationale Kommunikationsnetze entstehen, die eine grenzüberschreitende politische Mobilisierung erleichterten (Heins 2002: 145f; Semle 2001). In dem Maße, wie regionale Zusammenschlüsse wie die NAFTA und die EU sich zu Machtzentren jenseits des Staates entwickeln, wächst auch ihr Einfluss auf die Lebensbedingungen vieler Menschen, was verstärkt Widerspruch herausfordert. In jüngster Zeit untergräbt die Instabilität der globalen Finanzmärkte und die Krise der new economy die lange dominierende neoliberale Position und stärkt die Chancen für Forderungen nach der Wiedereinbettung von erst vor kurzem deregulierten ökonomischen Prozessen. Selbstverständlich sind alle diese Chancenstrukturen aber nicht als ein Automatismus zu deuten, der zwangsläufig das Auftreten transnatio-

87 Vgl. Eblinghaus/Stickler (1996); Spehr/Stickler (1997); Gelinsky (2002).

naler Bewegungen wahrscheinlicher macht (Rucht 2001: 47). Gelegentlichesstrukturen bieten eben nur Gelegenheiten. Sie sagen noch nichts darüber aus, warum und wie es TSMOs oder NGOs gelingt, diese zu nutzen.⁸⁸

Gleichwohl kann als Ergebnis dieses Kapitels festgehalten werden, dass sich für transnational agierende Bewegungsorganisationen andere Aktionsbedingungen feststellen lassen als für nur national agierende SMOs. Eine Übertragung von bewegungswissenschaftlichen Erkenntnissen, die im nationalen Kontext gewonnen wurden, stößt demnach an Grenzen. In Bezug auf das NGO-Phänomen heißt das, dass dieses nur teilweise unter Rückgriff auf bewegungswissenschaftliche Erkenntnisse erklärbar und analysierbar ist. Dies trifft zunächst deshalb zu, da die Gruppe der TSMOs nur eine Teilgruppe der gesamten NGO-Population darstellt. Darüber hinaus hat sich aber eine eigenständige globale Ebene der politischen Artikulation herausgebildet, die nach eigenen »Gesetzmäßigkeiten« funktioniert. Es ist der Verdienst der vorgestellten, sozialkonstruktivistischen Arbeiten (Khagram/Riker/Sikkink 2002; Risse/Ropp/Sikkink 1999; Smith/Chatfield/Pagnucco 1997), dies herausgestellt zu haben. Die Frage ist dann aber, ob der Begriff der Transnationalisierung sozialer Bewegungen nicht in die Irre führt, da er andeutet, dass die Existenz einer internationalen NGO-Community als Verlängerung von nationalem Bewegungshandeln hinreichend zu verstehen ist. Um die Strukturen internationaler Politik und die Beteiligungsmöglichkeiten von NGOs zu verstehen, sind, das sollte klar geworden sein, weitere Konzeptionen heranzuziehen. Insbesondere sind dabei Konzeptionen gefragt, die die Veränderungen des internationalen Systems und dessen wichtigste Akteure (Nationalstaaten, Regierungsorganisationen, transnationale Konzerne, NGOs) analysieren. Diese Debatte wird vornehmlich unter dem Stichwort Global Governance geführt. Sie wird in Kapitel 4 rekapituliert und analysiert.

3.4 Zur bewegungswissenschaftlichen Konzeption von NGOs

Ziel dieses Kapitels war, den Beitrag der bewegungswissenschaftlichen Diskussion zum Diskurs über NGOs auszuloten. Dabei wurde es als zentral erachtet, die dort geführte Diskussion über soziale Bewegung und Organisation aufzuarbeiten. Neben dieser weiteren Konturierung des vor-

88 Dies wäre wiederum mit dem Instrumentarium der RM-Theorie empirisch zu untersuchen (Joachim 2001: 219).

herrschenden NGO-Diskurses wurde zudem nach Ansätzen gefahndet, die schon Teil einer Kritik vorherrschender Paradigmen der Beschreibung des NGO-Phänomens sein könnten. Im Folgenden werden zunächst die drei typischen Zugangsweisen der Bewegungsforschung zum NGO-Phänomen in Erinnerung gerufen. Sodann werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und zugespitzt.

In der Bewegungsforschung findet eine Öffnung zu Begriff und Thematik der NGOs auf (mindestens) dreierlei Weisen statt, die sich teils komplementär zueinander verhalten. In allen drei Zugängen wird dabei die Existenz von NGOs mit dem Auftauchen der *neuen* sozialen Bewegungen (NSB) seit dem Ende der 1960er Jahre in Verbindung gebracht.

- *Erstens* wird der Ausdruck NGO schlicht als neue (»aktuellere«) Bezeichnung für Organisationen gebraucht, die sich im Kontext (neuer) sozialer Bewegungen oder deren *issues* herausgebildet haben (und die bislang Bewegungsorganisationen genannt wurden). NGOs gelten derart als »organisierte Form« der neuen sozialen Bewegungen (Take 2002: 41). Eine solche Fassung des Verhältnisses von NGOs und sozialen Bewegungen kommt zu Aussagen, die lediglich auf einen geringen Teil der NGO-Population zutreffen.
- *Zweitens* gelten NGOs als historisch späte Produkte sozialer Bewegungen. Sie werden derart als Effekte von Institutionalisierung und Professionalisierung aufgefasst. Bewertet wird dies sehr unterschiedlich. Negativ wird diese Entwicklung als Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsprozess interpretiert, der gleichzusetzen ist mit dem Absterben sozialer Bewegung als Bewegung. Diese sei nun in basisfernen Strukturen verkrustet und Teil des »herrschenden« Institutionensystems geworden (*Sklerotisierungsthese*). In positiver Hinsicht wird die Institutionalisierung sozialer Bewegungen als Erfolg sozialer Bewegungen begrüßt, da die Anerkennung ihrer Repräsentanten eine grundlegende Veränderung des bisherigen Institutionensystems widerspiegele. Soziale Bewegungen würden so selbst zu einer Institution. Am Institutionalisierungsgrad sozialer Bewegungen lasse sich somit die Demokratisierungs- und Modernisierungsfähigkeit von Gesellschaften ablesen.
- *Drittens* werden NGOs als Produkte der Transnationalisierung sozialer Bewegungen gesehen. NGOs seien das »transnationale Pendant zu den lokalen Selbsthilfegruppen und neuen sozialen Bewegungen« (Brunnnengräber 1998: 70). Die neuen sozialen Bewegungen werden dann zu NGOs, so die diesbezügliche Argumentation, »wenn sie den singulären, temporären und lokalen Charakter überwinden (oder verlieren)« (Walk/Brunnnengräber/Altvater 1997: 15). Die Organisationsform der NGOs ist in dieser Lesart besonders geeignet, auf der inter-

nationalen Bühne zu agieren und Interessen zu vertreten. NGOs seien daher die wichtigsten Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft, deren Legitimierungsgrundlagen Gegenstand kontrovers geführter Debatten sind.

Wird die Existenz des NGO-Phänomens an soziale Bewegungen gekoppelt, so werden Erkenntnisse und »blinde Flecken« der Bewegungsforschung, insbesondere über das Verhältnis von Organisation zu sozialer Bewegung, übertragen. Diese sind vornehmlich Folgende:

- *Normativität*
Ähnlich der Fassung des NGO-Begriffs ist auch der Begriff der sozialen Bewegung normativ vorgeprägt, wobei sich die positive (Selbst-) Wahrnehmung der Bewegungsakteure auf die wissenschaftliche Beschäftigung übertragen hat. Dies wird gestützt durch die weitgehende Nicht-Unterscheidung zwischen sozialer Bewegung als soziologischer Kategorie auf der einen Seite und als Selbsttitulierung von Akteuren im politischen Raum auf der anderen Seite. Die Beschreibungen werden derart übernommen und gleichsam »verdoppelt«.
- *Organisation als negatives Konstituens sozialer Bewegung*
Schon in den Definitionsversuchen von sozialer Bewegung konstruiert die Bewegungswissenschaft ihren Gegenstandsbegriff in Auseinandersetzung mit dem Begriff Organisation. Formale Organisation gilt dann als das der sozialen Bewegung entgegenstehende Konzept. Zwar wird das Verhältnis von formaler Organisation und sozialer Bewegung fast durchgängig als Teil-Ganzes-Beziehung gefasst, eine soziale Bewegung mache aber gerade ihre Überschüssigkeit, ihr Nicht-Aufgehen in formaler Organisation aus.
Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung erkennt, dass sich soziale Bewegungen nur schwerlich von einer sozialen Umwelt abgrenzen lassen, versucht dies aber dennoch, in dem sie sie als eine wahrnehmbare Entität beschreibt. Im Ergebnis kann sie trotz dieser Anstrengungen weder analytisch noch empirisch eine Sinn- oder Systemgrenze angeben, die ein Außen oder Innen definieren könnte. Die Bewegungsforschung beschäftigt sich daher immer nur mit dem Konstrukt sozialer Bewegung, freilich ohne diese Konstruktionsleistung an prominenter Stelle zu thematisieren. Die Frauenbewegung, die Dritte-Welt-Bewegung oder die Ökologiebewegung sind so stets nur Postulate, die nicht deutlich machen, wer denn eigentlich dazu gehört und wer nicht. Im Gegensatz zu Bewegungsorganisationen, NGOs und Verbänden haben soziale Bewegungen eben kein Türschild oder

eine E-Mail-Adresse, an die sich zu wenden wäre. Ihnen fehlt die Adressierbarkeit. Trotzdem rückt der Großteil der Bewegungsforschung nicht davon ab, sozialen Bewegungen dennoch konzeptionell Akteursqualitäten zu unterstellen.

- *Aggregierungsthese*

Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung übernimmt die auch in Pluralismustheorien dominierenden Aggregierungsannahmen. Menschen haben demnach bestimmte Interessen, schließen sich zu Gruppen zusammen, diese Gruppen vernetzen sich zu sozialen Bewegungen, daraus verdichten sich Repräsentationskerne namens Bewegungsorganisationen oder NGOs, die die Bewegung repräsentieren. Diese Annahme wird auch innerhalb der Institutionalisierungsdebatten nicht prinzipiell in Frage gestellt, im Falle von Michels und Mayr aber negativ bewertet. Poststrukturalistisch könnte man dies als »große Erzählung« fassen. Die große Erzählung wird dabei nicht nur von der Bewegungsforschung, sondern auch von den an der Bewegung Beteiligten geteilt.

- *Institutionalisierung sozialer Bewegungen: Sklerotisierung versus Transformationsriemen moderner Gesellschaft*

Die Debatte um Macht und Herrschaft wird vornehmlich innerhalb der Institutionalisierungsdebatte der Bewegungsforschung geführt, welche in eine Debatte erster Ordnung und eine Debatte zweiter Ordnung unterschieden werden kann. Während die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung von einem »ehernen Gesetz« der Oligarchisierung und Bürokratisierung sozialer Bewegungen ausgeht, sieht die Institutionalisierungsdebatte zweiter Ordnung in dem Institutionalisierungsprozess sozialer Bewegungen die erfolgreiche demokratische Transformierung moderner Gesellschaften. Die Institutionalisierungsdebatte ist somit insgesamt geprägt durch den Übergang von herrschaftskritischen Modellen zu Erklärungsansätzen, die Herrschaft nicht mehr zentral thematisieren⁸⁹ und die, etwa wie Kriesi, eine Bürokratisierung von Bewegungsorganisationen nur noch als eine Möglichkeit unter vielen in Betracht ziehen. Dies lässt sich auf die Strategien sozialer Bewegungen übertragen: Während die frühe Institutionalisierungsdebatte einen allgemeinen Trend von konfliktiven zu kooperativen Politikformen annimmt, stellt diese Matrix im Rahmen der

89 Dies wird auch an den harmonisierenden Theoriefiguren »Bewegungssektor« respektive »NGO-Community« deutlich.

späteren Instistutionalisierungsdebatte lediglich einen Möglichkeitsraum dar.

Während die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung die Rolle formaler Organisierung noch explizit problematisiert und Organisationen eine (zwangsläufige) Eigenlogik unterstellt, sieht die zweite Institutionalisierungsdebatte in formalen Organisationen neutrale und effektive Werkzeuge für je spezifische Ziele. Die letztere Debatte kann daher als »organisationsvergessen« gekennzeichnet werden.⁹⁰ Wenn überhaupt expliziert, liegt ihr ein sehr konventioneller Organisationsbegriff zugrunde. Umgekehrt postuliert die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung einen romantisierenden Bewegungsbegriff. Demnach ist eine soziale Bewegung zunächst herrschaftsarm strukturiert, also »unschuldig«, um erst im Institutionalisierungsprozess »verdorben« zu werden, was in dieser Arbeit als Infizierungs- und Sklerotisierungsthese benannt wurde.

- *Transnationalisierung von Aggregierungsannahmen*

Zwar gibt es sicherlich die beschriebenen Prozesse des Scaling Ups von der lokalen auf eine internationale oder globale Ebene, doch trifft dies in erster Linie für Organisationen zu. Eine Transnationalisierung von sozialen Bewegungen, in deren Verlauf sich »typische« Bewegungsmerkmale erhalten, kommt dagegen nur rudimentär vor. Der »NGO-Community« fehlen auf der globalen Ebene wichtige Merkmale sozialer Bewegungen, insbesondere das der variablen Aktionsformen und der Basisanbindung. Gleichwohl wird in der Bewegungsforschung die Zunahme von NGOs im internationalen Raum, die sich mit bewegungsnahen Themen beschäftigen, meist verwechselt mit der Transnationalisierung von Bewegungsstrukturen. Im Kern werden hier Aggregierungsannahmen transnationalisiert. INGOs können derart als Repräsentationskerne einer Weltzivilgesellschaft erscheinen.⁹¹

90 Dies gilt auch für die Variante, die die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen begreift. Der dort gelegte Schwerpunkt auf das Entstehen neuer Politikmodelle (Verhandlungssysteme) verweist darauf, wie sich Gesellschaften durch die Existenz sozialer Bewegungen verändern (sprich: modernisieren). Nicht thematisiert wird aber auch hier, dass der Zugang zu der Bühne der Verhandlungssysteme über die Organisationsform gesteuert wird.

91 Die Rede von der Transnationalisierung der (neuen) sozialen Bewegungen stützt die schon aus Kapitel 2 bekannte Annahme, INGOs seien ein neues Phänomen. Damit wird kaschiert, dass es zumindest seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Organisationen gibt, die gründungsursprünglich schon immer international organisiert waren und sich mit Bewegungsthemen (etwa im Bereich des Naturschutzes und der Menschenrechte) beschäftigt haben. Es sind bis zum heutigen Tag zu einem großen Teil Neugründungen auf inter-

Einer solchen Fassung des NGO-Phänomens fehlt der umgekehrte Blick, in welcher Weise weltkulturelle Mechanismen die Ausbildung eines NGO-Sektors befördern. Die weit verbreitete Fassung des internationalen NGO-Sektors als Transnationalisierungsprodukt sozialer Bewegungen hat somit stark mythischen Charakter.⁹² Die offensichtliche Beobachtung, dass eine Einflussmöglichkeit auf internationaler Ebene, mehr noch als im nationalen Raum, fast ausschließlich über die Organisationsform ausgeübt wird, findet theoretisch keinen Niederschlag. Zwar konstruieren einige Autoren NGOs als Gegentypus zu sozialen Bewegungen, doch werden NGOs auch in dieser Fassung als Folgeerscheinung der Transnationalisierung sozialer Bewegungen aufgefasst. Derart wird die Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung unter dem Stichwort VerNGOisierung neu aufgelegt und abermals die Aggregierungsthese mit einer Sklerotisierungsthese gekoppelt.

Gegen die vorherrschenden Aggregierungsannahmen werden innerhalb der Bewegungsforschung mindestens drei gewichtige Einwände formuliert:

- Erstens wird unter dem Label RM-Theorie die besondere Bedeutung von Organisationen für die Herausbildung von sozialen Bewegungen hervorgehoben. SMOs sind derart keine verdichteten Repräsentationskerne einer sozialen Bewegung, sondern umgekehrt stellt sich soziale Bewegung als Folge von Organisationshandeln dar. Die RM-Theorie folgt dabei allerdings einem Organisationsbegriff, der ebenfalls Organisationen recht neutral als zweckrationale Akteure betrachtet. Eine Fassung von Organisation als Institution, als Einschränkung des Möglichkeitsraums kollektiven Handelns, kommt ihr nicht in den Sinn.
- Zweitens werden in der Institutionalisierungsdebatte erster Ordnung Prozesse von Macht und Herrschaft an zentraler Stelle thematisiert. Unter dem Theorem der Oligarchisierung wird vornehmlich die Entfremdung der Organisationseliten von der Bewegungsbasis als ein zentrales Moment erachtet. Im Prozess dieser Abkoppelung gewinnt

nationaler Ebene, welche dann als Transnationalisierungs- und Scaling-Up-Prozesse wahrgenommen werden. Zwar mögen Kontinuitäten personeller und sonstiger Art zu sozialen Bewegungen rekonstruierbar sein, es handelt sich aber trotzdem in erster Linie schlicht um Neugründungen von Organisationen.

92 Die internationale »NGO-Community« kann darüber hinaus schon deshalb nur zu einem geringen Teil als Transnationalisierung von sozialen Bewegungen gefasst werden, da sie sich zu einem gewichtigen Teil aus bewegungsfernen Organisationen zusammensetzt.

das Interesse des Organisationserhalts gegenüber den vorgegebenen Zielen, gewinnen operative gegenüber substanziellem Zielen an Bedeutung. Im Prozess der Institutionalisierung einer Bewegung verändern sich folglich die Interessen, sprich der Inhalt des Protests und der Forderungen, selbst, was Aggregierungsannahmen zwar nicht aushebelt, aber entscheidend relativiert. Für den aktuellen Stand der bewegungswissenschaftlichen Diskussion ist dennoch festzuhalten, dass dieser Zusammenhang relativiert und verwässert wurde, wobei die Michelsschen Thesen oft als antiquiert und zu grobschlächtig abqualifiziert werden.

- Drittens liegt mit dem Ansatz von Sikkink, Smith und anderen ein viel versprechender Versuch vor, die nationalstaatlich begrenzte Optik der Bewegungsforschung zu überwinden. Zwar fasst auch dieser Ansatz (zumindest eine Teilpopulation der) INGOs als Fortführung sozialer Bewegungen auf internationaler Ebene. Er argumentiert aber dennoch indirekt gegen die Aggregierungsthese, da er die Existenz einer globalen Ebene als eigenständiges Terrain von sozialen Bewegungen annimmt. Transnationale Bewegungsorganisationen bzw. bewegungsaufine NGOs entwickeln sich demnach nicht nur bottom up, sondern umgekehrt ist das Verhältnis von TSMOs zu den lokalen Bewegungskontexten oft durch top-down-Strukturen bestimmt. Sikkink, Smith und ihren Mitarbeitern geht es darum zu untersuchen, inwieweit sich transnationale Bindungen und Identitäten durch das Wirken der TSMOs tatsächlich herausschälen und lokale oder nationale Besonderheiten in den Hintergrund treten. Leider findet sich aber auch in diesem Diskussionszusammenhang eine unzureichende Berücksichtigung und Problematisierung der Organisationsförmigkeit.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Bewegungsforschung zwar Ansätze der Überwindung von aggregierungstheoretischen Argumentationen formuliert hat, diese aber bislang weder unter diesem Gesichtspunkt systematisiert hat noch die Dominanz dieses Paradigmas in Wissenschaft und Öffentlichkeit hat brechen können. Um dem NGO-Phänomen gerecht zu werden, scheint es daher dringend erforderlich, jenseits aggregierungstheoretischer Annahmen alternative Modelle und Theorieansätze zu formulieren. Hierbei scheint es zunächst notwendig, die Strukturen der internationalen bzw. globalen Ebene genauer herauszuarbeiten. In diesem Rahmen könnte auch dem prinzipiellen Defizit der Bewegungsforschung, dass sie andere gesellschaftliche Akteure und Institutionen nur unzureichend konzeptualisiert (Brand 2000: 30), begegnet werden. Außerdem ist, das sei hier wiederholt, der Frage der Organisationsförmigkeit noch intensiver nachzuspüren.

